

2015 in Zahlen

Geschäftsbericht der Nassauischen Sparkasse



Inhalt

Inhalt	Seite
Rechtsform und Träger	5
Lagebericht der Nassauischen Sparkasse	6
Die Naspa und ihre rechtlichen Rahmenbedingungen	7
Die Naspa und ihr Geschäftsgebiet	7
Statistischer Bericht über die Erfüllung des öffentlichen Auftrags gemäß § 15 Abs. 2 Hessisches Sparkassengesetz	8
Personalbericht	10
Wirtschaftsbericht	11
Wirtschaftliche Rahmenbedingungen	11
Geschäftsentwicklung	12
Dienstleistungsgeschäfte	13
Ertragslage	14
Finanz- und Vermögenslage	16
Eigenkapitalausstattung	17
Nachtragsbericht	18
Risikoberichterstattung	18
Prognosebericht	34
Gesamtaussage	36
Bericht des Verwaltungsrates	38
Jahresabschluss	41
Jahresbilanz	42
Gewinn- und Verlustrechnung	44
Anhang der Nassauischen Sparkasse	46
Allgemeine Angaben	47
A. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	47
B. Angaben zur Bilanz	51
C. Angaben und Erläuterungen zu den Posten unter dem Bilanzstrich	55
D. Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung	56
E. Sonstige Angaben	57
Verwaltungsrat der Nassauischen Sparkasse	69
Vorstand der Nassauischen Sparkasse	70
Anlage zum Jahresabschluss	71
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	72
Generalbevollmächtigte der Nassauischen Sparkasse	73
Impressum	74

Das Geschäftsjahr 2015

Rechtsform und Träger

Geschäftsbericht 2015, 176. Geschäftsjahr

Die Nassauische Sparkasse, führende Regionalbank in Hessen und Rheinland-Pfalz mit Sitz in Wiesbaden, ist hervorgegangen aus der im Jahre 1840 gegründeten „Herzoglich-Nassauischen Landes-Credit-Casse für das Herzogthum Nassau“, Vorgängerin der Herzoglich-Nassauischen Landesbank.

Die Nassauische Sparkasse ist eine Anstalt des öffentlichen Rechts. Sie ist Mitglied des Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen, Frankfurt am Main und Erfurt, und über diesen dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband e. V., Berlin und Bonn, angeschlossen.

Träger ist der Sparkassenzweckverband Nassau. Diesen Zweckverband bilden die Städte Wiesbaden und Frankfurt am Main sowie der Hochtaunuskreis, der Landkreis Limburg-Weilburg, der Main-Taunus-Kreis, der Rheingau-Taunus-Kreis im Land Hessen und der Rhein-Lahn-Kreis sowie der Westerwaldkreis im Land Rheinland-Pfalz.

Der Sparkassenzweckverband ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts, hat seinen Sitz in Wiesbaden und ist ebenfalls Mitglied des Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen.

Lagebericht der Nassauischen Sparkasse

Die Naspa und ihre rechtlichen Rahmenbedingungen

Die Nassauische Sparkasse (Naspa) mit Sitz in Wiesbaden ist eine Anstalt des öffentlichen Rechts und Mitglied des Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen (SGVHT), Frankfurt am Main und Erfurt.

Träger der Naspa ist der Sparkassenzweckverband Nassau. Mitglieder des Zweckverbandes sind die Städte Wiesbaden und Frankfurt am Main sowie der Hochtaunuskreis, der Landkreis Limburg-Weilburg, der Main-Taunus-Kreis und der Rheingau-Taunus-Kreis im Land Hessen sowie der Rhein-Lahn-Kreis und der Westerwaldkreis im Land Rheinland-Pfalz.

Die Naspa ist in den Verbund der -Finanzgruppe Hessen-Thüringen integriert. Die Finanzgruppe besteht aus 50 Sparkassen, der Landesbank Hessen-Thüringen (Helaba), der Landesbausparkasse (LBS) und der Sparkassenversicherung (SV). Das Verbundkonzept umfasst mehrere Elemente. Hierzu zählt neben der Festlegung eines einheitlichen Leitbildes und der strategischen Verbundziele auch ein gemeinsames Risikomanagement.

Ein weiteres Element des Verbundkonzepts stellt der Reservefonds dar, welcher zusätzlich zum regionalen Sicherungsfonds von den Sparkassen in Hessen und Thüringen sowie der Landesbank Hessen-Thüringen unterhalten wird.

Das Verbundkonzept trägt dazu bei, dass die Sparkassen, die Landesbank Hessen-Thüringen und die anderen einbezogenen Unternehmen als wirtschaftliche Einheit wahrgenommen werden. Nach außen erkennbar wird dies durch die Vergabe eines Verbundratings. So haben zwei unabhängige Ratingagenturen der -Finanzgruppe Hessen-Thüringen ein Bonitätsrating von A+ (Fitch) bzw. A (Standard & Poor's) zuerkannt.

Die Sparkasse ist dem bundesweiten Sicherungssystem der -Finanzgruppe angeschlossen, das elf regionale Sparkassenstützungsfonds durch einen überregionalen Ausgleich miteinander verknüpft. Zwischen diesen und den Sicherungseinrichtungen der Landesbanken und Landesbausparkassen besteht ein Haftungsverbund. Das Sicherungssystem ist im Hinblick auf das am 3. Juli 2015 in Kraft getretene Einlagensicherungsgesetz neu geordnet und von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) anerkannt worden. Ergänzend zur bisherigen Instituttsicherungsfunktion wurde gemäß den gesetzlichen Anforderungen die Einlagensicherungsfunktion ergänzt. Kernelement ist das

Ansparen eines Zielvolumens von 0,8 % der gedeckten Einlagen über einen Zeitraum von zehn Jahren. Hierdurch wird sichergestellt, dass Einlagen pro Einleger im Regelfall bis zu 100 TEUR, in Sonderfällen auch bis zu 500 TEUR, gesichert sind und Entschädigungszahlungen bis zum 31. Mai 2016 spätestens 20 Arbeitstage und ab dem 1. Juni 2016 spätestens sieben Arbeitstage nach der Feststellung des Entschädigungsfalles durch die BaFin entschädigt werden. Das Sicherungssystem der deutschen Sparkassenorganisation umfasst u. a. ein Risikomonitorsystem zur Früherkennung von Risiken sowie eine risikoorientierte Beitragsbemessung.

Die Naspa hat am 19. Dezember 2008 mit dem SGVHT einen Vertrag zur Veräußerung ihrer Tochtergesellschaft Naspa Dublin geschlossen. In diesem Zusammenhang wurde ein öffentlich-rechtlicher Begleitvertrag geschlossen, der für die Naspa bestimmte Auflagen enthält – die zum Teil bis zum 31. Dezember 2015 befristet waren – und die Verteilung der Risiken zwischen der Sparkasse und dem SGVHT regelt. Einzelheiten hierzu haben wir im Anhang zum 31. Dezember 2015 dargestellt.

Zum Jahresende 2015 hat die Naspa ihre Pensionsverpflichtungen auf einen Pensionsfonds ausgelagert bzw. hierfür Deckungsvermögen gebildet. Die Auswirkungen dieses Einmaleffektes schlagen sich im Zahlenwerk des Jahresabschlusses nieder und werden nachfolgend in verschiedenen Passagen des Lageberichtes kommentiert. Einzelheiten hierzu haben wir zudem im Anhang zum 31. Dezember 2015 dargestellt.

Die Naspa und ihr Geschäftsgebiet

Das Geschäftsgebiet der Naspa erstreckt sich über zwei kreisfreie Städte und sechs Landkreise in Hessen und Rheinland-Pfalz mit einer Gesamtfläche von rund 4.200 km² und knapp 2 Mio. Einwohnern. Neben ländlichen Gebieten sind vor allem Konzentrationen großer Industrie- und Dienstleistungsbetriebe in der Ballungsregion Rhein-Main anzutreffen. Im nördlichen Teil des Geschäftsgebietes, dem Westerwaldkreis, ist eine Vielzahl mittelständischer Familienunternehmen beheimatet.

Die Prognose zur langfristigen Entwicklung der Einwohnerzahl im Geschäftsgebiet ist positiv. Bis zum Jahr 2035 wird ein Anstieg um 3,6 % prognostiziert (zum Vergleich: Bundesdurchschnitt – 5,0 %; Hessen – 2,7 %), wobei sich die Struktur innerhalb der Bevölkerungspyramide erwartungsgemäß verändern wird. Die Anzahl der über 65-Jährigen wird voraussichtlich deutlich steigen, während die jüngeren Altersgruppen zum Teil

deutlich abnehmen werden. Hierbei sind jedoch regional signifikante Unterschiede in der Entwicklung zu erwarten.

Die Naspa ist Teil einer sich dynamisch verändernden Bankenlandschaft, speziell im Privatkundengeschäft. Dazu kommt die Besonderheit, dass sich die Naspa aufgrund der historisch gewachsenen Gemengelage auch im Wettbewerb mit anderen Sparkassen befindet. Die Naspa setzt darauf, Qualitätsanbieter von Finanzdienstleistungen zu sein, und hat diesen Anspruch in ihre strategische Ausrichtung gestellt. Der Fokus liegt dabei auf einem organischen und nachhaltigen Wachstum im Kundengeschäft. Hierbei kommt die Naspa dem Regionalprinzip einer Sparkasse nach und konzentriert sich auf das eigene Geschäftsgebiet.

Die im Januar 2015 anlässlich unseres 175-jährigen Jubiläums erfolgte Umstellung auf das „rote “ wurde erfolgreich abgeschlossen.

Das Geschäftsgebiet ist im Privatkundengeschäft in 7 Regionalmärkte untergliedert. Private Banking-Dienstleistungen werden in der Fläche in insgesamt 15 Private Banking-Centern angeboten. Um unseren Kunden eine flexible Beratung zu ermöglichen, stehen die Berater der Naspa ihren Kunden nach Vereinbarung auch außerhalb der regulären Öffnungszeiten zur Verfügung. Die professionelle Betreuung der Firmen- und Gewerbekunden findet weiterhin in 3 Regionalmärkten statt.

Als eine der großen Sparkassen in Deutschland hat die Naspa den Anspruch, ihre Kunden in allen Bereichen vollumfänglich zu beraten und zu unterstützen. Finanztest hat Mitte 2015 die Beratungsqualität geprüft und mit dem Testergebnis „gut“ bewertet. Damit schnitt die Naspa von 23 getesteten Banken mit am besten ab. Die Naspa-Finanzplanung sowie die konsequente Anwendung des ganzheitlichen Beratungsansatzes schaffen dabei die Grundlage für zufriedene Kunden.

Statistischer Bericht über die Erfüllung des öffentlichen Auftrags gemäß § 15 Abs. 2 Hessisches Sparkassengesetz

Die Naspa ist seit ihrer Gründung im Jahr 1840 dem gemeinen Nutzen in der und für die Region verpflichtet. Im Zentrum steht dabei der öffentliche Auftrag der Naspa, der in § 2 des Hessischen Sparkassengesetzes festgeschrieben ist. Demnach ist die Naspa mit der Aufgabe betraut, als ein dem gemeinen Nutzen dienendes Wirtschaftsunternehmen geld- und kreditwirtschaftliche Leistungen zu erbringen, insbesondere Gelegenheit zur

sicheren Anlage von Geldern zu geben. Der Naspa obliegt demzufolge hauptsächlich die Förderung des Sparens und der übrigen Formen der Vermögensbildung, die Befriedigung des örtlichen Kreditbedarfs unter besonderer Berücksichtigung der Arbeitnehmer, des Mittelstandes, der gewerblichen Wirtschaft und der öffentlichen Hand. Die Förderung der kommunalen Belange insbesondere im wirtschaftlichen, regionalpolitischen, sozialen und kulturellen Bereich ist dabei Teil des öffentlichen Auftrags.

Leistungsangebot

Die Naspa gewährleistet mit einem flächendeckenden Vertriebs- und Servicenetz die Nähe zu ihren Kunden. Insgesamt stehen 113 Finanz- und Service-Center, 15 Private Banking-Center, 7 Finanzierungs-Center und 3 Firmenkunden-Center zur Verfügung. Das Angebot wird durch 31 Selbstbedienungs-Center ergänzt. Das gesamte Leistungsspektrum der Naspa erstreckt sich vom täglichen Zahlungsverkehr über die Finanzierung privater und geschäftlicher Investitionen sowie Baufinanzierungen und die traditionelle Geldanlage bis hin zur individuellen Vermögensberatung. Unser Produktportfolio wird durch die Zusammenarbeit mit den Verbundunternehmen der -Finanzgruppen Hessen-Thüringen und Rheinland-Pfalz um den Versicherungs-, Bausparkassen-, Immobilien- und Leasing-Bereich sowie durch Online-Produkte ergänzt.

Förderung der Vermögensbildung

Bilanzwirksame Anlagen		2015
Kontenzahl		Stück
Sparkonten		374.987
Termingeldkonten		1.464
Konten für täglich fällige Gelder		478.590
darunter:		
• Geschäftsgirokonten		44.647
• Privatgirokonten		306.688
Vermögensbildung		in Mio. EUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		8.702
davon:		
• Spareinlagen		1.759
• Andere Verbindlichkeiten		6.943
Verbriefte Verbindlichkeiten		178
Nachrangige Verbindlichkeiten		0
Genussrechte		12

Bilanzneutrale Anlagen **2015**

Anzahl Kundendepots (Stück)*	64.746
Depotbestand (in Mio. EUR)*	2.872

*inklusive S-Broker-Depots sowie DekaBank-Depots

Dabei kam die Sparkasse auch dem öffentlichen Auftrag nach, jeder Einwohnerin und jedem Einwohner im Geschäftsgebiet bei Bedarf ein Konto auf Guthabenbasis einzurichten. Mehr als 18.500 Kontoinhabern stand damit ein Zahlungsverkehrsinstrument zur Verfügung, das ihnen auch in wirtschaftlich oder sozial angespannter Lage die Möglichkeit bietet, Bankgeschäfte zu tätigen.

Neben der Bereitstellung von Kreditmitteln an Privatkunden ist die Naspa ein wichtiger Ansprechpartner für den gewerblichen Mittelstand, Heil- und Freiberufler sowie Existenzgründer. Insgesamt erfolgten im Geschäftsjahr 2015 Darlehenszusagen von 1,5 Mrd. EUR, davon über 4,3 Mio. EUR an Existenzgründer.

Befriedigung des örtlichen Kreditbedarfs **2015**

Anzahl Kreditkonten (Stück)	90.575
Forderungen an Kunden (in Mio. EUR)	8.822
Darlehenszusagen (in Mio. EUR)	1.482
Darlehensauszahlungen (in Mio. EUR)	1.448

Neben hauseigenen Finanzmarktprodukten werden auch öffentliche Förderkredite und Finanzierungsinstrumente in das ganzheitliche Betreuungskonzept einbezogen. Insgesamt haben wir im Jahr 2015 im Rahmen unserer Beratungs- und Betreuungsaktivitäten aus öffentlichen Förderprogrammen 774 Kredite mit einem Gesamtvolumen von 59,1 Mio. EUR vergeben.

Existenzgründungen **2015**

	in TEUR
Finanziertes Volumen	8.000
davon finanziert durch	
• Sparkassenmittel	4.306
• Öffentliche Mittel	3.694

Vermittelte Förderkredite **2015**

	in TEUR
Volumen	59.133

Soziales, wirtschaftliches und ökologisches Engagement

Als eng mit ihrem Geschäftsgebiet verbundene Sparkasse hat die Naspa nicht nur ein großes Interesse an der wirtschaftlichen Entwicklung, sondern auch an der Entwicklung des kulturellen und sozialen Lebens in ihrem Geschäftsgebiet. Um der Förderung kommunaler Belange besonderen Ausdruck zu verleihen, hat die Naspa CSR-Grundsätze (Corporate Social Responsibility) ausgearbeitet. Hierbei geht es um die freiwillige Übernahme gesellschaftspolitischer Verantwortung – und zwar stärker als gesetzlich vorgeschrieben. Die Naspa hat dabei diese Grundsätze in drei Säulen der Nachhaltigkeit unterteilt: Ökonomie, Ökologie und Soziales, und wird ihre Aktivitäten in allen drei Bereichen fortan weiter ausbauen. Als eine der ersten Sparkassen in Deutschland hat die Naspa den „Bericht an die Gesellschaft“ erstellt – mit zahlreichen Daten und Fakten zu ihrem gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und ökologischen Engagement.

Die **Naspa-Stiftung „Initiative und Leistung“** wurde am 15. Dezember 1989 durch die Naspa mit einem Stiftungskapital von 2,6 Mio. EUR gegründet. Seitdem erhöhte sich das Stiftungsvermögen – insbesondere durch Zustiftungen der Naspa – kontinuierlich. Das Stiftungskapital betrug Ende 2015 25,0 Mio. EUR. Dieses Vermögen garantiert durch seine Erträge eine nachhaltige Fördermittelvergabe für die Region. Der Schwerpunkt liegt dabei besonders auf kleinen Vereinen und ihren Projekten aus den Bereichen Jugend, Kultur, Kunst, Sport, Heimat- und Brauchtumspflege sowie Umweltschutz und Gesundheitspflege. Seit Gründung der Stiftung wurden knapp 10.200 Projekte und Aktivitäten in der Region unterstützt und Fördergelder in Höhe von 15,2 Mio. EUR ausgeschüttet. Auf das Berichtsjahr entfallen hierbei Fördermittel von fast 0,6 Mio. EUR.

Weiterhin hat die Naspa im Jahr 2015 eine große Anzahl von Vereinen, Stiftungen und Einrichtungen durch Spenden, PS-Los-Zuwendungen und Sponsoring mit einer Gesamtsumme von knapp 2,0 Mio. EUR an Fördermitteln (einschließlich Naspa-Stiftung) finanziell unterstützt. Damit hilft die Naspa diesen Vereinen und Einrichtungen dabei, ihre gemeinnützigen Aufgaben und Ziele zum Wohl der Bürgerinnen und Bürger im Geschäftsgebiet der Naspa zu erfüllen.

Spenden und Sponsoring der Naspa (ohne Stiftung) 2015		
	Volumen in TEUR	Anteil in %
Insgesamt	1.416	100,0
davon Verwendung für:		
1. Spenden		
1.1 Soziales	262	18,5
1.2 Kultur	198	14,0
1.3 Umwelt	49	3,5
1.4 Sport	126	8,9
1.5 Forschung/Wirtschafts-/Wissenschaftsförderung	45	3,2
1.6 Sonstiges	133	9,3
2. Sponsoring	603	42,6

Naspa-Stiftung „Initiative und Leistung“ 2015		
Stiftungskapital am 31.12.2015	25.000 TEUR	
	Volumen in TEUR	Anteil in %
Stiftungsausschüttung 2015	566	100,0
davon Verwendung für:		
Soziales	141	24,9
Kultur	223	39,4
Umwelt	23	4,1
Sport	94	16,6
Forschung/Wirtschafts-/Wissenschaftsförderung	85	15,0

Zur weiteren wirtschaftlichen Förderung der Region ist die Naspa an insgesamt vier Wirtschaftsförderungsgesellschaften beteiligt. Diese tragen unter anderem auch durch die Unterstützung von Existenzgründern zu einer Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Struktur ihrer Landkreise bei.

Als Steuerzahlerin trägt die Naspa zur Finanzierung der öffentlichen Hand bei. Die Gewerbe- und Grundsteuer fließt den Kommunen direkt zu, über die Umlage der Körperschaftsteuer partizipieren die Gemeinden vor Ort.

Steuerleistung im Geschäftsjahr 2015	
	in TEUR
Steuern von Einkommen und vom Ertrag	14.179
darin enthalten:	
• Aktivierte latente Steuern*	32.871
Sonstige Steuern	410

*In den aktivierten latenten Steuern schlagen sich Effekte aus der Ausfinanzierung der Pensionsverpflichtungen nieder.

Personalbericht

Personalstruktur

Zum Jahresende 2015 beschäftigte die Naspa insgesamt 1.754 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einschließlich Auszubildende und Trainees. Die Zahl der Vollzeitbeschäftigten lag bei 1.249 und die der Teilzeitbeschäftigten bei 505. Umgerechnet auf Vollzeitkräfte sind bei der Naspa 1.558 Mitarbeiter tätig (Vorjahr: 1.627).

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	31.12.15	31.12.14
	Anzahl	Anzahl
Insgesamt	1.754	1.839
• davon Vollzeitbeschäftigte	1.249	1.297
• davon Teilzeitbeschäftigte	505	542
Auszubildende und Trainees	125	136

Sinkende Geburtenzahlen und der intensive Wettbewerb um qualifizierte Schulabgänger fordern verstärkte Aktivitäten, um geeignete Bewerberinnen und Bewerber für eine Ausbildung zur Bankkauffrau oder zum Bankkaufmann zu gewinnen. Trotz dieser herausfordernden Rahmenbedingungen beschäftigte die Naspa zum Jahresende 2015 112 Auszubildende, 4 Trainees und 9 Duale Studenten.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	31.12.15	31.12.14
	Anzahl	Anzahl
männlich	718	755
• davon Führungskräfte	101	103
weiblich	1.036	1.084
• davon Führungskräfte	27	22

Bei der Naspa arbeiteten zum Jahresende 2015 718 Männer, davon 101 Führungskräfte, und 1.036 Frauen, davon 27 in Führungspositionen. Der Anteil an Frauen in Führungspositionen stieg gegenüber dem Vorjahr von 17,6 % auf 21,1 %.

Die durchschnittliche Betriebszugehörigkeit der Mitarbeiter lag im Jahr 2015 bei 20,3 Jahren (Ende 2014: 19,7 Jahre), das Durchschnittsalter bei 42,5 Jahren (Ende 2014: 42,1 Jahre) und die Austrittsquote bei 6,8 % (Vorjahr: 5,9 %). Die durchschnittliche jährliche Krankenquote belief sich auf 5,4 % (Vorjahr: 5,1 %).

Altersstruktur	31.12.15	31.12.14
	in %	in %
unter 20 Jahre	2,5	2,2
20 bis unter 30 Jahre	17,3	19,2
30 bis unter 40 Jahre	15,9	15,3
40 bis unter 50 Jahre	29,3	30,0
50 bis unter 55 Jahre	16,3	15,0
55 bis unter 60 Jahre	15,3	15,7
60 Jahre und mehr	3,4	2,6

Personalentwicklung

Die Beschäftigten der Naspa wiesen im Jahr 2015 bezüglich ihrer Bildungsabschlüsse ein im Sparkassenvergleich überdurchschnittliches Bildungsprofil auf. Über eine kontinuierliche Personalentwicklung wird sichergestellt, dass das hohe Qualifikationsniveau erhalten bleibt und für jede Funktion an die damit verbundenen Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortungen angepasst wird.

Qualifikationsstruktur	31.12.15	31.12.14
	in %	in %
Hochschulabschluss/Lehrinstitut	10,9	10,2
Sparkassen-/Bankbetriebswirt/-in	25,1	24,5
Sparkassen-/Bankfachwirt/-in	28,4	28,4
Sparkassen-/Bankkauffrau/-mann	19,9	20,0
Sonstige	15,7	16,9

Zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit führt die Naspa konsequent die Weiterentwicklung zur Vertriebs-sparkasse fort. Kundenzufriedenheit ist oberstes Gebot, um ein nachhaltiges Wachstum zu erreichen. Die Messung der Kundenzufriedenheit ist Bestandteil des Steuerungssystems der Naspa und erfolgt über den sogenannten Sparkassen-Onlinekunden-Dialog des SGVHT. Außerdem ist die Gesamtzufriedenheit unserer Kunden eine wichtige strategische Zielgröße und wird kontinuierlich verfolgt.

Kompetente und engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind ein wesentlicher Erfolgsfaktor für die Umsetzung der Unternehmensziele. In der sich rasant verändernden Arbeitswelt gewinnt die Personalführung immer stärker an Bedeutung. Vor diesem Hintergrund legt die Naspa einen besonderen Fokus auf die Auswahl und Qualifizierung der Führungskräfte sowie auf die Förderung von Frauen für Fach- und Führungsaufgaben. Dazu entwickelt die Naspa die Vertriebs-, Leistungs- und Führungskultur stetig weiter und investiert in hohem Maße in Qualifizierungsmaßnahmen.

Die Naspa setzt bei diesen Qualifizierungsmaßnahmen im Wesentlichen auf Blended-Learning-Konzepte, die systematisches Lernen fördern und die Verbindung von hoher fachlicher Kompetenz mit verkäuferischer Professionalität ermöglichen. Die Basis bildet eine Online-Lernplattform, mit deren Hilfe sich die Mitarbeiter unabhängig von Zeit und Ort selbstverantwortlich weiterbilden und zertifizieren lassen können. Im Rahmen des betrieblichen Gesundheitsmanagements unterstützt die Naspa gesundes Verhalten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Angebote zur Verbesserung der mentalen Stärke und Regenerationsfähigkeit sowie zur physischen Gesundheit und guten Ernährung stehen allen Beschäftigten offen. Im Rahmen der Rezertifizierung wurde die Naspa mit dem „Premium plus Zertifikat“ ausgezeichnet. Dies ist die höchste Auszeichnung, die die IHK Wiesbaden im Rahmen des Projektes „Gesundes Unternehmen“ vergibt. Weiterhin übernimmt die Naspa seit vielen Jahren Verantwortung für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und ist seit dem Jahr 2005 im „audit berufundfamilie“ zertifiziert.

Wirtschaftsbericht

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Das Wachstum der deutschen Wirtschaft war 2015 im Mittelfeld des Euroraums angesiedelt. Die Jahresrate des realen Bruttoinlandsproduktes (BIP) erreichte nach ersten amtlichen Schätzungen 1,7 %. Treiber des realen Wachstums war die inländische Güterverwendung. Die starke binnenwirtschaftliche Nachfrage machte dabei allein 1,6 Prozentpunkte der Gesamtwachstumsrate aus. Besonders der Konsum expandierte kräftig. Der private Konsum konnte sich auf eine weiter ausgebaut Beschäftigungslage, steigende Löhne und die hohe verbleibende Kaufkraft aufgrund des geringen Preisauftriebs stützen. Der Verbrauch der Haushalte legte real um 1,9 % zu. Der Staatskonsum erhöhte sich real um 2,8 %.

Die Arbeitslosenquote ist erneut, auf nunmehr 6,4 %, zurückgegangen. Erstmals konnte die Marke von 43 Mio. Erwerbstätigen in Deutschland erreicht werden. Die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte in der Summe waren 2015 nominal um 2,8 % höher als ein Jahr zuvor. Das genügte, um das Wachstum der Konsumausgaben zu finanzieren. Im Ergebnis stieg die Sparquote der privaten Haushalte – ungeachtet der niedrigen Zinsen – noch einmal leicht von 9,5 % in 2014 auf 9,7 % in 2015.

Durch die starke Verbilligung des Ölpreises blieben die Einfuhrpreise insgesamt, die Erzeugerpreise und letztlich auch die Verbraucherpreise unter erheblichem Abwärtsdruck. Letztere stiegen im Jahresdurchschnitt 2015 lediglich um 0,3 %. Die aktuelle konjunkturelle Lage im Euroland spiegelt sich immer stärker auf den Geld- und Kapitalmärkten wider. Niedrige Inflations- und Wachstumsraten zwingen die EZB zu einem nach wie vor sehr expansiven Kurs. So hat sie die Zinssätze für die Hauptrefinanzierung als auch der Einlagenfazilitäten auf ein historisches Tief gesenkt und mit langfristigen Tenderoperationen die Märkte mit mehr als ausreichender Liquidität versorgt. Zudem soll ein Wertpapierankaufsprogramm die Kreditvergabe an die Wirtschaft erleichtern. Als Ergebnis dieser Maßnahmen sind

Zinssätze sowohl im Geld- als auch am Kapitalmarkt auf historisch niedrige Stände gefallen.

Laut den Konjunkturumfragen der Industrie- und Handelskammern Wiesbaden, Limburg und Frankfurt ist im Geschäftsgebiet der Naspas weiterhin mit einer stabilen wirtschaftlichen Entwicklung auf hohem Niveau zu rechnen. Der Beschäftigungsaufbau dürfte sich in den kommenden Monaten weiter fortsetzen. Die Arbeitslosenquote liegt im Naspas-Geschäftsgebiet unter dem Bundesdurchschnitt. Der reale Kaufkraft-Index liegt bei 114,6 (BRD = 100; je Einwohner), wobei es hier regional unterschiedliche Ausprägungen gibt. Bezüglich der weiteren Entwicklung zeigt sich eine insgesamt optimistische Einschätzung.

Geschäftsentwicklung

Geschäftsentwicklung	2015	2014	Veränderungen in	
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	%
Geschäftsvolumen*	15.710	13.905	1.805	13,0
Bilanzsumme	11.300	10.803	497	4,6
Kundenkreditvolumen	9.052	8.504	548	6,4
darunter:				
• Kredite gegen Grundpfandrechte	3.634	3.563	71	2,0
• Kommunalkredite	944	849	95	11,2
Mittelaufkommen von Kunden	8.702	7.978	724	9,1
Eigenkapital	894	860	34	4,0
Jahresüberschuss	34	29	5	17,6

* Bilanzsumme, Bürgschaften und Derivate mit ihren Nominalbeträgen

Das Geschäftsvolumen erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 13,0 % auf 15,7 Mrd. EUR, die Bilanzsumme stieg auf 11,3 Mrd. EUR an.

Kundenkreditvolumen	2015	2014	Veränderungen in	
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	%
Forderungen an Kunden	8.822	8.283	539	6,5
Eventualverbindlichkeiten (ohne Kreditinstitute)	211	199	12	6,0
Kredite an Kunden gesamt	9.033	8.482	551	6,5
Treuhandkredite	19	22	-3	-13,6
Kundenkreditvolumen	9.052	8.504	548	6,4

Das **Kundenkreditgeschäft** hat sich im Jahr 2015 um 0,5 Mrd. EUR (6,4 %) erhöht und liegt damit insgesamt über dem Bereich der Planannahmen. Dabei entwickelten sich jedoch die Geschäftsfelder unterschiedlich. Während bei den Privat- und Firmenkunden Bestandszuwächse zu verzeichnen waren, haben sich die Bestände

im Geschäftsfeld Kommunen und Institutionelle vermindert. Im Bereich der Wohnungsbaufinanzierungen konnte die Naspas im Geschäftsjahr 2015 Darlehen mit einem Volumen von 744,0 Mio. EUR (Vorjahr: 608,0 Mio. EUR) zusagen.

Mittelaufkommen von Kunden	2015	2014	Veränderungen in	
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	%
Spareinlagen	1.759	1.844	-85	-4,6
Sichteinlagen	6.237	5.510	727	13,2
Termineinlagen	581	528	53	10,0
Eigenemissionen (Pfandbriefe)	126	96	30	31,4
Mittelaufkommen von Kunden	8.702	7.978	724	9,1

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Kunden** stiegen insgesamt um 0,7 Mrd. EUR auf 8,7 Mrd. EUR an. Das entgegen unserer ursprünglichen Planung höhere Wachstum resultiert im Wesentlichen aus einem deutlichen Anstieg der Sichteinlagen; hier werden stichtagsbedingt Verbindlichkeiten gegenüber einem Pensionsfonds von 545,3 Mio. EUR ausgewiesen.

Dienstleistungsgeschäfte

Neben dem aktiven Zins- und Währungsmanagement für unsere Kunden sind wir auch kompetenter Partner für alle Fragen des grenzüberschreitenden Zahlungsverkehrs.

Die Entwicklung im Bauspargeschäft lag über unseren Erwartungen. Insgesamt wurden knapp 7.600 Verträge (Vorjahr: 7.100) mit einem Bausparvolumen in Höhe von 244,5 Mio. EUR (Vorjahr: 231,6 Mio. EUR) vermittelt.

Schwerpunktmäßig erfolgt über unsere Tochter, die **Naspa Versicherungs-Service GmbH**, die qualifizierte Vermittlung und Betreuung von Versicherungs- und Vorsorgelösungen. Im abgelaufenen Geschäftsjahr konnte im Bereich der Lebensversicherungen im bekannt schwierigen Marktumfeld (Niedrigzinssituation) ein Gesamtbewertungssummenvolumen von 232,1 Mio. EUR vermittelt werden. Im Vorjahr belief sich das Vermittlungsvolumen auf 251,8 Mio. EUR. Der Absatz von Kompositversicherungen konnte gegenüber dem Vorjahr um rund 15,4 % gesteigert werden.

Aufgrund des anhaltend niedrigen Zinsniveaus hielt auch im Geschäftsjahr 2015 die Entwicklung hin zu kurzfristigen Anlagen unvermindert an. Während sich die Bestände der Spareinlagen verminderten, stiegen die Termineinlagen um 10,0 % bzw. 0,1 Mrd. EUR. Die Sichteinlagen stiegen insbesondere durch den dargestellten Sondereffekt um 13,2 % auf 6,2 Mrd. EUR an.

Als Ergänzung unserer Finanzierungsangebote bietet die Naspa auch Leasingfinanzierungen an. Das insbesondere an die **Deutsche Leasing, Bad Homburg**, vermittelte Leasingneugeschäft lag mit 36,6 Mio. EUR leicht unter dem Niveau des Vorjahres (37,3 Mio. EUR).

Unsere Tochtergesellschaft **Naspa Immobilien GmbH** konnte nicht an das erfolgreiche Vorjahr anknüpfen. Bei einer gesunkenen Anzahl vermittelter Immobilien verminderte sich das Verkaufsvolumen von 70,8 Mio. EUR im Vorjahr auf 58,4 Mio. EUR.

Das für unsere Kunden im Rahmen der Individuellen Vermögensverwaltung per 31. Dezember 2015 verwaltete Volumen betrug 243,0 Mio. EUR (Vorjahr: 255,4 Mio. EUR).

Im Rahmen der Verbundgeschäfte mit der **DekaBank, Frankfurt am Main**, beliefen sich die Umsätze in Fondsanteilen auf 206,0 Mio. EUR und liegen damit über dem Vorjahreswert von 200,3 Mio. EUR.

Umsatzentwicklung Wertpapierkommissionsgeschäft	2015	2014	Veränderungen in	
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	%
Festverzinsliche Wertpapiere	446	653	-207	-31,7
Aktien	232	200	32	16,0
Investmentfonds	269	227	42	18,5
Sonstige	22	119	-97	-81,5
Gesamtumsatz	969	1.199	-230	-19,2

Das Wertpapierkommissionsgeschäft entwickelte sich im Vergleich zum Vorjahr deutlich schlechter. Der Gesamtumsatz sank um 230 Mio. EUR auf 969 Mio. EUR. Dem marktbedingten Umsatzrückgang bei den festverzinslichen Wertpapieren und bei den Sonstigen wirkte eine leichte Steigerung bei den Aktien und den Investmentfonds entgegen.

Ertragslage

Die Beurteilung der Ertragslage erfolgt auf Basis einer betriebswirtschaftlichen Betrachtung, nach Regeln des Betriebsvergleiches der Sparkassenorganisation, die sowohl Grundlage der Planung und der internen Steuerung sowie der Gremienberichterstattung ist. Die handelsrechtliche Sichtweise der Gewinn- und Verlustrechnung (GuV) weicht in den einzelnen Ertrags- und Aufwandspositionen von dieser betriebswirtschaftlichen Betrachtungsweise ab. In der nachfolgenden Tabelle wurde die handelsrechtliche GuV-Sicht auf die betriebswirtschaftliche Sicht übergeleitet.

Überleitungsrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung	2015	Überleitung	2015	Betriebswirtschaftliches Ergebnis
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	
Zinsspanne (einschließlich laufender Erträge)	285,0	-31,8	253,2	Zinsüberschuss
Provisionsüberschuss	67,6	19,2	86,8	Provisionsüberschuss
Verwaltungsaufwendungen und Abschreibungen	232,2	-15,5	216,7	Personal-/Sachaufwand
Teilbetriebsergebnis	120,4	2,9	123,3	-
Handelsergebnis	-0,2	1,4	1,2	Handelsergebnis
Saldo sonstige Erträge und Aufwendungen	-84,8	82,8	-2,0	Sonstiger ordentlicher Aufwand
Betriebsergebnis vor Bewertung	35,4	87,1	122,5	Betriebsergebnis vor Bewertung
Bewertungsergebnis	83,6	-1,0	82,6	Bewertungsergebnis
Betriebsergebnis nach Bewertung	119,0	86,1	205,1	Betriebsergebnis nach Bewertung
Außerordentliches Ergebnis	-70,4	-86,5	-156,9	Saldo neutraler Ertrag/neutraler Aufwand
Ergebnis vor Steuern	48,6	-0,4	48,2	Ergebnis vor Steuern
Steuern	-14,6	0,4	-14,2	Steuern
Jahresüberschuss	34,0	0,0	34,0	Jahresüberschuss

Die in der Überleitung aufgezeigten wesentlichen Unterschiede zwischen der GuV und der betriebswirtschaftlichen Betrachtungsweise resultieren im Provisionsergebnis aus Provisionserträgen der Tochtergesellschaften (Bruttodarstellung) und der Zuordnung sonstiger betrieblicher Erträge in diesem Posten. Bei den Personalaufwendungen werden die Aufwendungen für die Pensionsverpflichtungen zum Teil den neutralen Aufwendungen zugeordnet. Die unter GuV-Sicht im Saldo der sonstigen Erträge enthaltenen Aufzinsungen der

Pensionsverpflichtungen werden betriebswirtschaftlich zwischen dem Zinsergebnis und dem Posten neutraler Ertrag/neutraler Aufwand aufgeteilt. Einmalige Aufwendungen für die Bildung einer Rückstellung für Vorruhestandsvereinbarungen werden ebenfalls den neutralen Aufwendungen zugeordnet. Die aus GuV-Sicht in der Zinsspanne ausgewiesenen Aufwendungen für die vorzeitige Beendigung von Zinsswaps (Close-out-Zahlungen) werden betriebswirtschaftlich dem neutralen Aufwand zugeordnet.

Betriebswirtschaftliches Ergebnis	2015	2014	Veränderungen in	
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	%
Zinsspanne	253,2	238,1	15,1	6,3
Provisionsüberschuss	86,8	86,2	0,6	0,7
Personal-/Sachaufwand	216,7	211,5	5,2	2,5
Sonstige Aufwendungen	2,0	2,0	0,0	0,0
Handelsergebnis	1,2	1,1	0,1	9,1
Betriebsergebnis vor Bewertung	122,5	111,9	10,6	9,5
Bewertungsergebnis	82,6	6,7	75,9	>100,0
Betriebsergebnis nach Bewertung	205,1	118,6	86,5	72,9
Saldo neutraler Ertrag/neutraler Aufwand	-156,9	-80,8	-76,1	-94,2
Ergebnis vor Steuern	48,2	37,8	10,4	27,5
Steuern	-14,2	-8,9	-5,3	-59,6
Bilanzgewinn	34,0	28,9	5,1	17,6

Im Vorjahresvergleich verbesserte sich der **Zinsüberschuss** um 15,1 Mio. EUR und liegt damit über unseren Erwartungen. Gleichwohl wirkte sich das niedrige Zinsniveau negativ auf das Zinsergebnis aus. Durch weitere marktbedingte Zinsanpassungen im Kundengeschäft konnte dieser Entwicklung teilweise entgegengewirkt werden. Daneben wirkten sich unter anderem Swap-Maßnahmen der Vorjahre mit 24,0 Mio. EUR geplant stabilisierend auf den Zinsüberschuss aus.

Der **Provisionsüberschuss** liegt über unseren Erwartungen und mit 86,8 Mio. EUR leicht über dem Vorjahresergebnis. Die Entwicklung im Provisionsgeschäft war auch im abgelaufenen Geschäftsjahr geprägt durch eine allgemein schwierige Absatzsituation. Insbesondere die Umsätze im Wertpapiergeschäft spiegelten die andauernde Unsicherheit an den Geld- und Kapitalmärkten wider.

Der **Personal- und Sachaufwand** einschließlich der Abschreibungen auf Sachanlagen entwickelte sich positiver als unsere Erwartungen, liegt jedoch mit 216,7 Mio. EUR über dem Vorjahresniveau. Dabei stand dem gesunkenen Personalaufwand ein höherer **Sachaufwand** entgegen. Durch gezieltes Kostenmanagement konnte der Planwert unterschritten werden. Planmäßige **Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte** verminderten sich leicht auf 9,3 Mio. EUR.

Das betriebswirtschaftliche **Handelsergebnis** liegt leicht über dem Vorjahresergebnis und unseren Erwartungen.

Zur Berechnung des Aufwand-Ertrag-Verhältnisses wurde für das Geschäftsjahr 2015 der Personal- und Sachaufwand in Relation zu den Erträgen (Zins- und Provisionsüberschuss, Nettoergebnis des Handelsbestands sowie der Saldo aus sonstigen Erträgen und Aufwendungen) gesetzt. Die sich hieraus ergebende **Cost-Income-Ratio** hat sich gegenüber dem Vorjahr von 65,4 % auf 63,9 % verbessert.

Bewertungsergebnis	2015	2014	Veränderungen in	
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	%
Kreditgeschäft	11,2	2,9	8,3	>100,0
Wertpapiergeschäft	-2,7	4,3	-7,0	>-100,0
Sonstige Bewertungen	-0,7	-0,5	-0,2	40,0
Dotierung Vorsorge gem. § 340f und § 340g HGB	74,8	0,0	74,8	-
Bewertungsergebnis	82,6	6,7	75,9	>100,0

Ohne Berücksichtigung der Auflösung von Vorsorereserven in Höhe von 74,8 Mio. EUR hat sich das **Bewertungsergebnis** vor dem Hintergrund der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen im Jahr 2015 mit

insgesamt 7,8 Mio. EUR deutlich positiver entwickelt als erwartet und macht damit einen großen Anteil am guten Gesamtergebnis aus. Bei den Risikoaufwendungen im Kundenkreditgeschäft lagen die Zuführungen zu den

Wertberichtigungen deutlich unter den Auflösungen. Zudem waren Pauschalwertberichtigungen in Höhe von 2,2 Mio. EUR aufzulösen, so dass per saldo erneut ein positives Bewertungsergebnis im Kreditgeschäft ausgewiesen wird.

Das Bewertungsergebnis im Wertpapiergeschäft entwickelte sich per saldo ebenfalls deutlich positiver als unsere Erwartungen. Abschreibungen auf „über pari“ zu Buche stehende Anleihen traten aufgrund der Marktentwicklung nicht im erwarteten Umfang ein. Um die Belastungen aus der Ausfinanzierung aufzufangen, wurden Vorsorgereserven in Höhe von 74,8 Mio. EUR aufgelöst. Insgesamt tragen die Bewertungen im Wertpapier- und Kreditgeschäft allen erkennbaren Risiken ausreichend Rechnung.

In der Gewinn- und Verlustrechnung wurden die Aufwendungen und Erträge aus dem Bewertungsergebnis gemäß § 340f Abs. 3 HGB, § 340c Abs. 2 HGB und § 33 der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) saldiert.

Der **Saldo aus neutralen Erträgen und neutralen Aufwendungen** betrug insgesamt –156,9 Mio. EUR und liegt damit deutlich über unseren Planwerten und dem Vorjahreswert. Der Anstieg wurde größtenteils durch die Aufwendungen für Pensionsverpflichtungen beeinflusst, insbesondere durch einen höheren Diskontierungsaufwand (56,2 Mio. EUR) infolge des weiteren Absinkens des anzuwendenden Zinssatzes sowie einen Einmaleffekt durch die Tilgung stiller Lasten von 82,0 Mio. EUR gemäß Art. 28 bzw. Art. 67 EGHGB im Rahmen der Ausfinanzierungen der Pensionsverpflichtungen.

Der ausgewiesene Bilanzgewinn von 34,0 Mio. EUR steht zur Stärkung der Eigenkapitalbasis zur Verfügung.

Für das im Jahresdurchschnitt zur Verfügung stehende bilanzielle Eigenkapital errechnet sich auf Basis des Vorsteuerergebnisses für das abgelaufene Jahr bedingt, durch den Sondereffekt bei den Pensionsverpflichtungen, eine negative **Eigenkapitalverzinsung** (Vorjahr: 4,6 %).

Finanz- und Vermögenslage

Entwicklung einzelner Posten der Aktivseite	2015	2014	Veränderungen in	
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	%
Forderungen an Kreditinstitute	564	566	-2	-0,4
Forderungen an Kunden	8.822	8.283	539	6,5
Wertpapiere	1.304	1.433	-129	-9,0
Beteiligungen/Anteile an verbundenen Unternehmen	116	128	-12	-9,4
Übrige Aktiva	494	393	101	25,7
Bilanzsumme	11.300	10.803	497	4,6

Die **Forderungen an Kreditinstitute** blieben nahezu unverändert. Das **Kundenkreditgeschäft** erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr absolut gesehen um 0,5 Mrd. EUR bzw. 6,5 % und liegt insgesamt über den Planannahmen. Dabei entwickelten sich jedoch die Geschäftsfelder unterschiedlich. Während bei den Privat- und Firmenkunden Bestandszuwächse zu verzeichnen waren, haben sich die Bestände im Geschäftsfeld Kommunen und Institutionelle vermindert.

Die Bestände an festverzinslichen **Wertpapieren**, Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren verminderten sich um 0,1 Mrd. EUR auf 1,3 Mrd. EUR und liegen leicht unter dem Vorjahresniveau und unserer Planung. Der Rückgang der „Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen“ resultiert aus einem geänderten Bilanzausweis der Anteile an Investmentkommanditgesellschaften sowie einer Kapitalherabsetzung bei einer Tochtergesellschaft.

Entwicklung einzelner Posten der Passivseite	2015	2014	Veränderungen in	
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	%
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.292	1.158	134	11,6
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	8.702	7.978	724	9,1
Verbriefte Verbindlichkeiten	178	192	-14	-7,3
Eigene Mittel	922	888	34	3,8
Übrige Passivbestände	206	587	-381	-64,9
Bilanzsumme	11.300	10.803	497	4,6

Bei den **Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten** war ein Bestandsaufbau von 0,1 Mrd. EUR zu verzeichnen. Bei den **Verbindlichkeiten gegenüber Kunden** lag der Bestandszuwachs bei 0,7 Mrd. EUR bzw. 9,1 % und übertraf bedingt durch die Auslagerung von Pensionsverpflichtungen unsere Erwartungen. Im Berichtsjahr

wurden zur langfristigen Sicherung der Liquidität weitere Pfandbriefe in Höhe von 98,0 Mio. EUR emittiert.

Die Entwicklung der Liquidität der Naspa ist im Risikobericht (Liquiditätsrisiken) dargestellt.

Eigenkapitalausstattung

Die **Sicherheitsrücklage** der Naspa beläuft sich zum Bilanzstichtag auf 759,6 Mio. EUR.

Eigenmittel	nach Feststellung	2015	2014	Veränderungen gegenüber Feststellung in	
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	%
Gesamtbetrag Kernkapital	842	763	824	18	2,2
Gesamtbetrag Ergänzungskapital	129	180	172	-43	-25,0
Eigenmittel	971	943	996	-25	-2,5

Die Eigenmittel gemäß Art. 72 der Richtlinien über die Eigenkapitalanforderungen (CRR) betragen zum Bilanzstichtag 943 Mio. EUR und setzen sich wie folgt zusammen: Sicherheitsrücklage, stille Einlagen, Rücklagen gemäß § 340g HGB und Ergänzungskapital, das aus den Vorsorgereserven gemäß § 340f HGB, dem Genussrechtskapital sowie Anteilen aus den stillen Einlagen (Wasserfallprinzip) besteht. Der Rückgang der Eigenmittel zum Bilanzstichtag resultiert im Wesentlichen aus dem Einmaleffekt der Pensionsauslagerung. Mit Feststellung des Jahresabschlusses am 19. April 2016 stellen sich die Eigenmittel auf 971 Mio. EUR. Im Vorjahresvergleich haben sich zum Bilanzstichtag die **Kernkapitalquote** um 1,3 Prozentpunkte auf 11,8 % und die **Gesamtkennziffer** um 1,2 Prozentpunkte auf 14,6 % vermindert. Die nach der CRR geforderte Eigenmittelunterlegung der anrechnungspflichtigen Positionen wurde im Geschäftsjahr 2015 jederzeit eingehalten.

Zur Berechnung der Eigenmittelanforderung für Adressrisiken wendet die Naspa den Standardansatz und für Operationelle Risiken den Basisindikatoransatz an. In Summe beläuft sich die Eigenmittelanforderung per 31. Dezember 2015 auf 518 Mio. EUR.

Im Rahmen des zukunftsgerichteten Kapitalplanungsprozesses wird unter Berücksichtigung der absehbaren regulatorischen Anforderungen und des strategischen Planungsansatzes der zukünftige Kapitalbedarf ermittelt. Danach werden im kommenden Geschäftsjahr regulatorische Eigenmittel von 949 Mio. EUR erwartet. Diese steigen bis zum Jahr 2020 voraussichtlich auf 1.160 Mio. EUR an. Aufgrund des Handlungsspielraumes, der durch die Auslagerung der Pensionsverpflichtungen entstanden ist, können diese zusätzlich erforderlichen Mittel, bei einem unterstellten normalen Geschäftsverlauf, aus eigener Geschäftstätigkeit erwirtschaftet werden.

Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung mit Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Naspa sind nach Ablauf des Geschäftsjahres nicht eingetreten.

Risikoberichterstattung

Im folgenden Abschnitt legt die Naspa gemäß Art. 435 (1) CRR ihre Risikomanagementziele und -politik einschließlich der Risikomanagementverfahren und -systeme offen.

Risikoverständnis und Grundlagen des Risikomanagements

Zum Bankgeschäft gehört das Eingehen von Risiken, also die Übernahme von Verlust- bzw. Schadensgefahren, die dadurch entstehen, dass erwartete Entwicklungen ungünstiger verlaufen als geplant. Ziel des Risikomanagements ist es, durch Einrichtung geeigneter interner Kontrollverfahren unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit und Festlegung von Strategien wirksam und angemessen Risiken zu erkennen, zu analysieren, zu bewerten, zu überwachen und zu kommunizieren. Dies geschieht bei der Naspa unter Beachtung (aufsichts-)rechtlicher, geschäftspolitischer und betriebswirtschaftlicher Vorgaben.

Aufsichtsrechtlich maßgeblich sind die auf § 25a KWG basierenden Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk), die geeignete Regelungen zur Steuerung, Überwachung und Kontrolle der Risiken, die Sicherstellung einer ordnungsgemäßen Geschäftsorganisation und die Implementierung angemessener interner Kontrollverfahren (Regelungen zur Aufbau- und Ablauforganisation sowie Prozesse zur Identifizierung, Beurteilung und Kommunikation der wesentlichen Risiken) beinhalten. Ergänzend wirken die sparkassenrechtlichen Bestimmungen, die die Naspa zusätzlich bei der Ausgestaltung ihres Risikomanagements beachtet. Intern definierte geschäftspolitische Vorgaben, die die Naspa beim Eingehen von Risiken berücksichtigen muss, sind unter anderem in der jährlich auf Basis der Geschäftsstrategie entwickelten Risikostrategie fixiert, in der die risikostrategischen Grundsätze zur Erreichung der langfristigen strategischen Geschäftsziele der Sparkasse festgelegt sind. Die Risikostrategie beschreibt das Management der aus den wesentlichen Geschäftsaktivitäten resultierenden Risiken unter besonderer Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit. Darüber hinaus definiert sie auch Leitlinien für die Risikokultur, den grundsätzlichen Umgang mit Risiken im Institut und Maßnahmen des Risikomanagements. Jede der wesentlichen Risikoarten – Adressrisiken, Marktpreisrisiken, Liquiditätsrisiken, Operationelle Risiken und Sonstige wesentliche Risiken – wird hierin detailliert behandelt. Die Managementgrundsätze aus der Risikostrategie werden durch prozessuale und metho-

dische Regelungen im Risiko- und Organisationshandbuch ergänzt.

Organisation des Risikomanagements

Das Risikomanagement umfasst alle Aktivitäten zum systematischen Umgang mit Risiken. Es beinhaltet unter anderem interne Verfahren und Systeme zur Risikoeerkennung, -messung, -bewertung, Risikoreporting, Risikosteuerung und Risikokontrolle. Diese Instrumente, die hierbei angewandten Methoden und Prozesse werden fortlaufend auf ihre Funktionalität überprüft und zugleich weiterentwickelt.

Die Verantwortung für ein funktionsfähiges und ordnungsgemäßes Risikomanagementsystem trägt der Gesamtvorstand. Dieser verabschiedet neben der Geschäftsstrategie eine dazu konsistente Risikostrategie. Der Vorstand informiert das Aufsichtsorgan vierteljährlich über die Risikosituation in angemessener Weise schriftlich. Der dem Vorstandsvorsitzenden direkt berichtende Zentralbereich (ZB) Gesamtbanksteuerung ist für das Risikocontrolling verantwortlich, also die Risikoeerkennung, -messung, -bewertung, -kontrolle sowie das Risikoreporting. Zusätzlich obliegt dem Risikocontrol-

ling die Methodenkompetenz für die Ausgestaltung der Elemente des Risikomanagementprozesses. Das Risikocontrolling unterstützt die Geschäftsleitung gemäß AT 4.4.1 der MaRisk in allen risikopolitischen Fragen, bei der Einrichtung und Weiterentwicklung von Risikosteuerungs- und -controllingprozessen sowie der Berichterstattung. Die organisatorische Anbindung des Risikocontrollings in Unabhängigkeit zu den Handels- und Marktberreichen entspricht den aufsichtsrechtlichen Anforderungen und minimiert Interessenskonflikte innerhalb der Organisationseinheiten. Die nach MaRisk (AT 4.4.1 Tz 4 u. 5) besonders definierte Leitung der Risikocontrolling-Funktion wird durch den Zentralbereichsleiter Gesamtbanksteuerung wahrgenommen. Bei wichtigen risikopolitischen Entscheidungen der Geschäftsleitung ist er zu beteiligen.

Die operative Risikosteuerung wird von den jeweiligen portfolioverantwortlichen Fachbereichen (Portfolioverantwortlichen) wahrgenommen. Für die Steuerung und Überwachung ausgelagerter Aktivitäten und Prozesse ist der Fachbereich (FB) Dienstleistersteuerung verantwortlich. Alle Risikomanagementprozesse werden durch die Interne Revision entsprechend dem Prüfungsplan geprüft, die als fester Bestandteil des unternehmerischen Überwachungssystems ebenfalls dem Vorstand unmittelbar unterstellt und diesem berichtspflichtig ist.

Operative Verantwortlichkeiten im Risikomanagement

Risikoarten	Portfolien							
	PK (incl. PB)	FK	Komm. und Institut.	Problem- kredite	Struktur- portfolio (Gesamt- vorstand)	Kapital- märkte und Kom- munen	Immo- bilien	Beteili- gungen
Adressrisiko	061/064	061/064	061/064	061/064	061/064	061/064	-	061/064
	085	D2	060	250	001	060	-	001
Marktpreisrisiko	-	-	-	-	061/064	061/064	061/064	-
	-	-	-	-	001	060	010	-
Operationelles Risiko	Die Verantwortung liegt grundsätzlich bei den zuständigen RM/ZB. Erforderlichenfalls sind – z. B. bei übergreifenden Risiken oder Schnittstellenrisiken – die zuständigen Fachbereiche und die Revision einzubinden.							
Liquiditätsrisiko	-	-	-	-	061/064	061/064	-	-
	-	-	-	-	060	060	-	-
Gesamtbank	061/064							
	001							

Quelle: Darstellung gemäß Risikostrategie

Risikocontrolling

Risikosteuerung

Legende:

001	Gesamtvorstand	061	Zentralbereich Gesamtbanksteuerung
D2	Dezernat Firmenkunden	064	Fachbereich Risikocontrolling
010	Zentralbereich Unternehmensentwicklung und Kommunikation	085	Zentralbereich Vertriebsmanagement Privatkunden
060	Zentralbereich Kapitalmärkte und Kommunen	250	Zentralbereich Kreditmanagement

PB	Private Banking
RM	Regionalmärkte
FK	Firmenkunden
PK	Privatkunden

Das so konstituierte Risikomanagement soll die Einhaltung aufsichtsrechtlicher Mindestanforderungen sowie die jeweils gültigen regulatorischen Anforderungen hinsichtlich Eigenkapital und Liquidität jederzeit gewährleisten.

Risikotragfähigkeit als Teil des Risikomanagements

Bei der Umsetzung des Risikomanagements ist die Risikotragfähigkeit zu berücksichtigen. Unter dem Begriff der Risikotragfähigkeit fasst die Naspa alle Verfahren zur Sicherstellung einer angemessenen Verfügbarkeit von Risikodeckungspotenzial zusammen, um den Fortbestand des Unternehmens zu gewährleisten. Diese ist gegeben, wenn das vorhandene Risikodeckungspotenzial zu jedem Zeitpunkt mit angemessener Wahrscheinlichkeit größer als die Risiken der Sparkasse ist. Dabei orientiert man sich zum einen an der Sichtweise des Gläubigerschutzes (wertorientierter Steuerungskreis gemäß Gone-Concern) und zum anderen an der Perspektive der Geschäftsführung (GuV-/periodenorientierter Steuerungskreis gemäß Going-Concern).

Für die Sichtweise des Gläubigerschutzes werden hierbei Risiken auch mit geringer Eintrittswahrscheinlichkeit (Konfidenzniveau 99,9 %, wie im Vorjahr) berücksichtigt, für die Sichtweise der Unternehmensfortführung hingegen werden Risiken mit tendenziell höherer Eintrittswahrscheinlichkeit (Konfidenzniveau 95,0 %, wie im Vorjahr) beachtet. Der Risikohorizont beträgt für beide Sichtweisen ein Jahr. Die einzelnen Risiken werden dabei unter der Annahme einer vollständig positiven Korrelation von +1 aggregiert, so dass Diversifikationseffekte zwischen den Risiken nicht berücksichtigt werden.

Im wertorientierten Steuerungskreis entspricht das Risikodeckungspotenzial dem Barwert des im Fall der geordneten Abwicklung der Sparkasse zur Verfügung stehenden Nettovermögens, also dem Netto-Substanzwert des Eigenkapitals. Den Vermögenswerten für den Fall der geordneten Abwicklung (Auslaufen des Kundengeschäftes ohne Neuabschlüsse) stehen mit Ausnahme der unbefristeten Eigenmittel alle bilanziellen Passiva als Abzugsposition gegenüber. Darüber hinaus werden Abzüge für Risikoprämien, stille Lasten, Pensionsverpflichtungen, sonstige Rückstellungen, sonstige Vermögensgegenstände und sonstige Verbindlichkeiten voll angerechnet. Die diesem Nettovermögen gegenüberstehenden Risiken werden mittels Modellsimulationen, Szenario-Analysen oder Expertenschätzungen ermittelt. Dabei wird der als Risikomaß verwendete Value at Risk als Differenz des sich im Risikofall ergebenden Barwertes zum erwarteten Barwert definiert.

Im GuV-/periodenorientierten Steuerungskreis stehen als Risikodeckungspotenzial neben dem geplanten Ergebnis die Eigenmittelbestandteile zur Verfügung, die die geforderte Mindestkapitalquote übersteigen. Die Mindestkapitalquote wird dabei so festgelegt, dass die aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalanforderungen nach Eintritt des Risikofalls weiterhin erfüllt werden, um den Fortbestand der Sparkasse zu gewährleisten. Die Risiken werden auch hier mittels Modellsimulationen, Szenario-Analysen und Expertenschätzungen ermittelt. Dabei wird der Value at Risk als Differenz der sich im Risikofall ergebenden GuV-Entwicklung zur geplanten GuV-Entwicklung definiert. Die Steuerung erfolgt über beide Steuerungskreise flankiert von Stresstests und der Kapitalplanung. Vorrangig ist jedoch die Steuerung nach wertorientierten Größen, wobei die GuV-/periodenorientierte Steuerung eine einzuhaltende Nebenbedingung darstellt.

Im Rahmen der maßgeblichen wertorientierten Steuerung wird vom Vorstand ein Limitsystem für die Gesamtbank sowie die einzelnen Portfolios als zentrales Instrument der Risikosteuerung und zur Umsetzung der risikostrategischen Ausrichtung der Bank verabschiedet. Der wertorientierte Steuerungskreis und die hier genutzten Limite wurden 2015 insbesondere durch die Ausfinanzierung der Pensionsverbindlichkeiten beeinflusst. Ergänzt wird das wertorientierte Gesamtbank-/Geschäftsfeldlimitsystem durch ein Gesamtlimit für die Sichtweise der Geschäftsführung (Going-Concern), durch Teillimite für die jeweiligen GuV-Komponenten (Going-Concern), durch definierte Verlustobergrenzen, Risikotoleranzen, Analysen zu Risikokonzentrationen, Risikopuffern und Ampelsystematiken.

Die perspektivische Überwachung aller wesentlichen wie auch die situative Analyse nicht wesentlicher Risiken erfolgt durch Frühwarnsysteme, in Szenario-Betrachtungen und durch Simulationen. Ergänzt wird dieses Überwachungssystem durch einen mehrjährigen Kapitalplanungsprozess sowie reguläre und inverse Stresstests, die die gesamten Auswirkungen wesentlicher Änderungen bei den Risikofaktoren auf die ausgewählten Risikosteuerungsgrößen untersuchen. Aus diesen Ergebnissen werden im Bedarfsfall Steuerungsmaßnahmen abgeleitet.

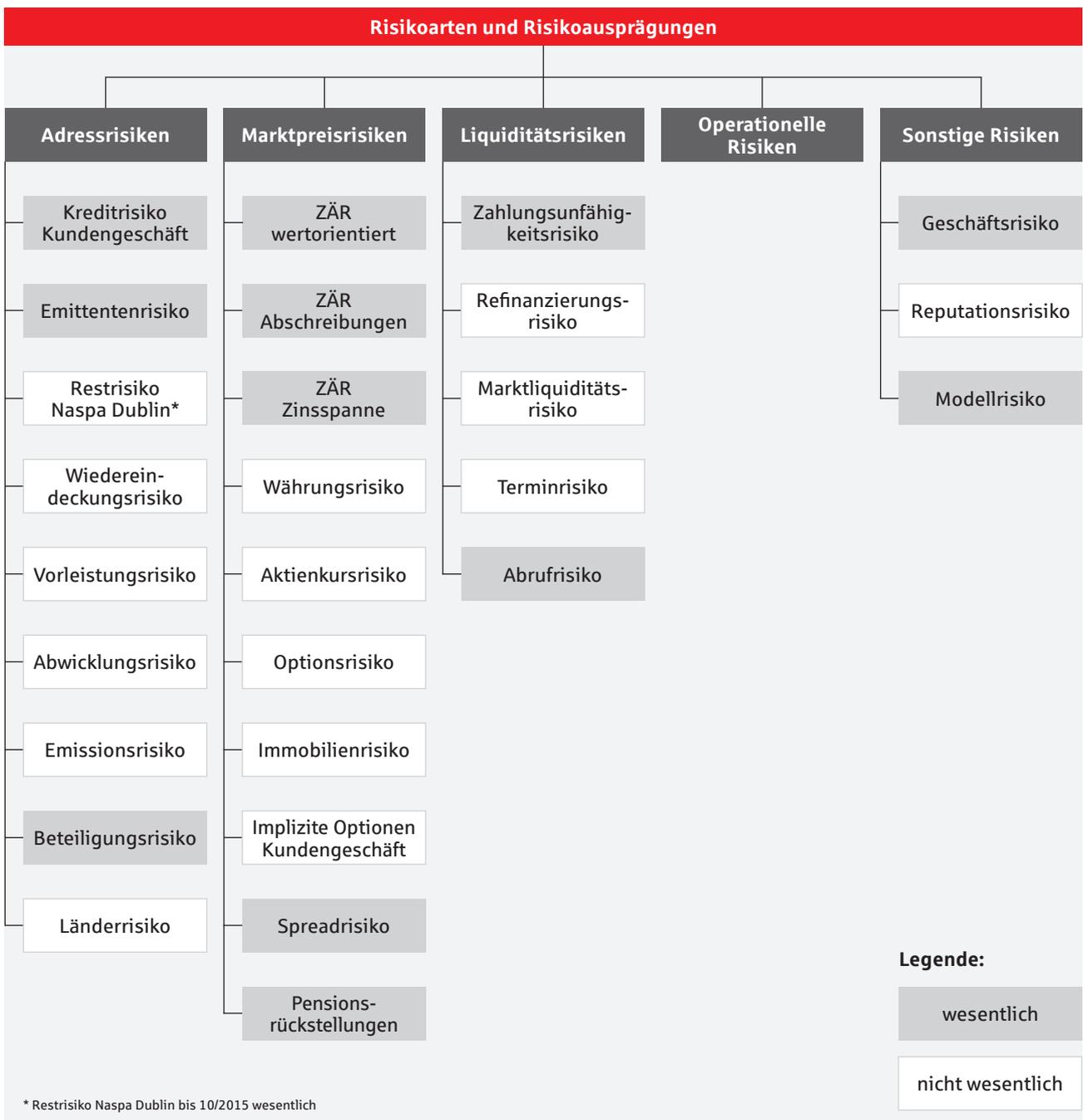
Die Risikotragfähigkeit für beide Sichtweisen sowie ausgewählte Analysen werden monatlich ermittelt und im Rahmen des Risikoberichts an den Gesamtvorstand berichtet. Darüber hinaus wird regelmäßig über die Risikosituation einzelner Risikoarten berichtet. Bei außergewöhnlichen Entwicklungen oder Ereignissen von wesentlicher Bedeutung, zum Beispiel bei einem plötzlich auftretenden erheblichen Risikoversorgebedarf im

Bereich der Adressrisiken, werden der Vorstand und gegebenenfalls die Gremien der Naspa im Rahmen einer Ad-hoc-Berichterstattung informiert.

Risikoarten

Im Rahmen einer jährlichen (ggf. auch anlassbezogenen) Risikoinventur erfolgt bei der Naspa die Ermittlung eines Gesamtrisiko profils durch Analyse der wesentlichen Risiken und damit verbundenen Risikokonzentrationen. Weiterhin finden dabei eine Prüfung

der nicht wesentlichen Risiken sowie eine Prüfung auf Existenz bisher nicht betrachteter Risiken statt. Hierbei wird die Differenzierung zwischen wesentlichen und nicht wesentlichen Risiken untersucht. Für die jeweilige Risikoart werden dabei Eintrittswahrscheinlichkeit und Größenordnung bei Risikoeintritt ermittelt und die Auswirkung auf die Vermögens-, Ertrags- und Liquiditätsslage der Bank, die Kapitalauslastung sowie die strategischen Ziele betrachtet. Die folgende Übersicht zeigt die wesentlichen Risikokategorien und Risikoarten auf Grundlage der Ergebnisse der Risikoinventur für 2015:



Risikolage

Im Jahr 2015 wurde das gesetzte Gesamtlimit jederzeit eingehalten. Die Risikotragfähigkeit der Naspa war somit immer in beiden Steuerungskreisen gegeben. Das Risikodeckungspotenzial sowohl im periodenorientierten Steuerungskreis als auch im wertorientierten Steuerungskreis reduzierte sich im Vorjahresvergleich. Gleichzeitig haben sich im Vergleich zum Vorjahr in beiden Steuerungskreisen die Risiken deutlich verringert. Im GuV-/periodenorientierten Steuerungskreis sanken die Risiken im Vergleich zum Vorjahr um 21,4 Mio. EUR, im wertorientierten Steuerungskreis um 112,7 Mio. EUR. Dieser erhebliche Rückgang des Risikos im wertorientierten Steuerungskreis ist bedingt durch die Ausfinanzierung der Pensionsverbindlichkeiten in eine unabhängige Fondsgesellschaft sowie durch Parameteranpassung in den Risikomodellen. Der Risikorückgang im periodenorientierten Steuerungskreis ist auf

den gleichen Einmaleffekt zurückzuführen. Monatliche Analysen des Gesamtrisikoprofils sowohl aus wertorientierter als auch GuV-/periodenorientierter Sichtweise zeigen, dass sich das Gesamtrisikoprofil stets innerhalb der definierten Bandbreiten bewegte. Entwicklungsbeeinträchtigende oder bestandsgefährdende Risiken waren nicht vorhanden und werden aus heutiger Sicht auch nicht erwartet.

Das Risikodeckungspotenzial im wertorientierten Steuerungskreis betrug zum 31.12.2015 1.420 Mio. EUR (Vorjahr: 1.458 Mio. EUR). Unter Berücksichtigung eines Risikopuffers hat der Vorstand hieraus ein max. verfügbares Risikokapital von 1.170 Mio. EUR sowie ein Limit von 879 Mio. EUR abgeleitet. Das Limit wurde insgesamt stets eingehalten. Die Auslastung der für die Geschäftsfeldsteuerung wesentlichen Einzellimite stellt sich im Gesamtkontext wie folgt dar:

	jeweils per 31.12.2015		
	Risiko 99 % – Sicht 1 Jahr	Limit	Limitauslastung
	in Mio. EUR	in Mio. EUR	in %
Adressrisiken	381,6	414,0	92,2
Marktpreisrisiken	270,4	360,0	75,1
Sonstige Risiken	99,5	105,0	94,8
Gesamtbank	751,5	879,0	85,5

Im GuV-/periodenorientierten Steuerungskreis stehen als Risikodeckungspotenzial insgesamt 415,4 Mio. EUR (Vorjahr: 445,5 Mio. EUR) wie folgt zur Verfügung:

Ermittlung zum 31.12.2015		Mio. EUR
Eigenmittel der Naspa	hartes Kernkapital	694,9
	zusätzliches Kernkapital gemäß Capital Requirements Regulation	68,6
	Ergänzungskapital gemäß Capital Requirements Regulation	180,0
abzüglich	Mindestkapitalquote gemäß Vorstandsbeschluss	-582,9
zuzüglich	erwartetes Betriebsergebnis laufendes Jahr vor Steuern bzw. Ergebnis Vorjahr nach Steuern, solange Jahresabschluss noch nicht festgestellt	
	- abzgl. aktive latente Steuern auf § 340f HGB Reserven	54,8
Risikodeckungspotenzial für Going-Concern-Steuerungskreis		415,4

Gemäß den internen Regelungen sollen davon maximal 50 % als Gesamtlimit zur Verfügung stehen. Das GuV-/periodenorientierte Risiko der Naspa (Sicht 12 Monate) beträgt zum Jahresende 164,2 Mio. EUR (Vorjahr: 185,7 Mio. EUR). Dies ergibt bei einem verteilten Gesamtlimit von 200 Mio. EUR eine Limitauslastung von 82,1 % (Vorjahr: 92,8 %).

Das Gesamtlimit im periodenorientierten Steuerungskreis blieb im ganzen Jahr 2015 unverändert bei 200 Mio. EUR. Das Limit im wertorientierten Steuerungskreis wurde von 900 Mio. EUR auf 879 Mio. EUR reduziert. Diese Limite wurden jederzeit eingehalten.

	jeweils per 31.12.2015		Limitauslastung in %
	Risiko 95 % – Sicht 1 Jahr in Mio. EUR	Limit in Mio. EUR	
Zinsüberschuss	10,5	27,0	38,9
restliches Betriebsergebnis vor Bewertung	13,3	17,0	78,2
Bewertung Kredite	43,0	58,0	74,1
Bewertung Wertpapiere	80,1	70,0	114,4
Sonstige Positionen	17,3	28,0	61,8
Gesamtsumme	164,2	200,0	82,1

Die Risikotragfähigkeitsbetrachtung wird um risikoartenübergreifende Stresstests ergänzt. Die Bankenaufsicht schreibt die Durchführung von historischen, hypothetischen und inversen Stresstests vor. Beim historischen Stresstest mit dem Szenario „schwerer konjunktureller Abschwung“ wird eine Krise an den Finanzmärkten mit nachhaltiger Auswirkung auf die Realwirtschaft unterstellt, was zu einer deutlichen Verschlechterung der gesamtwirtschaftlichen Situation führt. Beim hypothetischen Stresstest mit dem Szenario „Stagflation“ wird eine stagnierende Wirtschaft sowie eine Inflation im Euroraum mit unerwartet deutlich steigendem Leitzins unterstellt. Bei diesem Szenario ist die vergleichsweise stärkste Einengung der Risikotragfähigkeit zu beobachten, jedoch sind anlassbezogene Gegensteuerungsmaßnahmen nicht erforderlich.

Darüber hinaus führt die Naspas inverse Stresstests durch. In diesen Stresstests werden Szenarien simuliert, die zur Gefährdung der Überlebensfähigkeit der Naspas führen würden. Die Ergebnisse der inversen Stresstests zeigen, dass nur höchst unwahrscheinliche Szenarien die Naspas in ihrer Überlebensfähigkeit gefährden.

Die Risiken im Einzelnen

Überwachung und Steuerung von Adressrisiken

Adressrisiken werden als Bonitätsänderungsrisiken verstanden, d. h., es wird das Risiko einer möglichen Bonitätsverschlechterung mit dem Spezialfall Ausfall des Vertragspartners betrachtet. Die Unterteilung des Adressrisikos erfolgt nach den jeweiligen Produktarten, wobei Krediten das Kreditrisiko, Derivaten das Kontrahentenrisiko und Wertpapieren das Emittentenrisiko zugeordnet wird. Zusätzlich umfasst das Adressrisiko auch Länder- und Beteiligungsrisiken. Aufgrund dieser weitreichenden Definition erfasst die Naspa bei der Behandlung der Adressrisiken sowohl Kundenkredit- als auch Handelsgeschäfte.

Identifizierte und zu kontrollierende Risikokonzentrationen sind gemäß den Mindestanforderungen für das Risikomanagement in der Risikostrategie beschrieben. Hierzu zählen bei den Adressrisiken der hohe Anteil einzelner Branchen, die Größenklassenstruktur sowie der hohe Anteil von Grundpfandrechtlichen Sicherheiten in Verbindung mit dem Anteil von Krediten in der Immobilienbranche.

Die Verantwortung für das Risikocontrolling auf Portfolioebene und die Methodenkompetenz zur Ausgestaltung der einzusetzenden Verfahren obliegt dem Zentralbereich Gesamtbanksteuerung.

Die operative Portfoliosteuerung, also der Einsatz geeigneter Instrumente zur Steuerung der Adressrisiken sowie die Erarbeitung konkreter Maßnahmen im Rahmen der Gesamtbankplanung zur Erreichung der zentralen Ziele der Risikostrategie, obliegt in der Naspa, ungeachtet der Gesamtverantwortung des Vorstandes, den Verantwortlichen der entsprechenden Geschäftsfelder. Für das Kundenkreditgeschäft sind im Wesentlichen der Zentralbereich Vertriebsmanagement Privatkunden, das Dezernat Firmenkunden sowie der Fachbereich Kommunen und Institutionelle verantwortlich. Für die Handelsgeschäfte sowie Spezialfinanzierungen und das kapitalmarktnahe Finanzierungsgeschäft zeigt sich der Zentralbereich Kapitalmärkte und Kommunen verantwortlich.

Zur Ermittlung der Risikotragfähigkeit des Kundenkreditgeschäfts für die Gone-Concern-Sicht werden der Expected Loss (EL) und der unerwartete Verlust (CVaR) mit Hilfe des Kreditrisikomodells CreditPortfolioView bzw. mittels qualifizierter Expertenschätzung für die Going-Concern-Sicht berechnet. Die für die Quantifizierung der Risiken notwendigen Risikoparameter, Migrationsmatrizen bzw. Ausfallwahrscheinlichkeiten werden durch den Deutschen Sparkassen- und Giroverband (DSGV)

zur Verfügung gestellt, während die Sicherheitenverwertungs- und Einbringungsquoten im Rahmen interner Verfahren (Quoten aus dem Verlust-Daten-Tool des DSGV) ermittelt werden.

Für die Handelsgeschäfte sowie die Beteiligungen erfolgt die Quantifizierung der Risikowerte EL und CVaR mittels des sogenannten CreditMetrics-Ansatzes unter Verwendung eines externen oder internen Ratings der Handelspartner. Bei den internen Ratings wird ein anerkanntes Verfahren verwendet. Die Parametrisierung des Modells erfolgt mit den Migrationsmatrizen von Standard & Poor's und Moody's, mit den Einbringungsquoten von Moody's, mit entsprechenden Marktdaten (sowohl Zinsstrukturkurven als auch Credit Spreads) sowie aus Marktdaten abgeleiteten Korrelationen für das Ausfallverhalten zwischen den Kreditnehmern verschiedener Branchen und den Kreditnehmern innerhalb einer Branche.

Going-Concern-Sicht	EL	CVaR
31.12.2015	Mio. EUR	Mio. EUR
Kundenkreditgeschäft	20,7	28,6
Handelsgeschäfte	3,7	17,2
Beteiligungen	1,9	4,3

Gone-Concern-Sicht	CVaR	Limit	Limitauslastung
31.12.2015	Mio. EUR	Mio. EUR	in %
Kundenkreditgeschäft	104,8	114,0	91,9
Handelsgeschäfte	236,8	250,0	94,7
Beteiligungen	36,6	43,0	85,1

Im Rahmen des Reportings wird quartalsweise der Risikobericht Adressrisiken – der den Mindestanforderungen an das Risikomanagement entspricht – dem Vorstand vorgelegt und den portfolioverantwortlichen Bereichen zur Verfügung gestellt. Der Risikobericht Adressrisiken betrachtet das Kreditportfolio aus unterschiedlichsten Perspektiven und enthält unter anderem Daten zu Risikosteuerungsmaßnahmen, zur Geschäftsentwicklung, zur Risiko- und Ertragssituation, zu Strukturmerkmalen und zu Risikokonzentrationen. Zusätzlich werden einzelengagementspezifische Informationen bereitgestellt (zum Beispiel zu Sanierungs- und Abwicklungsendagements).

Die Einzelengagements werden mit den Rating- und Scoringverfahren des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV) adäquat bewertet bzw. es wird das

Landesbankenrating herangezogen. Zusätzlich kann auf die externen Ratings der Agenturen Fitch, Moody's und Standard & Poor's zurückgegriffen werden. Für Länderratings zur Beurteilung des Länderrisikos wird das Länderrating der Ratingagenturen Standard & Poor's sowie Moody's genutzt.

Die Steuerbarkeit der Adressrisiken aus dem Kundenkreditgeschäft ist geschäftsartenspezifisch eingeschränkt. Daher wurden, neben den operativen Grundsätzen, die nachfolgend dargestellten Maßnahmen ergriffen, um dennoch die kurz- bis mittelfristige Optimierung der Portfoliostruktur zu gewährleisten. Beim **Kreditpooling** hat sich die Naspas an mehreren Sparkassen-Kreditbaskets beteiligt (wie im Vorjahr ca. 0,5 % des gesamten Kreditvolumens). Bei **Konsortialkrediten** handelt es sich um Kreditentscheidungen, die gemeinsam mit anderen Kreditinstituten getroffen werden. Zur Vermeidung von Risikokonzentrationen auf Einzelengagementebene vergibt die Naspas speziell im Firmenkundengeschäft Kredite im Konsortium mit anderen Kreditinstituten. Im Rahmen des **Risikoadjustierten Pricings** werden für das Neugeschäft im Privat-, Gewerbe- und Firmenkundengeschäft für bestimmte Darlehensarten bonitäts- bzw. sicherheitsorientierte individualisierte Konditionen gestellt.

Darüber hinaus ist ein Verfahren zur Kreditüberwachung (Risikofrüherkennung) und turnusgemäßen Sicherheitenüberprüfung/-bewertung implementiert, das auch die Einhaltung interner Obergrenzen berücksichtigt. Je Engagement sind hausinterne Obergrenzen für das Gesamtengagement und den unbesicherten Anteil festgelegt, die sich aus der jeweiligen Kreditnehmergruppe und Ratingnote des Engagements ableiten. Hiermit verbunden ist ein Steuerungskreislauf, um Engagements oberhalb der hausinternen Obergrenze erforderlichenfalls wieder unter die Obergrenzen zurückzuführen.

Bei dauerhafter signifikanter Verschlechterung der Kreditnehmerbonität werden unter Berücksichtigung der handelsrechtlichen Vorschriften Einzelwertberichtigungen gebildet. Im Rahmen einer monatlichen EWB-Prognose werden bei allen kreditverantwortlichen Einheiten mögliche Einzelwertberichtigungen abgefragt sowie die bestehenden überprüft. Sobald die Gründe für die Wertberichtigung nicht mehr bestehen, werden diese wieder aufgelöst (Wertaufholungsgebot). Die Betreuung der Engagements findet während dieser Zeit in einer Fachabteilung des Kreditmanagements statt. Die Risikoabschirmung im risikobehafteten Kundenkredit-

geschäft der Naspas umfasst Einzelwertberichtigungen und Einzelrückstellungen von rund 84 Mio. EUR bzw. 0,9 % (Vorjahr: 105 Mio. EUR bzw. 1,2 %) des bilanziellen Kundenkreditvolumens einschließlich Eventualverbindlichkeiten. Hiervon entfallen zwei Drittel auf Firmenkunden und ein Drittel auf Privatkunden. Per saldo ergab sich bei der Risikovorsorge im Firmenkunden- und Privatkundenbereich eine Verminderung um 8,7 Mio. EUR bzw. 1,1 Mio. EUR. Den erkennbaren Risiken wird ausreichend Rechnung getragen.

Die Risikosteuerung im Bereich der Handelsgeschäfte ist, abgesehen von Störungen an den Aktien-, Geld- und Kapitalmärkten, durch das Eingehen bzw. Glattstellen von Positionen kurzfristig möglich. Die Handelsbestände werden unabhängig von der Zuordnung zum Anlage- oder Handelsbuch laufend durch die Positionsführer an den jeweiligen Märkten beobachtet und erforderlichenfalls gesteuert. Die Kreditentscheidung zu den Engagements erfolgt unter Beteiligung von Markt und Marktfolge. Um bei der Risikosteuerung – auch im Falle von Störungen an den Aktien-, Geld- und Kapitalmärkten – die Auswirkungen auf die Adressrisiken zu begrenzen, wurden sowohl ein System von risikobegrenzenden Limiten pro Emittent als auch ein Obergrenzensystem bezogen auf Einzelengagements eingerichtet.

Die Beteiligungsrisiken werden analog zu den Adressrisiken überwacht und gesteuert.

Strukturdaten

Nachfolgend wird mit Stand 31.12.2015 das gesamte Adressrisikoportfolio der Naspas nach Bonitätsstruktur, Größenklassen, Kreditarten, Branchen und nach Ländern gegliedert dargestellt. Ausgangsbasis sind zuge-

sagte Linien oder höhere Inanspruchnahmen (inklusive Eventualverbindlichkeiten) im Kundenkreditbereich sowie Inanspruchnahmen im Handelsbereich.

Kreditarten	31.12.2015	Anteil	Inanspruchnahme	Offene Zusagen
	Mio. EUR	in %	Mio. EUR	Mio. EUR
Kontokorrentkredite	2.373,6	17,0	412,2	1.961,4
Darlehen	8.164,0	58,4	7.825,5	338,4
Wechsel	0,0	0,0	0,0	0,0
Avalrahmen	301,1	2,1	121,6	179,6
Sonstige	373,0	2,7	0,0	373,0
Gesamt	11.211,7	80,2	8.359,3	2.852,4
+ Überziehungen	39,1	0,2	39,1	0,0
davon Geschäftsfeld Abwicklung	15,2	0,1	15,2	0,0
Kundenkreditgeschäft	11.250,8	80,4	8.398,4	2.852,4
Kreditbaskets	73,5	0,5	73,5	0,0
Spezialfonds	114,7	0,8	114,7	0,0
Andere festverzinsliche Wertpapiere	1.118,6	8,0	1.118,6	0,0
Schuldscheindarlehen	585,6	4,2	585,6	0,0
Loans Dublin	0,0	0,0	0,0	0,0
Tages- und Termingelder	640,0	4,6	640,0	0,0
Derivate	94,4	0,7	94,4	0,0
Handelsgeschäfte	2.626,8	18,8	2.626,8	0,0
Beteiligungen	107,8	0,8	107,8	0,0
Gesamt	13.985,4	100,0	11.133,0	2.852,4

Das Kundengeschäft stellt mit einem Anteil von 80,4 % die größte Position des gesamten Kreditvolumens dar. Davon entfallen 40,2 % auf Privatkunden, 27,3 % auf Firmenkunden, 10,5 % auf Kommunen und Institutionelle

und 2,4 % auf Sanierung, Abwicklung bzw. Sonstige. Die Handelsgeschäfte umfassen 18,8 % und die Beteiligungen 0,8 % des Kreditvolumens.

Bonitätsklassen

31.12.2015	Ausfallwahrscheinlichkeit	Kreditvolumen	Anteil	Blankoanteil gem. Satzung	Anteil
DSGV Rating	in %	in Mio. EUR	in %	in Mio. EUR	in %
1–5	0,1–0,4	7.718,5	68,6	4.168,3	72,5
6–9	0,6–2,0	2.534,2	22,5	1.061,6	18,5
10–12	3,0–6,7	469,3	4,2	191,7	3,3
13–15	10,0–45,0	139,9	1,2	46,8	0,8
16–18	100,0	205,4	1,8	121,7	2,1
geratet		11.067,3	98,3	5.590,1	97,2
nicht geratet		183,5	1,7	160,5	2,8
Kreditvolumen		11.250,8	100,0	5.750,6	100,0

Die obige Tabelle betrachtet die Bonitätsklassen im Kundengeschäft. Von den Handelsgeschäften befinden sich 93,1 % im Investment-Grade-Bereich.

Größenklassen in TEUR	Anzahl Kreditnehmereinheiten	31.12.2015	Anteil
Gesamt	nach § 19 Abs. 2 KWG	Mio. EUR	in %
> 100.000	5	1.129,9	8,1
> 25.000	59	2.620,4	18,7
15.000 < 25.000	49	926,4	6,6
5.000 < 15.000	192	1.566,3	11,2
2.500 < 5.000	177	624,9	4,5
1.000 < 2.500	522	782,2	5,6
500 < 1.000	1.236	831,0	5,9
250 < 500	4.137	1.386,0	9,9
50 < 250	23.081	2.784,2	19,9
25 < 50	9.548	334,0	2,4
< 25	155.347	892,4	6,4
Beteiligungen	30	107,8	0,8
Gesamt	194.383	13.985,4	100,0

Branchenzusammensetzung	31.12.2015	Anteil
Gesamt	Mio. EUR	in %
Land- und Forstwirtschaft	31,0	0,2
Baugewerbe	203,7	1,5
Verarbeitendes Gewerbe	672,3	4,8
Dienstleistungen	3.122,6	22,3
Handel	390,3	2,8
Energie, Wasserversorgung	227,1	1,6
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	200,3	1,4
Financials	1.874,1	13,4
Private Haushalte	5.094,2	36,4
Öffentliche Haushalte	1.936,9	13,9
Sonstiges	125,2	0,9
Beteiligungen	107,8	0,8
Kreditvolumen	13.985,4	100,0

Länderstruktur des Portfolios	Länderrating 31.12.2015	Gesamt in Mio. EUR	in %
Deutschland	AAA	13.050,1	93,3
davon Beteiligungen		107,8	0,8
Frankreich	AA	188,2	1,3
Großbritannien	AA+	48,3	0,3
Irland	BBB+	2,1	0,0
Italien	BBB-	90,7	0,6
Benelux	AAA bis AA-	250,6	1,8
Spanien	BBB	85,3	0,6
Portugal	BB+	73,0	0,5
Nordeuropa	AAA bis BBB	62,4	0,4
Schweiz und Österreich	AAA/AA+	73,4	0,5
Osteuropa	A- bis BB	0,3	0,0
Sonstiges Europa	AAA bis D	10,0	0,1
Europa (ohne Deutschland)		884,4	6,3
USA und Kanada	AA+/AAA	32,2	0,2
Australien und Neuseeland	AAA/AA	6,5	0,0
Sonstiges	AAA bis D	12,3	0,1
Außerhalb Europas		51,0	0,4
Kreditvolumen		13.985,4	100,0

Das Kreditportfolio der Naspa beinhaltet Staatsanleihen der Länder Italien mit einem Buchwert von 89,3 Mio. EUR, Spanien mit einem Buchwert von 82,3 Mio. EUR und Portugal mit einem Buchwert von 73,0 Mio. EUR zum 31.12.2015.

Bei den Beteiligungen handelt es sich im Wesentlichen um strategische Beteiligungen an Unternehmen des Sparkassenverbundes.

Insgesamt bewegt sich das Adressrisiko in dem von der Naspa vorgesehenen Rahmen. Dies wird sich aller Voraussicht nach im Jahr 2016 fortsetzen.

Überwachung und Steuerung von Marktpreisrisiken

Marktpreisrisiken bezeichnen potenzielle Verluste durch ungeplante bzw. unerwartete Preisschwankungen an den Märkten und werden von der Naspa teilweise bewusst eingegangen. Im Zentrum der Marktpreisrisiken stehen bei der Naspa das **Zinsänderungsrisiko** zzgl. Risiken aus impliziten Optionen (Gefahr einer von Marktzinsänderungen herbeigeführten negativen Abweichung von einer erwarteten Zinsergebnisgröße) und das **Spreadrisiko** (Gefahr von marktinduzierten Auf-/Abschlägen auf die ratingabhängigen Renditen von Wertpapieren). Vor dem Hintergrund der fortgesetzten Niedrigzinsphase wurden im Rahmen der Risikoinventur die Risiken aus **Pensionsrückstellungen** als wesent-

lich klassifiziert. Darüber hinaus werden das **Währungsrisiko** (Gefahr, dass durch die mögliche Wertänderung einer offenen Devisenposition das erwartete Ergebnis verfehlt wird), das **Immobilienrisiko** (potenziell negative Wertänderungen des unternehmenseigenen Immobilienbestands) und das **Optionsrisiko** (Gefahr für den Wert einer Option durch die nachteilige Entwicklung preisbeeinflussender Parameter) betrachtet.

Grundsätze für die Behandlung und den Umgang mit Marktpreisrisiken finden sich in der Risikostrategie. Der Zentralbereich Gesamtbanksteuerung übernimmt die Verantwortung für das Risikocontrolling inkl. der Methodenkompetenz für die Risikomessung. Hier wird monatlich überwacht, dass alle Marktpreisrisiken – insbesondere die im Zentrum der Steuerung stehenden Limite des wertorientierten Steuerungskreises sowie die Gesamtbanklimite für Marktpreisrisiken – eingehalten werden. Die operative Portfoliosteuerung übt der ZB Kapitalmärkte und Kommunen aus. Zusätzlich können Risikosteuerungsmaßnahmen auch durch den Dispositionsausschuss im Rahmen der jeweiligen Geschäftsordnung wahrgenommen werden.

Zinsänderungsrisiken

Das für die Steuerung der Zinsänderungsrisiken relevante Zinsbuch der Naspa beinhaltet Payerswaps im Volumen von 2.560,0 Mio. EUR (Vorjahr: 1.205,1 Mio. EUR),

Receiverswaps in Höhe von 1.137,4 Mio. EUR (Vorjahr: 1.050,0 Mio. EUR) und Eonia-Swaps in Höhe von 130,0 Mio. EUR (Vorjahr: 235,0 Mio. EUR), die ein wesentliches Instrument zur Steuerung der Festzinspositionen, zur Risikobegrenzung und zur Sicherung der Zinsmarge darstellen.

Die Naspa überwacht die Zinsänderungsrisiken durch deren Messung im Rahmen der wertorientierten Risikotragfähigkeit, durch Messung der Auswirkungen des aufsichtsrechtlichen Zinsschocks und durch Messung des Zinsspannenrisikos im GuV-/periodenorientierten Steuerungskreis.

Im wertorientierten Steuerungskreis (Gone-Concern) berechnet die Naspa zwei Arten von Value at Risk-Kennzahlen mithilfe des Verfahrens der historischen Simulation, die als Abweichung vom Erwartungswert definiert werden. Die historischen Zinsszenarien zur Risikomessung werden aus Pfandbriefkurven der Jahre 1988 bis zum aktuellen Stichtag ermittelt. Die erste VaR-Kennziffer (Konfidenzniveau 99,9 % mit Haltedauer 12 Monate) wird für die Gesamtrisikotragfähigkeit der Naspa benötigt und ist wesentlicher Bestandteil der dort einfließenden Marktpreisrisikokomponente. Die zweite VaR-Kennziffer (Konfidenzniveau 95 % mit Haltedauer 3 Monate) ist wesentlicher Bestandteil der Risk-/Return-Analyse der Naspa zur Steuerung der Geschäftsfelder. Da die Naspa im Zinsbuch eine wertorientierte Zinsbuchsteuerung mit passivem Managementansatz verfolgt, hat sie eine effiziente Benchmark festgelegt, deren Cashflow-Struktur und Risiko als Vorbild für die Modellierung des Gesamtbankcashflows dient. Als maximale Risikoabweichung vom Benchmarkrisiko wurden Risikolimits von +/-0,5 Prozentpunkten (Hebel 1,50) festgelegt. Diese Risikolimits stellen somit eine Schwankungsbreite um den Benchmark-Risikowert dar, welcher aufgrund des passiven Managementansatzes üblicherweise nicht präzise erreicht wird.

Für die aufsichtsrechtlich vorgeschriebene Messung der Zinsänderungsrisiken ist das maximale Zinsänderungsrisiko der Gesamtbank gemäß § 25a i. V. mit § 24 KWG sowie Rundschreiben 11/2011 (BA) auf das Limit für die unerwartete Zinsänderung begrenzt. Der barwertige Verlust darf hier bei einer Ad-hoc-Zinsverschiebung um +/-200 BP maximal 20,0 % der Eigenmittel betragen. Abweichungen sind nur bei Freiräumen im aufsichtsrechtlichen Backtest zulässig. Diese sollen während eines gewissen Übergangszeitraums bis zu einer maximal gelben Ampelstellung im DSGVO-Monitoring für den Zinsrisikoeffizienten akzeptiert werden. In die Berechnungen der Auswirkungen sind zusätzlich zum Vermögen im zinstragenden Geschäft noch die Spezialfonds enthalten. Per Dezember 2015 beträgt der Ko-

effizient bei einer Zinserhöhung von 200 Basispunkten 21,4 % (Dezember 2014: 18,3 %).

Im Rahmen des GuV-/periodenorientierten Steuerungskreises werden für die Messung der Zinsänderungsrisiken monatlich Szenario-Analysen durchgeführt. Ausgehend von dem Erwartungswert aus der Unternehmensplanung bzw. der unterjährigen Hochrechnung wird in einem ersten Schritt für den Risikofall basierend auf einer historischen Simulation die Zinsstruktur ermittelt, die in der gemeinsamen Betrachtung von Zinsüberschuss und zinsinduziertem Bewertungsergebnis Wertpapiere den größten Risikowert ergibt. Im zweiten Schritt werden für den so ermittelten Risikofall die zusätzlichen Auswirkungen aus Veränderungen der Geschäftsstruktur (Wachstumsraten, Margenveränderungen, Inanspruchnahmen impliziter Optionen) quantifiziert. Das Gesamtrisiko für den Steuerungskreis (Going-Concern) – definiert als Abweichung vom Erwartungswert – errechnet sich aus der Addition aller drei Einzelkomponenten. Die Risikomessung erfolgt dabei auf Sicht des nächsten Bilanzstichtages sowie auf Sicht eines rollierenden 12-Monats-Zeitraums.

Die Analyse hinsichtlich möglicher Verlustpotenziale aus zinssensitiven Risiken zeigt für alle Steuerungsgrößen einen Anstieg der Zinsen als das für die Naspa relevante Risikoszenario.

Spreadrisiken

Für Spreadrisiken erfolgt die Risikomessung monatlich auf Basis von Spreadaufschlägen, die auf historischen Daten der Finanznachrichtenagentur Bloomberg basieren. Je nach Steuerungskreis werden für die entsprechende Szenario-Analyse historische Spreadaufschläge mit einem Konfidenzniveau von 95,0 bzw. 99,9 % verwendet. Während für den wertorientierten Steuerungskreis sämtliche Handelsgeschäfte berücksichtigt werden, finden im GuV-/periodenorientierten Steuerungskreis nur Geschäfte Berücksichtigung, die infolge der Spreadausweitung einen GuV-Schaden verursachen (insb. Abschreibungen auf Wertpapiere). Die Wertpapiere der Spezialfonds werden über eine Durchschaulösung in die Risikoermittlung integriert.

Sonstige Marktpreisrisiken

Risiken aus Pensionsrückstellungen entstehen der Naspa aus ihrem Mitarbeiter-Versorgungswerk durch unmittelbare Versorgungszusagen. Die Höhe der notwendigen Rückstellungen orientiert sich am erwarteten Erfüllungsbetrag, zukünftigen Gehalts- und Rentenstei-

gerungen und einem unterstellten Rechnungszins. Risiken aus Pensionsverpflichtungen entstehen in erster Linie in Folge eines Rückgangs des unterstellten Rechnungszinses; ein Zinsanstieg dagegen führt zu einer Entlastung. Mögliche Auswirkungen auf die Höhe der Pensionsverpflichtungen beispielsweise durch einen veränderten Rechnungszins wurden als Ergänzung zur Risikotragfähigkeit im Rahmen der Mittelfristplanung und damit auch in der zukunftsgerichteten Kapitalplanung berücksichtigt. Als Konsequenz aus der Niedrigzinsphase wurden die Pensionsverpflichtungen in eine unabhängige Fondsgesellschaft zum Jahresende 2015 ausfinanziert. Von dieser Maßnahme waren als Hauptrisikotreiber insbesondere Marktpreisrisikokennzahlen betroffen. In allen Vergleichen zu den Vorjahreswerten kommt es daher insbesondere bei allen Ausprägungen des Zinsänderungsrisikos zu Strukturbrüchen.

Bei den **übrigen Marktpreisrisiken** handelt es sich aufgrund ihres Umfangs nicht um wesentliche Risiken. Für die monatliche Risikotragfähigkeitsbetrachtung werden

diese Risiken jedoch mit Hilfe von Varianz-Kovarianz-Ansätzen (Devisen), weiterführenden Risikoanalysen und Simulationen auf Basis von Risikoreports der Kapitalverwaltungsgesellschaften (WP-Spezialfonds) oder Expertenschätzungen (Immobilien) berücksichtigt.

Neben der führenden operativen Steuerung bzw. Begrenzung durch eine wertorientierte Limitsystematik existiert ein System von Verlustobergrenzen und Volumenbegrenzungen (Kontingenten). Im Rahmen eines Vorstandsreportings werden wöchentlich die aufgelaufenen GuV-Bewertungsergebnisse des Handelsbuchs (Devisen) sowie des Monitoring-Portfolios des Anlagebuchs (restliche Handelsgeschäfte) ermittelt und den Verlustobergrenzen gegenübergestellt. Gleichzeitig erfolgt der informatorische Ausweis der auf Basis eines Konfidenzniveaus von 95 % und einer Haltedauer von 10 Tagen berechneten Value at Risk-Werte. Hierüber wird der Vorstand monatlich im Rahmen eines Risikoberichts vollumfänglich über die Entwicklung der Marktpreisrisiken informiert.

Marktpreisrisiken 31.12.2015	Anlagebuch	Handelsbuch	Summe	Limitierung	Risiko Vorjahr
Gone-Concern	in Mio. EUR	in Mio. EUR	in Mio. EUR	in Mio. EUR	in Mio. EUR
Zinsbuch	163,9	0,0	163,9	255,0	244,4
Spread-VaR	96,1	0,0	96,1	95,0	93,4
Sonstige Marktpreisrisiken	6,4	4,0	10,4	10,0	9,2
Summe	266,4	4,0	270,4	360,0	347,0

Marktpreisrisiken 31.12.2015	Anlagebuch	Handelsbuch	Summe	Risiko Vorjahr
Going-Concern	in Mio. EUR	in Mio. EUR	in Mio. EUR	in Mio. EUR
Zinsüberschuss inkl. Geschäftsstruktur		10,5	10,5	25,6
Zinsinduzierte Wertpapierabschreibungen		32,8	32,8	14,6
Spread-VaR		28,6	28,6	27,4
Sonstige Marktpreisrisiken		1,5	2,5	5,8
Summe		73,5	74,5	73,4

Zum Stichtag wurden sämtliche Limite, Benchmarks und Verlustobergrenzen entsprechend den internen Vorgaben eingehalten. Auch im Jahresverlauf bewegten sich die Risikowerte innerhalb der für die Risikosteuerung definierten Bandbreiten. Im Jahresverlauf reduzierte sich das wertorientierte Zinsänderungsrisiko erheblich, bedingt durch die gegen Ende des Jahres vollzogene Auslagerung der Pensionsverpflichtungen.

Überwachung und Steuerung von Liquiditätsrisiken

Unter dem Liquiditätsrisiko versteht die Naspa die Gefahr, dass das Kreditinstitut zahlungsunfähig wird bzw. seinen Zahlungsverpflichtungen nicht mehr uneingeschränkt nachkommen kann. Liquiditätsrisiken ergeben sich aufgrund der asynchronen und unsicheren Verteilung zwischen Mittelzuflüssen und -abflüssen, die vor allem durch die Fristentransformation begründet ist. Für die Naspa stellt insbesondere der Aspekt des Abrufrisikos eine Gefahr dar, dass nämlich zugesagte Kreditlinien unerwartet in Anspruch genommen oder Einlagen unerwartet abgezogen werden. Es kann damit sowohl

ein aktives als auch ein passives Liquiditätsrisiko dargestellt werden.

Die Verantwortung für die operative Liquiditätsrisikosteuerung liegt im Zentralbereich Kapitalmärkte und Kommunen. Das Risikocontrolling der Liquiditätsrisiken wird vom ZB Gesamtbanksteuerung vorgenommen. Die Ausgestaltung des Liquiditätsrisikomanagements erfolgt bei der Naspa in drei Stufen:

Ausgestaltung	Tägliche Liquiditätsdisposition	Liquiditätsbetrachtung auf Basis der Liquiditätsverordnung sowie der CRR/CRD IV	Liquiditätsbetrachtung auf Basis der Liquiditätsablaufbilanz
Ausprägung	Liquiditätsrisiko im Sinne der Zahlungsunfähigkeit	Liquiditätsrisiko im Sinne der Zahlungsunfähigkeit	Liquiditätsrisiko im Sinne der Verteuerung der Refinanzierung
Zeithorizont	Täglich	1 Monat	Bis 15 Jahre
Risikotoleranz	Keine, d. h., Zahlungsverpflichtungen sind täglich zu erfüllen	Schwellenwerte für Liquiditätskennzahl, Schwellenwerte für LCR	Limit für barwertige Liquiditätsrisikokosten
Einfluss auf die Risikotragfähigkeit	Nein	Nein	Ja
Früherkennung von Liquiditätsrisiken	Ungewöhnliche Zahlungsausgänge und/oder eingeschränkte Handelsmöglichkeiten	Liquiditätskennzahl im Zeitvergleich, Entwicklung der hochliquiden Aktiva sowie der LCR im Zeitvergleich	Möglicher künftiger Liquiditätsbedarf

Tägliche Liquiditätsdisposition: Hierbei handelt es sich in erster Linie um ein Instrument zur Überwachung des Zahlungsunfähigkeitsrisikos sowie der Überwachung der Gefahr, dass zugesagte Kreditlinien unerwartet in Anspruch genommen oder Einlagen unerwartet abgezogen werden. Ziel ist es, dass die Naspa ihre Zahlungsverpflichtungen zu jedem Zeitpunkt erfüllen kann. Die tägliche Liquiditätsdisposition erfolgt durch eine Überwachung der Zahlungsströme, bei der ungewöhnliche Entwicklungen frühzeitig identifiziert werden sollen. Kriterien hierfür sind vermehrte Inanspruchnahme eines Übernachtkredits bei der Europäischen Zentralbank, vermehrte Abrufe von Kundeneinlagen sowie ein ungewöhnlicher Anstieg der Inanspruchnahme von Darlehenszusagen durch Kunden.

Liquiditätsbetrachtung auf Basis der Liquiditätsverordnung: Für die Festlegung der Zielrisikostuktur orientiert sich die Naspa an der Liquiditätskennzahl (Verhältnis zwischen den verfügbaren Zahlungsmitteln und den Zahlungsverpflichtungen in einem Fälligkeitszeitraum von einem Tag bis zu einem Monat) gemäß Liquiditätsverordnung (LiqV). Dafür werden Schwellenwerte und Ziele definiert. Die Schwellenwerte führen zu einer internen Einstufung des Liquiditätsrisikos in einen grünen, gelben oder roten Bereich.

Ziel ist es, dass sich die Liquiditätskennzahl für die Naspa im grünen Bereich befindet. Wird eine Liquiditätskennzahl im gelben Bereich ermittelt, müssen die Ursachen analysiert werden, die zu dem Engpass geführt haben. Es ist zu entscheiden, ob und welche Maßnahmen zur Verhinderung eines Liquiditätsengpasses (Vorstufe zur Illiquidität) einzuleiten sind. Befindet sich die Liquiditätskennzahl im roten Bereich (= Notfall), müssen die Ursachen analysiert werden, die zu dem Engpass geführt haben. Es sind unverzüglich Gegensteuerungsmaßnahmen zur Beschaffung von Liquidität anhand der Liquiditätsliste einzuleiten und ein Ad-hoc-Bericht ist zu erstellen.

Die Kennzahl stellte sich bei einer Mindestanforderung von 1,0 zum jeweiligen Quartalsende gemäß der Meldung an die Deutsche Bundesbank wie folgt dar:

Liquiditätskennziffer gemäß Meldung nach LiqV				
31.12.2014	31.03.2015	30.06.2015	30.09.2015	31.12.2015
1,59	1,36	1,51	1,41	2,16

Auch die Beobachtungskennzahlen für das Verhältnis der Zahlungsmittel und Zahlungsverpflichtungen für einen Zeitraum von größer als einen Monat und bis zu

zwölf Monaten zeigen mit Werten von 9,96, 1,88 bzw. 1,65 eine ausreichende Liquiditätslage. Der hohe Wert der Kennzahl für die Liquiditätssituation von einem Monat bis zu drei Monate von 9,96 ist bedingt durch die langfristigen Mittelaufnahmen im Rahmen der Ausplatzierung der Pensionsverbindlichkeiten.

Zudem wurde die Survival Period (Kennzahl zur Zahlungsfähigkeitssituation) gemäß dem DSGVO-Konzept als Steuerungsgröße in die Liquiditätsmanagementkonzeption aufgenommen.

Survival Period gemäß DSGVO-Konzept in Monaten				
31.12.2014	31.03.2015	30.06.2015	30.09.2015	31.12.2015
8,13	1,00	4,33	3,10	7,13

Die Liquiditätskennzahl wird durch die Liquidity Coverage Ratio (LCR) ergänzt. Bis zur Bereitstellung der finalen Meldebögen (wahrscheinlich Mai 2016) werden weiterhin lediglich Bestandteile der LCR gemeldet, jedoch ist die von der Aufsicht geforderte Mindestquote der LCR von 60,0 % (erhöht sich sukzessive bis Anfang 2018 auf 100,0 %) seit 01.10.2015 entsprechend einzuhalten (ab 01.01.2016 Mindestquote 70,0 %). Die Naspa hat diese Anforderung erfüllt, wobei die LCR zwischen 64,0 % und 137,1 % schwankte. Ab dem Schwellenwert 67,5 % wurden entsprechende Gegenmaßnahmen eingeleitet.

Liquiditätsbetrachtung auf Basis der Liquiditätsablaufbilanz: Auf Basis der vierteljährlich ermittelten Liquiditätsablaufbilanz wird eine Verteuerung der Refinanzierung über alle Laufzeiten unterstellt. Das Refinanzierungsrisiko stellt die Zusatzkosten dar, die nach Anstieg der Liquiditätsspreads für das Schließen der errechneten Refinanzierungslücke entstehen. Für das Liquiditätsrisiko des wertorientierten Steuerungskreises der Risikotragfähigkeit besteht ein Limit für die so ermittelten barwertigen Liquiditätsrisikokosten von 5,0 Mio. EUR. Per 31.12.2015 wurden barwertige Liquiditätsrisikokosten in Höhe von 2,2 Mio. EUR ermittelt. Das Limit ist somit zu 44,0 % ausgelastet. Für den GuV-/periodenorientierten Steuerungskreis wurden Liquiditätsrisikokosten von 0,3 Mio. EUR identifiziert.

Die wesentlichen Refinanzierungsquellen werden in einer eigenen Übersicht geführt, die unter anderem das Kundengeschäft, den Geldhandel, die Mittelaufnahme bei der Europäischen Zentralbank sowie langfristige Refinanzierungen wie zum Beispiel die Emission von Pfandbriefen beinhaltet. Aus dieser Übersicht wird für die Notfallplanung eine Liquiditätsliste aller verfügbaren Liquiditätsquellen nach bestimmten Kriterien

(Volumen, Zugriffsgeschwindigkeit, zeitliche Verfügbarkeit, Kosten der Inanspruchnahme) abgeleitet.

Im Jahr 2015 wurden Steuerungsmaßnahmen zur Sicherstellung der zukünftigen Liquidität unter anderem durch die Ausgabe neuer Pfandbriefe im Volumen von 98 Mio. EUR (Vorjahr: 135 Mio. EUR) umgesetzt.

Gemäß BTR 3.1 Tz 5 der MaRisk wurde Ende 2013 begonnen – in Abhängigkeit von Art, Umfang, Komplexität und Risikogehalt der Geschäftsaktivitäten sowie der Refinanzierungsstruktur – ein geeignetes Verrechnungssystem zur verursachungsgerechten internen Verrechnung der jeweiligen Liquiditätskosten, -nutzen und -risiken einzurichten. Auf dem DSGVO-Fachkonzept zum Liquiditätskostenverrechnungssystem aufbauend, wurde als technische Übergangslösung ein Liquiditätsverrechnungssystem (LVS) implementiert und eingeführt. Dieses befindet sich zurzeit noch in einer Etablierungsphase. Mit Hilfe des LVS sollen die Liquiditätsbeiträge der Aktiv- und Passivgeschäfte (Liquiditätskosten und -nutzen) gemessen sowie möglichst produktspezifisch und verursachungsgerecht verrechnet werden. Im ersten Schritt ist jedoch noch keine Verteilung der Ergebnisse auf die jeweiligen Geschäftsfelder vorgesehen. Das Verfahren und die technische Umsetzung werden in den nächsten Jahren sukzessive weiterentwickelt.

Der Vorstand wird monatlich über die Liquiditätssituation und quartalsweise im Rahmen des Risikoberichts über die Liquiditätsrisiken informiert. Dieser beinhaltet unter anderem die Entwicklung der Liquiditätskennzahl (inklusive weiterer Szenario-Analysen), die Liquiditätsablaufbilanz sowie die Entwicklung der barwertigen Liquiditätsrisikokosten, mögliche Liquiditätsengpässe, die Zusammensetzung der Liquiditätsliste, die Übersicht der Refinanzierungsquellen, die Fälligkeitsübersicht sowie eine Analyse der im Rahmen der Risikoinventur identifizierten Risikokonzentrationen.

Die Zahlungsfähigkeit der Naspa war jederzeit gewährleistet. Zum Stichtag und im Jahresverlauf wurden sämtliche Limite, Schwellenwerte und Beobachtungskennzahlen eingehalten. Nach unseren Erwartungen wird die Zahlungsfähigkeit der Naspa aufgrund der eingeleiteten Steuerungsmaßnahmen auch für das Jahr 2016 gewährleistet sein.

Überwachung und Steuerung Operationeller Risiken

Die Naspa definiert Operationelle Risiken als die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens der internen Infrastruktur, von Mitarbei-

tern, von internen Verfahren oder infolge von externen Einflüssen eintreten.

Das Management der Operationellen Risiken unterliegt bei der Naspa dezentral den einzelnen Organisationseinheiten. Grundsätzlich ist der Leiter für das Risikomanagement der in seiner Organisationseinheit identifizierten Risiken sowie für die Meldung von entstandenen Schadensfällen an den Zentralbereich Gesamtbanksteuerung verantwortlich. Zur Vermeidung oder Reduzierung von Operationellen Risiken hat die Naspa unter anderem im Rahmen des internen Kontrollsystems aufbau- und ablauforganisatorische Regelungen zur technisch-organisatorischen sowie personellen Ausstattung getroffen. Potenziellen Notfällen bei zeitkritischen Aktivitäten und Prozessen wird mit einem Notfallkonzept Rechnung getragen. Dessen Wirksamkeit und Angemessenheit wird jährlich durch Notfalltests überprüft.

Hierbei ist das Notfallhandbuch ein zentraler Bestandteil der Konzepte der Naspa zur IT-Sicherheit. Die Wirksamkeit und Funktion aller Notfallvorsorgemaßnahmen und Notfallpläne wird in einem jährlichen Turnus in Form von Notfallübungen überprüft und zusätzlich dokumentiert.

Mit der Optimierung von Geschäftsprozessen, Einstellen oder Outsourcing bestimmter Geschäftsaktivitäten sowie durch den Abschluss von Versicherungen bestehen Instrumentarien zur Steuerung Operationeller Risiken. Der Vorstand legt den grundsätzlichen Umgang mit Operationellen Risiken fest und entscheidet über Steuerungsmaßnahmen. Im Rahmen des vierteljährlichen Risikoberichts wird der Vorstand umfassend über die Entwicklung der Operationellen Risiken informiert.

Eine Schadensfalldatenbank dient zur systematischen Erfassung von Schadensfällen aus der Vergangenheit (ex post). Sie gewährleistet die Identifikation aller Operationellen Risiken, die zu Schadensfällen von mindestens 1 TEUR (brutto) geführt haben. Berücksichtigt werden dabei auch Schäden aus Operationellen Risiken, die bei Kreditengagements ab 75 TEUR schlagend werden. Schadensfälle ab 250 TEUR werden von der Naspa als wesentlich definiert und unterliegen gesonderten Reportingregeln. Im Gesamtjahr 2015 wurden insgesamt 194 kontenwirksame Schadensfälle mit einem Bruttoschaden von 2.456 TEUR und einem Nettoschaden (Schaden nach Abzug von Versicherungsleistungen und sonstigen Minderungen) von 1.801 TEUR gemeldet. Die Kategorisierung aller Schadensfälle ermöglicht eine systematische Ursachenforschung.

Darüber hinaus dient eine implementierte Risikolandkarte als zukunftsorientiertes Controllinginstrument zur frühzeitigen Erkennung solcher Risiken, bevor sie schlagend werden (ex ante). Anhand von verschiedenen Szenarien werden mögliche Risiken im kommenden Geschäftsjahr identifiziert, quantitativ bewertet und kategorisiert. Aus der Quantifizierung dieser Sachverhalte leiten sich die Werte erwarteter Verluste und mögliche negative Abweichungen in der GuV-bezogenen Risikotragfähigkeit ab. Qualitativ werden die Analysen zur Überprüfung und gegebenenfalls Optimierung bestehender Prozesse und Sicherungseinrichtungen genutzt. Für die im Rahmen der Risikolandkarte erstellten Szenarien wurde ein Verlustpotenzial auf Sicht eines Jahres von 5,6 Mio. EUR (Vorjahr: 4,3 Mio. EUR) identifiziert. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich das Verlustpotenzial aufgrund der Einführung neuer umfangreicher Szenarien erhöht.

Operationelle Risiken werden nach den DSGVO-Ursachen-/Funktionskategorien differenziert dargestellt. Zur Quantifizierung von Operationellen Risiken werden ein Value at Risk (OpVaR) sowie ein Expected Loss (EL) auf Basis einer Monte-Carlo-Simulation mit dem Quantifizierungstool „AMA-Tool“ berechnet. Hierbei werden neben internen und externen Schadensfalldaten auch die Szenarien aus der Risikolandkarte berücksichtigt.

Eine Bewertung der Operationellen Risiken erfolgt im Rahmen des jährlichen Risikoberichts. Hierbei werden u. a. die institutseigenen Daten mit den Daten aus dem Datenpooling der S-Rating und Risikosysteme GmbH (SR) auf aggregierter Ebene verglichen. Darüber hinaus erfolgt für die größten Schadensfälle ein Abgleich auf Einzelebene.

Aus der Quantifizierung der Risiken ergibt sich für den wertorientierten Steuerungskreis ein VaR (Konfidenzniveau: 99,9 %) in Höhe von 52,3 Mio. EUR. Der Grund für den Anstieg des Risikos liegt in der bereits erwähnten Aufnahme neuer großvolumiger Risikoszenarien in die Risikolandkarte, was methodenbedingt zu einem Anstieg des VaR führt. Das Limit für Operationelle Risiken von 55 Mio. EUR (Vorjahr: 45 Mio. EUR) ist mit 95,1 % (Vorjahr: 116,2 %) ausgelastet.

Die erwarteten Verluste im GuV-/periodenorientierten Steuerungskreis liegen mit 2,5 Mio. EUR leicht über dem Niveau des Vorjahres (2,2 Mio. EUR). Der ermittelte Value at Risk (Konfidenzniveau: 95,0 %) zum 31. Dezember 2015 betrug 3,0 Mio. EUR (Vorjahr: 2,8 Mio. EUR).

Zusammenfassend bewegten sich die Operationellen Risiken im erwarteten unkritischen Rahmen. Außergewöhnliche Entwicklungen waren nicht festzustellen.

Überwachung und Steuerung Sonstiger Risiken

Alle Risiken, die sich nicht oder nicht eindeutig den aufgezählten Risiken zuordnen lassen, werden als **Sonstige Risiken** bezeichnet. Dazu gehören Reputationsrisiken, Modellrisiken, insbesondere aber auch Geschäftsrisiken/Vertriebsrisiken als Verlustpotenzial aus eventuellen Änderungen des Kundenverhaltens oder der Wettbewerbsbedingungen sowie Strategische Risiken aus der grundsätzlichen Ausrichtung der Geschäftstätigkeit der Sparkasse. Modellrisiken werden dabei als Verlustpotenziale und/oder Fehlsteuerungsimpulse definiert, die sich aus dem notwendigen Einsatz von Modellen in der Risikosteuerung ergeben.

Die Sonstigen Risiken in Form der Modell-, Geschäfts- sowie Reputationsrisiken werden bei den im strategischen und operativen Geschäft erfolgenden Entscheidungen und Maßnahmen implizit berücksichtigt. Die Möglichkeiten zur Messung dieser Risiken – in Anlehnung an Verfahren, wie sie bei Adressrisiken oder Marktpreisrisiken zum Einsatz kommen – befinden sich in der Finanzbranche in einem kontinuierlichen Weiterentwicklungsprozess. Bis diese Messverfahren umfassend zum Einsatz kommen können, unterliegen die Sonstigen Risiken einer rein qualitativen Bewertung. Das Geschäftsrisiko, neben dem Modellrisiko das einzige Sonstige Risiko, das als wesentlich eingeschätzt wird, wird zwischenzeitlich bei der Risikotragfähigkeitsrechnung im wertorientierten Steuerungskreis mit einer Pauschale in Höhe von 45 Mio. EUR berücksichtigt. Bei Auffälligkeiten würden diese im Risikobericht Gesamtbankrisiken berichtet.

Bei den Sonstigen Risiken ergaben sich keine Auffälligkeiten. Es bestand kein Anlass zu außerplanmäßigen Steuerungsmaßnahmen.

Prognosebericht

Die aufgestellte Planung für das Geschäftsjahr 2016 berücksichtigt die Prognosen verschiedener Wirtschaftsinstitute und die Einschätzung des Vorstandes zu den wirtschaftlichen Rahmendaten. Die tatsächlichen Ergebnisse können von den Erwartungen über die voraussichtliche Entwicklung abweichen. Die Naspa verfügt jedoch über geeignete Instrumente und Prozesse, um die Abweichungen von den Erwartungen zeitnah zu erkennen, zu analysieren und bei Bedarf steuernd entgegenzuwirken.

Die meisten bisher vorliegenden makroökonomischen Prognosen für Deutschland zeichnen ein recht positives Szenario. Das Wachstum dürfte auch 2016 in ähnlicher Höhe wie im Vorjahr erreichbar sein. So sagt die Deutsche Bundesbank in ihrer Konjunkturprojektion von Dezember 2015 ein Wachstum von 1,8 Prozent für das Jahr 2016 voraus. Die Struktur des deutschen Wachstums könnte im neuen Jahr ähnlich zu der des alten Jahres ausfallen. Vor allem die Binnennachfrage gilt als robust und sollte das Wachstum 2016 tragen. Für den Arbeitsmarkt erscheinen 2016 erneut Höchststände bei der Zahl der Erwerbstätigen möglich. Die Preisentwicklung bleibt weiter gedrückt, auch durch die Anfang 2016 noch einmal gesunkenen Ölpreise. Trotzdem dürften sich die Inflationsraten im Jahresverlauf leicht erhöhen. Das Zinsniveau bleibt aller Voraussicht nach auf einem sehr niedrigen Niveau. Die EZB könnte sich veranlasst sehen, noch einmal mit expansiven Schritten tätig zu werden.

In Anbetracht der prognostizierten gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen geht die Naspa hinsichtlich der Finanzmarktindikatoren von keinen wesentlichen Veränderungen im kommenden Geschäftsjahr aus. Die Planung für das Jahr 2016 unterstellt eine Seitwärtsbewegung des Zinsniveaus in den kurzen und mittleren Laufzeitbändern und einen leichten Anstieg in den längerfristigen Laufzeiten.

Der Wettbewerb unter den Kreditinstituten, der im Geschäftsgebiet der Naspa infolge der historisch gewachsenen Gemengelage eine besondere Ausprägung aufweist, wird gerade im Privatkundengeschäft erwartungsgemäß weiter zunehmen. Zu den Hauptwettbewerbern der Naspa zählen vor allem die ortsansässigen Volks- und Raiffeisenbanken sowie die Genossenschaftsbanken. Daneben teilt sich die Naspa an rund 50 % ihrer Standorte den Markt mit anderen Sparkassen. Neben dem massiven Wettbewerb, der auch maßgeblich über den Preis geführt wird, erschwert die anhaltende Niedrigzinsphase zusätzlich das Realisieren

adäquater Margen. Des Weiteren bringt der Digitalisierungstrend eine Welle von Drittanbietern aus der mittelbaren Finanzbranche und anderen Industrien hervor, denen die Sparkasse mit angemessenen Angeboten begegnen muss.

Die Naspa setzt darauf, Qualitätsanbieter von Finanzdienstleistungen zu sein, und hat diesen Anspruch in ihrer strategischen Ausrichtung festgeschrieben. Ziel ist es, sich von den Mitbewerbern zu differenzieren und dadurch eine nachhaltige Verbesserung der Ertragskraft zu erreichen. Zur bedarfsorientierten Steuerung der Kundenangebote hat sich die Aufteilung des Kundengeschäfts in die drei strategischen Geschäftsfelder „Privatkunden“, „Firmenkunden“ sowie „Kommunen und Institutionelle“ bewährt. Zudem besteht das vierte Geschäftsfeld „Kapitalmärkte und Kommunen“. Aufgrund des öffentlichen Auftrags der Naspa kommt dem Geschäftsfeld Privatkunden dabei eine besondere Bedeutung zu. Geschäfte am Geld- und Kapitalmarkt dienen der Naspa insbesondere zur Steuerung der Liquidität und der Zinsänderungsrisiken.

Durch die im Zuge der Finanz- und Staatsschuldenkrise ausgelöste Regulierungswelle gewinnt das regulatorische Umfeld als strategische Rahmenbedingung immer weiter an Bedeutung. Das komplexe regulatorische Umfeld mit hoher Regelungsdichte und sich ständig ändernden gesetzlichen Vorgaben wird zu einer hohen Ressourcenbindung und zu deutlichen Mehrbelastungen führen.

Sowohl im Kundenkreditgeschäft als auch im Kundeneinlagengeschäft wird von moderaten Wachstumsraten ausgegangen, deren Umsetzung von den erzielbaren Margen abhängig ist. Angesichts des erwarteten Zinsniveaus und des wettbewerbsbedingten Margendrucks rechnet die Naspa weiterhin mit Herausforderungen im Passivgeschäft. Im Kundenkreditgeschäft wird von stabilen Margen, aber rückläufigen Erträgen ausgegangen. Aufgrund der anhaltenden Unsicherheiten an den Kapitalmärkten werden die Erträge im Wertpapier- und Versicherungsgeschäft mit Kunden unter Druck bleiben.

Betriebswirtschaftliches Ergebnis*	Planung 2016	2015
	in Mio. EUR	in Mio. EUR
Zinsüberschuss	233,2	253,2
Provisionsüberschuss	83,3	86,8
Personal-/Sachaufwand	212,3	216,7
Sonstiger ordentlicher Aufwand	2,5	2,0
Handelsergebnis	0,9	1,2
Betriebsergebnis vor Bewertung	102,6	122,5
Bewertungsergebnis	-30,0	82,6
Betriebsergebnis nach Bewertung	72,6	205,1
Saldo neutraler Ertrag/neutraler Aufwand	-2,4	-156,9
Ergebnis vor Steuern	70,2	48,2
Steuern	-22,6	-14,2
Jahresüberschuss	47,7	34,0
Cost-Income-Ratio	67,4 %	63,9 %

*Ausweis gemäß Betriebsvergleich der Sparkassen

Insgesamt rechnet die Naspas für das kommende Geschäftsjahr mit einer Abschwächung des Betriebsergebnisses nach Bewertung, die marktbedingt aus dem operativen Ergebnis sowie aus einem durchschnittlichen Bewertungsergebnis herrührt. Im Vorjahresvergleich plant die Naspas mit einem Rückgang des Zinsergebnisses. Dies liegt vor allem im andauernd niedrigen Zinsniveau begründet, zudem sind für das Jahr 2016 keine ergebnisstabilisierenden Swap-Maßnahmen geplant. Beim Provisionsergebnis prognostiziert die Sparkasse einen Rückgang, welcher sich aus rückläufigen Erträgen im Wertpapiergeschäft sowie verminderten Gebührenerträgen durch neue regulatorische Vorgaben ergibt. In 2016 wird ein deutlich verringerter Personalaufwand erwartet, dies wird vor allem auf den Rückgang von Aufwendungen für die betriebliche Altersvorsorge zurückzuführen sein. Der Personalbestand wird sich im Jahr 2016 kaum verändern. Der Sachaufwand wird über dem des Jahres 2015 prognostiziert. Die notwendigen Investitionen sind für die Erreichung der Unternehmensziele und zur Ausrichtung als digitale Vertriebs Sparkasse notwendig und werden mittelfristig dazu beitragen, die Kostendynamik zu begrenzen und die Ertragskraft weiter zu stabilisieren.

Der erwartete Bewertungsaufwand wird im Vorjahresvergleich deutlich höher ausfallen. Im abgelaufenen Geschäftsjahr führten hohe Auflösungen von Einzelwertberichtigungen im Kundenkreditgeschäft zu einem per saldo positiven Bewertungsergebnis. Diese Entwicklung wird sich nach den Planungen der Sparkasse nicht fortsetzen, so dass mit geringeren Auflösungen gerechnet wird. Der Bewertungsaufwand im Wertpapiergeschäft wird aufgrund von absehbaren „über pari“-Abschreibungen ansteigen.

Insgesamt erwartet die Naspas für das kommende Geschäftsjahr ein zufriedenstellendes Ergebnis vor Bewertung. Unter den getroffenen Annahmen muss allerdings damit gerechnet werden, dass sich die Cost-Income-Ratio erhöhen, gleichwohl aber auf dem Niveau einer Großsparkasse bleiben wird. Das neutrale Ergebnis wird durch den geänderten Durchführungsweg der betrieblichen Altersvorsorge deutlich niedriger ausfallen, und die Eigenkapitalrentabilität wird sich, wegen des Wegfalls des Sondereffektes der Auslagerung der Pensionsverpflichtungen, wieder positiv gestalten.

Gesamtaussage

Insgesamt betrachten wir die Finanz-, Ertrags- und Vermögenslage der Naspas auch im Jahr 2016 als geordnet. Die Kernkapitalquote wird sich in 2016 nach Feststellung des Jahresabschlusses leicht verbessern, während sich die Gesamtkapitalquote leicht vermindern wird. Für das kommende Geschäftsjahr gehen wir von einer deutlichen Veränderung in den operativen Ergebnispositionen aus. Insbesondere wird sich vor dem Hintergrund eines anhaltend niedrigen Zinsniveaus die Zinsspanne deutlich verengen, da der Spielraum für marktbedingte Zinsanpassungen im Kundengeschäft ausgeschöpft ist. Im neutralen Bereich erwarten wir einen deutlichen Rückgang der Belastungen infolge der vollzogenen Auslagerung von Pensionsverpflichtungen. Für das Jahr 2016 sehen wir insbesondere Chancen in der Fortsetzung der konsequenten Anwendung eines ganzheitlichen Beratungsansatzes als Grundlage für eine langfristige Kundenbindung.

Sollte es zu einer nachhaltigen Stabilisierung an den Finanzmärkten und einer Erhöhung des Zinsniveaus kommen, besteht die Chance auf einen Anstieg der Ertragspositionen. Demgegenüber steht das korrespondierende Risiko steigender Bewertungsaufwendungen im Kredit- und Wertpapiergeschäft.

Beim Provisionsergebnis sehen wir das Risiko in einem sich weiter verschärfenden Preiswettbewerb sowie in sich verändernden Rahmenbedingungen zur Vereinbarung von bestimmten Entgelten.

Bei den Personal- und Sachaufwendungen erwarten wir – aufgrund der tarif- und preisbedingten Belastungen und der Umsetzung von strategischen Maßnahmen – Erhöhungen, denen zunächst Entlastungen aus der geänderten bilanziellen Abbildung der Versorgungsverpflichtungen entgegenstehen. In Anbetracht der sich verschärfenden Wettbewerbslage werden wir unverändert ein besonderes Augenmerk auf die Begrenzung unserer Aufwendungen richten. Entsprechende organisatorische Maßnahmen und Strukturen sind etabliert und werden weiterentwickelt.

Wesentliche Risiken für die künftige Geschäfts- und Ertragsentwicklung sehen wir in der konjunkturellen Entwicklung, der geopolitischen Lage und in nicht vorhersehbaren Risiken, die im Zusammenhang mit den staatlichen Haushaltssituationen innerhalb der Eurozone entstehen können. Weiterhin bestehen Risiken bei gravierenden Veränderungen rechtlicher Rahmenbedingungen und veränderter Verbraucherschutzbestimmungen.

Eine deutliche Verschlechterung der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen sowie eine negative Entwicklung der Spreadrisiken würden auch wesentliche Auswirkungen auf die Einzelrisikovorsorge für Ausfallrisiken im Kundenkreditgeschäft und das Bewertungsergebnis Wertpapiere haben.

Hinsichtlich des Zinsniveaus ergeben sich dann erhebliche Nachteile für die Sparkasse, wenn die Zinsen bei den kurzen Laufzeiten deutlich stärker steigen als im mittel- und langfristigen Bereich und sich somit die Zinsstrukturkurve entgegen unseren Einschätzungen weiter verflachen würde. Demgegenüber wäre eine steilere Zinsstrukturkurve von Vorteil für die Sparkasse.

Bericht des Verwaltungsrates

Im Berichtsjahr haben sieben Sitzungen des Verwaltungsrates stattgefunden, in denen wir uns über die aktuelle Geschäfts-, Ertrags-, Liquiditäts- und Risikolage sowie die Eigenkapitalsituation der Naspa nebst Ausblick informierten, die Berichterstattung mit dem Vorstand erörterten und Empfehlungen abgaben. Sowohl schriftlich als auch mündlich wurde regelmäßig, umfassend und zeitnah berichtet. Der Jahresabschluss 2014 wurde von uns in der Sitzung am 14. April 2015 behandelt und festgestellt. Ferner haben wir mit dem Vorstand in den Sitzungen folgende Schwerpunktthemen erörtert und, soweit erforderlich, entsprechende Beschlüsse gefasst:

- Geschäfts- und Risikostrategien 2015
- Planungen 2015
 - Planungsprämissen
 - Gesamtbankplanung
 - Detailplanung
 - Szenarioplanung
 - Anlage Sparkassenvermögen
- Mittelfristplanung
- Kapitalplanung
- Niedrigzinsumfeld (BuBA-Umfrage)
- Wahrnehmung von Aufgaben des Verwaltungsrates (§25d Abs. 11 Satz 2 Nr. 3+4 KWG)
- Neuausrichtung/Auslagerung MarktService
- Ausfinanzierung der Pensionsverpflichtungen
- Vorstandsangelegenheiten
- Berichterstattungen über die Tätigkeit der Revision
- Jahresbericht des Compliance-Beauftragten
- Corporate Social Responsibility
- Neuordnung des Haftungsverbundes der Sparkassen-Finanzgruppe

Die strikte Einhaltung der Grundsätze einer guten Unternehmensführung ist für die Naspa integraler Bestandteil der Geschäftspolitik.

Der von uns und dem Vorstand geteilte Anspruch auf eine verantwortliche, nachhaltige, transparente und am langfristigen Erfolg ausgerichtete Führung und Überwachung des Unternehmens ist auch in einem verbindlichen Corporate-Governance-Kodex für das Institut dokumentiert. Das hieraus ebenfalls abgeleitete Engagement der Naspa in den Bereichen Ökonomie, Ökologie und Soziales unterstützen wir als Verwaltungsrat

ausdrücklich. Der vereinbarte Kodex wurde und wird auch künftig turnusmäßig überprüft und angepasst.

In der Sitzung am 23. September 2015 haben wir die Bestellung des Vorstandsmitgliedes Günter Högner zum Vorsitzenden des Vorstandes ab 1. Oktober 2015 beschlossen. An dieser Stelle sprechen wir dem bisherigen Vorstandsvorsitzenden Stephan Ziegler unseren Dank für sein sehr engagiertes und erfolgreiches Wirken zum Wohle der Naspa während seiner Amtszeit aus.

Der Verwaltungsrat war in alle bedeutenden Entscheidungen eingebunden und hat, soweit erforderlich, nach eingehender Beratung und Prüfung seine Zustimmung erteilt. Wir haben den Vorstand bei der Leitung des Unternehmens beraten und die Ordnungsmäßigkeit seiner Geschäftsführung überwacht.

In den Sitzungen der zuständigen Ausschüsse des Verwaltungsrates wurden die bedeutenden Themen des abgelaufenen Geschäftsjahres separat vertieft. Über wesentliche Beschlüsse und Beratungsgegenstände aus diesen Ausschüssen hat der Ausschussvorsitzende in den Sitzungen des Verwaltungsrates zeitnah informiert. Des Weiteren fanden regelmäßige Gespräche des Vorsitzenden des Verwaltungsrates mit dem Vorsitzenden des Vorstandes der Naspa statt, in denen über aktuelle operative Themen informiert wurde und strategische Überlegungen vorbereitend erörtert wurden.

Über Themen, die für das Aufsichtsorgan eines Kreditinstitutes von besonderer Bedeutung sind, wurde im Rahmen der regelmäßigen Sitzungen des Verwaltungsrates und darüber hinaus in drei eigens hierfür durchgeführten Veranstaltungen eingehend informiert. Schwerpunkte hierbei waren:

- Ampelsystematik DSGVO/SGVHT
- Ausfinanzierung der Pensionsverpflichtungen
- Kreditvergabeprozesse

Den Mitgliedern des Verwaltungsrates wurde auch im Jahr 2015 neben den internen Informationsveranstaltungen der Naspa wieder die Teilnahme an Fortbildungsveranstaltungen des Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen angeboten. Einzelne Verwaltungsratsmitglieder haben von diesem Angebot Gebrauch gemacht.

Die Prüfungsstelle des Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen hat den aufgestellten Jahresabschluss per 31.12.2015 geprüft und den uneingeschränkten

Bestätigungsvermerk erteilt. Damit wurde testiert, dass Buchführung und Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften entsprechen und der Lagebericht mit dem Jahresabschluss im Einklang steht.

Die Abschlussunterlagen wurden allen Mitgliedern des Verwaltungsrates rechtzeitig zugesandt.

Der Abschlussprüfer hat an den heutigen Sitzungen des Bilanzausschusses und des Verwaltungsrates teilgenommen und über die Ergebnisse seiner Prüfung berichtet. Dabei wurde der Bericht des Abschlussprüfers in beiden Sitzungen ausführlich erörtert. Nach der abschließenden Prüfung durch den Bilanzausschuss und unserer eigenen Prüfung erheben wir keine Einwände gegen den Jahresabschluss.

In seiner heutigen Sitzung hat der Verwaltungsrat den Jahresabschluss 2015 der Naspa festgestellt, den Lagebericht gebilligt und den Vorstand entlastet.

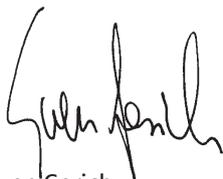
Dem Vorschlag des Vorstandes, den Jahresüberschuss – der dem Bilanzgewinn entspricht – der Sicherheitsrücklage zuzuführen, schließen wir uns an.

Der Verwaltungsrat sowie die aus seiner Mitte gebildeten Ausschüsse haben somit im Berichtsjahr die ihnen gemäß Gesetz, Satzung und Geschäftsordnung obliegenden Aufgaben wahrgenommen.

Wir danken dem Vorstand und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Naspa für ihr großes Engagement, ihre Zuverlässigkeit und Professionalität im vergangenen, abermals herausfordernden Geschäftsjahr 2015.

Diesen Bericht des Verwaltungsrates zum Jahresabschluss 2015 hat der Verwaltungsrat in seiner heutigen Sitzung beschlossen.

Wiesbaden, 19. April 2016



Sven Gerich
Vorsitzender des Verwaltungsrates

Jahresabschluss

Jahresbilanz

zum 31. Dezember 2015

Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2015

Aktivseite		Jahresbilanz zum 31. Dezember 2015	
		31.12.2015	31.12.2014
	EUR	EUR	TEUR
1. Barreserve			
a) Kassenbestand		84.986.815,67	91.270
b) Guthaben bei der Deutschen Bundesbank		142.102.990,50	59.011
		227.089.806,17	150.281
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei der Deutschen Bundesbank zugelassen sind			
b) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen		-,--	-
b) Wechsel		-,--	-
		-,--	-
3. Forderungen an Kreditinstitute			
a) täglich fällig		267.294.289,49	31.443
b) andere Forderungen		297.197.657,31	534.207
		564.491.946,80	565.650
4. Forderungen an Kunden		8.822.208.079,50	8.282.532
darunter:			
durch Grundpfandrechte gesichert	3.633.611.427,19 EUR		(3.563.414)
Kommunalkredite	944.225.105,14 EUR		(849.471)
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere			
a) Geldmarktpapiere			
aa) von öffentlichen Emittenten	-,--		-
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	-,-- EUR		(-)
ab) von anderen Emittenten	178.979.469,26		344.346
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	151.981.182,61 EUR	178.979.469,26	(237.579)
344.346			
b) Anleihen und Schuldverschreibungen			
ba) von öffentlichen Emittenten	459.776.707,63		542.395
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	459.776.707,63 EUR		(542.395)
bb) von anderen Emittenten	533.077.379,11		419.589
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	428.634.990,24 EUR	992.854.086,74	(324.850)
961.984			
c) eigene Schuldverschreibungen		-,--	-
Nennbetrag	-,-- EUR		(-)
		1.171.833.556,00	1.306.330
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		131.546.881,96	127.316
6a. Handelsbestand		139.216,53	132
7. Beteiligungen		86.684.513,53	93.241
darunter:			
an Kreditinstituten	1.067.310,80 EUR		(659)
an Finanzdienstleistungsinstituten	5.570.827,10 EUR		(5.571)
8. Anteile an verbundenen Unternehmen		29.332.198,35	34.333
darunter:			
an Kreditinstituten	-,-- EUR		(-)
an Finanzdienstleistungsinstituten	-,-- EUR		(-)
9. Treuhandvermögen		19.107.138,44	21.527
darunter:			
Treuhandkredite	19.107.138,44 EUR		(21.527)
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch		-,--	-
11. Immaterielle Anlagewerte			
a) selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte		-,--	-
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		1.604.408,18	1.867
c) Geschäfts- oder Firmenwert		-,--	-
d) geleistete Anzahlungen		42.000,00	300
		1.646.408,18	2.167
12. Sachanlagen		79.042.432,32	83.227
13. Sonstige Vermögensgegenstände		33.679.923,41	35.588
14. Rechnungsabgrenzungsposten		3.730.659,25	4.249
15. Aktive latente Steuern		129.511.154,73	96.640
Summe der Aktiva		11.300.043.915,17	10.803.213

Passivseite		Jahresbilanz zum 31. Dezember 2015	
		31.12.2015	31.12.2014
	EUR	EUR	TEUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten			
a) täglich fällig		100.245.068,00	259.452
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		1.191.401.403,96	898.910
		1.291.646.471,96	1.158.362
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden			
a) Spareinlagen			
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	1.657.839.971,98		1.629.933
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	101.533.667,33		214.388
		1.759.373.639,31	1.844.321
b) andere Verbindlichkeiten			
ba) täglich fällig	6.236.699.685,65		5.510.111
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	706.405.407,53		623.399
		6.943.105.093,18	6.133.510
		8.702.478.732,49	7.977.832
3. Verbriefte Verbindlichkeiten			
a) begebene Schuldverschreibungen		177.589.654,90	192.097
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten		--	--
		177.589.654,90	192.097
3a. Handelsbestand		312.500,00	84
4. Treuhandverbindlichkeiten		19.107.138,44	21.527
darunter:			
Treuhandkredite	19.107.138,44 EUR		(21.527)
5. Sonstige Verbindlichkeiten		11.790.515,26	13.914
6. Rechnungsabgrenzungsposten		1.299.696,67	1.811
6a. Passive latente Steuern		--	--
7. Rückstellungen			
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		89.667.429,90	480.644
b) Steuerrückstellungen		24.583.630,63	7.532
c) andere Rückstellungen		59.499.430,98	61.376
		173.750.491,51	549.552
8. Sonderposten mit Rücklageanteil		--	--
9. Nachrangige Verbindlichkeiten		--	--
10. Genussrechtskapital		12.000.000,00	12.000
darunter:			
vor Ablauf von zwei Jahren fällig	12.000.000,00 EUR		(12.000)
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken		16.448.040,00	16.448
darunter:			
Sonderposten nach § 340e Abs. 4 HGB	48.040,00 EUR		(48)
12. Eigenkapital			
a) gezeichnetes Kapital			
aa) stille Einlagen	100.000.000,00		100.000
		100.000.000,00	100.000
b) Kapitalrücklage		--	--
c) Gewinnrücklagen			
ca) Sicherheitsrücklage	759.585.168,09		730.662
cb) andere Rücklagen	--		--
		759.585.168,09	730.662
d) Bilanzgewinn		34.035.505,85	28.924
		893.620.673,94	859.585
Summe der Passiva		11.300.043.915,17	10.803.213
1. Eventualverbindlichkeiten			
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln		--	--
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen		211.228.881,89	233.357
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten		--	--
		211.228.881,89	233.357
2. Andere Verpflichtungen			
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften		--	--
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen		--	--
c) unwiderrufliche Kreditzusagen		559.758.970,75	606.793
		559.758.970,75	606.793

Gewinn- und Verlustrechnung		für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2015	
		1.1.–31.12.2015	1.1.–31.12.2014
	EUR	EUR	TEUR
1. Zinserträge aus			
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	307.808.267,20		321.371
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	18.376.862,82		18.520
		326.185.130,02	339.891
2. Zinsaufwendungen		56.484.186,96	98.389
darunter:			
aus der Aufzinsung von Rückstellungen 130.614,45 EUR			(259)
		269.700.943,06	241.502
3. Laufende Erträge aus			
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren		178.250,28	1.828
b) Beteiligungen		8.599.934,23	6.312
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen		598.840,83	1.167
		9.377.025,34	9.307
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen			6.913.792,24
5. Provisionserträge		72.840.843,64	68.513
6. Provisionsaufwendungen		5.264.514,29	5.023
		67.576.329,35	63.490
7. Nettoaufwand (Vorjahr: Nettoertrag) des Handelsbestands			228.177,39
darunter: Zuführungen zum			
Fonds für allgemeine Bankrisiken	-,--		(6)
8. Sonstige betriebliche Erträge			10.536.341,48
darunter:			
aus der Fremdwährungsumrechnung 572.619,39 EUR			(616)
9. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil			-
		-,--	338.283
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen			
a) Personalaufwand			
aa) Löhne und Gehälter	92.316.964,45		96.525
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	42.489.381,39		48.288
darunter: für Altersversorgung 26.684.654,69 EUR		134.806.345,84	144.813
			(32.363)
b) andere Verwaltungsaufwendungen		87.374.990,13	76.684
		222.181.335,97	221.497
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen			10.060.717,44
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen			95.377.844,45
darunter:			
aus der Fremdwährungsumrechnung 110.714,38 EUR			(247)
aus der Aufzinsung von Rückstellungen 84.222.091,97 EUR			(52.270)
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft			-
		-,--	-
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft			2.994
		84.370.382,76	2.994
		84.370.382,76	2.994
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere			-
		810.572,68	-
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren			4.400
		-,--	4.400
		810.572,68	4.400
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme			763.349,33
18. Zuführungen zum oder Entnahmen aus dem Fonds für allgemeine Bankrisiken			-
			-,--
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			47.767
		119.052.816,97	47.767

			1.1.–31.12.2015	1.1.–31.12.2014
	EUR	EUR	EUR	TEUR
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			119.052.816,97	47.767
20. Außerordentliche Erträge		--		–
21. Außerordentliche Aufwendungen		70.428.930,00		9.656
darunter: Übergangseffekte aufgrund des Bilanzrechts- modernisierungsgesetzes	70.428.930,00 EUR			(9.656)
22. Außerordentliches Ergebnis			70.428.930,00	9.656
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		14.178.712,16		8.830
darunter: Veränderung der Steuerabgrenzung nach § 274 HGB	32.871.101,05 EUR			(10.316)
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen		409.668,96		357
			14.588.381,12	9.187
25. Jahresüberschuss			34.035.505,85	28.924
26. Gewinnvortrag/Verlustvortrag aus dem Vorjahr			--	–
			34.035.505,85	28.924
27. Entnahmen aus Gewinnrücklagen				
a) aus der Sicherheitsrücklage		--		–
b) aus anderen Rücklagen		--		–
			--	–
			34.035.505,85	28.924
28. Einstellungen in Gewinnrücklagen				
a) in die Sicherheitsrücklage		--		–
b) in andere Rücklagen		--		–
			--	–
29. Bilanzgewinn			34.035.505,85	28.924

Anhang der Nassauischen Sparkasse

zum 31. Dezember 2015

Allgemeine Angaben

Der Jahresabschluss der Nassauischen Sparkasse zum 31. Dezember 2015 wurde nach den geltenden Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) sowie des Pfandbriefgesetzes (PfandBG) aufgestellt. Der Jahresabschluss wird beim Betreiber des elektronischen Bundesanzeigers eingereicht.

A. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Forderungen an Kreditinstitute und Kunden

Forderungen an Kreditinstitute und an Kunden sind zum Nennwert bilanziert. Unterschiedsbeträge zwischen Auszahlungs- und Nennbetrag werden als Rechnungsabgrenzung ausgewiesen und auf die Laufzeit bzw. Festzinsbindungsdauer verteilt.

Von einer Vereinnahmung von Zinserträgen wird – ungeachtet des Rechtsanspruchs – dann abgesehen, wenn mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit eine Realisierung der Zinserträge nicht zu erwarten ist.

Erforderliche Wertberichtigungen werden vom Forderungsbestand abgesetzt. Die Vorsorge für Risiken im Kreditgeschäft umfasst Wertberichtigungen und Rückstellungen für alle akuten und latenten Ausfallrisiken. Den latenten Ausfallrisiken wird in Form von Pauschalwertberichtigungen, die entsprechend den Vorgaben der Finanzverwaltung ermittelt werden, Rechnung getragen. Für die bei Kreditinstituten bestehenden besonderen Risiken bestehen zudem versteuerte Vorsorgereserven gemäß § 340f HGB und der Fonds für allgemeine Bankrisiken i. S. v. § 340g HGB. Das Wahlrecht gemäß § 340f Abs. 3 HGB wurde in Anspruch genommen.

Wertpapiere

Den Wertpapierbestand unterteilen wir gemäß den handelsrechtlichen Bestimmungen nach der jeweiligen Zweckbestimmung in Anlagebestand, Liquiditätsreserve und Handelsbestand.

Die Wertpapiere des Anlagebestandes und der Liquiditätsreserve werden grundsätzlich zu den Anschaffungskosten bzw. niedrigeren Kurswerten oder beizulegenden Werten am Bilanzstichtag bewertet (strenges Niederstwertprinzip).

Wir haben unsere Wertpapiere (Direktanlagen) daraufhin untersucht, ob am Bilanzstichtag ein aktiver Markt besteht oder ob der Markt als inaktiv anzusehen ist. Dabei haben wir grundsätzlich auch die Marktverhältnisse in zeitlicher Nähe zum Bilanzstichtag einbezogen. Wesentliche Bestimmungsfaktoren, ob ein Markt als aktiv oder inaktiv anzusehen ist, sind zum einen die Entwicklung der Geld-/Brief-Spannen und zum anderen die beobachtbaren Umsätze.

Nach unserer Einschätzung liegen bis auf einzelne Ausnahmen für die Wertpapiere aktive Märkte vor. Zur Bewertung haben wir Börsenpreise oder sonstige Marktpreise herangezogen. Bei einzelnen Wertpapieren (im Wesentlichen Geldmarktpapiere) erfolgte die Bewertung anhand berechneter Kurse.

Die Anteile an Wertpapier-Spezialfonds haben wir auf Basis der investmentrechtlichen Rücknahmepreise bewertet. Anteile an Investmentkommanditgesellschaften, die wir im Aktivposten 6 „Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere“ ausgewiesen haben, bewerten wir entsprechend den Grundsätzen für die Bewertung von Beteiligungen.

Auf Wertpapiere, bei denen Leistungsstörungen bestehen, haben wir Abschreibungen auf den unter vorsichtiger kaufmännischer Beurteilung zu erwartenden Rückzahlungswert vorgenommen. In diesen Fällen wurde auch von einer Vereinnahmung von Zinserträgen – ungeachtet des Rechtsanspruchs – abgesehen.

Handelsbestand

Die Finanzinstrumente des Handelsbestandes werden zum beizulegenden Zeitwert am Bilanzstichtag und – sofern die Bewertung einen unrealisierten Gewinn ausweist – abzüglich eines Risikoabschlags bzw. zuzüglich eines Risikoaufschlags bewertet.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr haben wir die instituts-internen Kriterien für die Einbeziehung von Finanzinstrumenten in den Handelsbestand nicht geändert.

Handelsaktiva und Handelspassiva haben wir anhand der Mittelkurse bewertet. Der Risikozuschlag wird in Form eines Value at Risk (VaR) auf Basis eines Konfidenzniveaus von 99 %, einer Haltedauer von zehn Tagen sowie eines Beobachtungszeitraums von 250 Tagen berechnet. Finanzinstrumente, bei denen der Ausfallwahrscheinlichkeit der unrealisierten Gewinne durch einen VaR-Abschlag nicht angemessen Rechnung getragen werden kann, befanden sich zum Stichtag nicht im Bestand. Risikozuschläge bzw. Risikoabschläge haben wir für jedes Geschäft einzeln ermittelt und bei den Handelsaktiva abgeschlagen bzw. bei den Handelspassiva zugeschlagen. Zum 31. Dezember 2015 betrug der ermittelte Risikozuschlag 167 TEUR.

Eine Dotierung des Fonds für allgemeine Bankrisiken (§ 340g HGB) in Höhe von 10 % des Nettoertrags des Handelsbestands gemäß § 340e Abs. 4 HGB haben wir aufgrund des negativen Ergebnisses nicht vorgenommen. Laufende Erträge, laufende Aufwendungen und Refinanzierungsaufwendungen für Finanzinstrumente des Handelsbestands fielen im Berichtszeitraum nicht an.

Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen

Die Beteiligungen und die Anteile an verbundenen Unternehmen sind mit den Anschaffungskosten bzw. fortgeführten Buchwerten bilanziert; bei voraussichtlich dauernder Wertminderung werden außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen.

Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen

Die entgeltlich erworbenen immateriellen Anlagewerte und Sachanlagen sind mit den Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen entsprechend der voraussichtlichen Nutzungsdauer, bewertet. Bei voraussichtlich dauernden Wertminderungen werden außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen.

Bei den Gebäuden erfolgen die planmäßigen Abschreibungen linear mit Abschreibungssätzen zwischen 2 % und 4 %. Mietereinbauten werden entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer abgeschrieben. Geringwertige Wirtschaftsgüter, deren Anschaffungskosten 150 EUR nicht übersteigen, werden sofort als Sachaufwand erfasst. Bei Anschaffungskosten zwischen

150 EUR und 1.000 EUR werden die geringwertigen Wirtschaftsgüter in einen Sammelposten aufgenommen, der ab dem Jahr der Anschaffung jährlich in Höhe eines Fünftels abgeschrieben wird.

Aufgrund steuerrechtlicher Abschreibungen auf das Sachanlagevermögen in früheren Geschäftsjahren, die gemäß Artikel 67 Abs. 4 Satz 1 EGHGB fortgeführt wurden, und der daraus resultierenden Beeinflussung des Steueraufwands liegt der ausgewiesene Jahresüberschuss um rund 0,1 Mio. EUR über dem Betrag, der sonst auszuweisen gewesen wäre.

Wertaufholung

Soweit die Gründe für vorgenommene außerplanmäßige Abschreibungen bzw. für Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert nicht mehr bestehen, werden Zuschreibungen nach § 253 Abs. 5 Satz 1 HGB vorgenommen.

Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten sind grundsätzlich mit ihrem Erfüllungsbetrag passiviert. Der Unterschied zwischen Nennbetrag und Ausgabebetrag von Verbindlichkeiten wird in den Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und zeitanteilig aufgelöst. Abgezinsten Verbindlichkeiten werden mit ihrem Barwert angesetzt.

Rückstellungen

Die Nassauische Sparkasse hat ihren Mitarbeitern betriebliche Altersversorgung im Durchführungsweg der Direktzusage zugesagt, daneben bestehen Zusagen im Rahmen einer „deferred compensation“.

Zur Absicherung und Finanzierung der Pensionsansprüche und als Reaktion auf die handelsbilanziellen Belastungen aufgrund der Niedrigzinsphase hat die Nassauische Sparkasse zum Ende des Jahres den Durchführungsweg – bezogen auf die vorliegenden Direktzusagen – gewechselt. Die einzelnen Schritte hierzu sind nachfolgend dargestellt:

Die Bewertung der Pensionsverpflichtungen zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2015 ist gemäß versicherungsmathematischen Grundsätzen nach der projizierten Einmalbeitragsmethode (Projected Unit Credit-Methode) erfolgt. Dabei wurden die Heubeck-Richttafeln 2005G und der von der Deutschen Bundesbank im Monat Januar 2016 veröffentlichte durchschnittliche Marktzi-

satz der vergangenen sieben Jahre von 3,89 % berücksichtigt, der sich bei einer pauschal angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt. Darüber hinaus wurden im Wesentlichen folgende Parameter angewandt:

Rentendynamik	1,50 %
Tarifydynamik	2,00 %
Bezügedynamik (einschließlich Gehaltstrend)	2,25 %

Die im Vorjahr unter Anwendung der Übergangsregelung des Artikels 67 Abs. 1 Satz 1 EGHGB i. V. m. Artikel 67 Abs. 2 EGHGB noch nicht erfolgte Zuführung zu den Pensionsrückstellungen von 70,4 Mio. EUR wurde vollständig nachgeholt. Ebenfalls dotiert wurden Verpflichtungen für laufende Pensionen oder Anwartschaften, bei denen die Pensionsberechtigten einen Rechtsanspruch vor dem 1. Januar 1987 erworben haben und für die wir für die Jahre 2008 und 2009 von dem Wahlrecht gemäß Artikel 28 EGHGB Gebrauch gemacht hatten. Hierfür wurden 11,6 Mio. EUR aufwandswirksam.

Bestimmte Versorgungsverpflichtungen aus dem sich so ergebenden Gesamtbetrag von 623,0 Mio. EUR wurden am 30. Dezember 2015 in Höhe von rd. 545,3 Mio. EUR in einen nicht versicherungsförmigen Pensionsfonds überführt. Für die Verpflichtungen haftet die Nassauische Sparkasse weiterhin subsidiär nach § 1 Abs. 1 Satz 3 BetrAVG.

Zum Abschlussstichtag liegt eine vollständige Ausfinanzierung des Pensionsfonds bezogen auf den jeweiligen notwendigen Erfüllungsbetrag gemäß § 253 Abs. 1 Satz 2, Abs. 2 HGB der betreffenden Versorgungsverpflichtungen vor.

Aus der Durchführung von Altersversorgungsverpflichtungen über den externen Versorgungsträger resultieren am Bilanzstichtag keine Fehlbeträge (Summe der Unterdeckungen bezogen auf den jeweiligen notwendigen Erfüllungsbetrag der Versorgungsverpflichtungen nach § 340a Abs. 1 i.V.m. § 253 Abs. 1 Satz 2, Abs. 2 HGB).

Zur Finanzierung und Absicherung weiterer Altersversorgungsverpflichtungen wurde zudem am 30. Dezember 2015 dem Treuhänder ein Zahlungsanspruch in Höhe von rd. 66,9 Mio. EUR eingeräumt. Dieser Zahlungsanspruch stellt noch keine bilanzwirksame Dotierung des Treuhandvermögens dar. Daher erfolgt zum Bilanzstichtag keine Verrechnung des Zahlungsanspruchs mit dem Erfüllungsbetrag der Pensionsrückstellungen.

Die Verringerung der Pensionsrückstellungen im Vergleich zum Vorjahr ist somit in erheblichem Maße auf die im Geschäftsjahr getroffenen Maßnahmen zur Absiche-

rung und Finanzierung von Altersversorgungsverpflichtungen zurückzuführen. Infolge der Überführung von Versorgungszusagen auf einen Pensionsfonds wurden Rückstellungen in Höhe von 545,3 Mio. EUR ausgebucht.

Die **übrigen Rückstellungen** werden in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages angesetzt, in Einzelfällen haben wir hierbei auf die Einschätzung externer Sachverständiger zurückgegriffen. Sofern die Restlaufzeit mehr als ein Jahr beträgt, haben wir die Rückstellungen mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden und von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre abgezinst. Bei der Ermittlung der im Zusammenhang mit der Rückstellungsbewertung entstehenden Aufwendungen und Erträge wird davon ausgegangen, dass die Änderung des Abzinsungssatzes zum Beginn der Periode eingetreten ist. Für Veränderungen des Verpflichtungsumfanges wird die Annahme getroffen, dass diese zum Periodenende eingetreten sind.

Soweit es sich um bankspezifische Grundgeschäfte handelt, werden Erfolge aus der Änderung des Abzinsungssatzes oder der Restlaufzeit in dem GuV-Posten ausgewiesen, in dem auch die Aufwendungen zur Rückstellungsdotierung ausgewiesen werden. Andernfalls weisen wir diese Veränderungen in den GuV-Posten „Sonstige betriebliche Erträge“ oder „Sonstige betriebliche Aufwendungen“ aus.

Im Rahmen der verlustfreien Bewertung des Bankbuchs haben wir einen barwertorientierten Rückstellungstest durchgeführt und hierbei die Stellungnahme des Instituts der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V. (IDW) RS BFA 3 berücksichtigt. Im ersten Schritt haben wir den Überschuss des Barwerts des Bankbuchs über den Buchwert des Bankbuchs ermittelt. Vom Ergebnis dieser Ermittlung haben wir die institutsspezifischen Refinanzierungskosten, die Verwaltungsaufwendungen und die Risikokosten abgezogen, die bis zur vollständigen Abwicklung des Bestands des Bankbuchs erwartet werden. Nach unseren Ermittlungen hat sich kein Verpflichtungsüberschuss ergeben.

Eigenkapital

Die Einlagen stiller Gesellschafter in einer Gesamthöhe von 100,0 Mio. EUR sind befristet bis zum 31. Dezember 2032.

Währungsumrechnung

Die Währungsumrechnung erfolgt nach § 256a HGB bzw. § 340h HGB. Eine besondere Deckung gemäß § 340h HGB sehen wir als gegeben an, soweit eine Identität von Währung und Betrag der Gesamtposition je Währung vorliegt. Die Umrechnungsergebnisse aus Geschäften, die in die besondere Deckung einbezogen sind, werden saldiert je Währung in den GuV-Posten „Sonstige betriebliche Erträge“ bzw. „Sonstige betriebliche Aufwendungen“ ausgewiesen. Bilanzposten und Posten der Gewinn- und Verlustrechnung, die auf ausländische Währung lauten, sowie schwebende Fremdwährungskassageschäfte werden zum EZB-Referenzkurs am Bilanzstichtag umgerechnet. Schwebende Devisentermingeschäfte werden mit den entsprechenden Terminkursen umgerechnet. Dienen Devisentermingeschäfte der Absicherung von zinstragenden Bilanzpositionen, erfolgt die Bewertung des Termingeschäfts anhand des gespaltenen Terminkurses i. V. m. einer Reststellenanalyse. Umrechnungsdifferenzen aus Beständen außerhalb der besonderen Deckung werden grundsätzlich unter Berücksichtigung des § 256a HGB gebucht und in dem GuV-Posten ausgewiesen, in dem auch das übrige Bewertungsergebnis des entsprechenden Geschäfts ausgewiesen wird.

Latente Steuern

Aufgrund abweichender Ansatz- und Bewertungsvorschriften zwischen Handels- und Steuerbilanz werden für Unterschiede zwischen dem handelsrechtlichen Ergebnis und dem steuerlichen Gewinn, die sich in den folgenden Geschäftsjahren voraussichtlich ausgleichen, latente Steuern gebildet. Latente Steuern auf steuerliche Verlustvorträge werden nur bilanziert, wenn sie sich nach unserer Planung in der Zukunft durch zu versteuernde Gewinne ausgleichen.

Bei der Berechnung der latenten Steuern haben wir einen Körperschaftsteuersatz inkl. Solidaritätszuschlag von 15,83 % (Vorjahr: 15,83 %) zugrunde gelegt, für die Gewerbesteuer einen Steuersatz von 14,51 % (Vorjahr: 14,37 %).

Fristengliederung

Von der Erleichterungsregelung gemäß § 11 Satz 3 RechKredV haben wir Gebrauch gemacht.

B. Angaben zur Bilanz

Angaben und Erläuterungen zu den Bilanzposten erfolgen analog zum Ausweis in der Bilanz

Aktiva		
	31.12.2015	31.12.2014
	TEUR	TEUR
Forderungen an Kreditinstitute		
In diesem Posten sind enthalten:		
– Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	–	–
– Forderungen an verbundene Unternehmen	–	–
– Forderungen an die eigene Girozentrale	1.921	2.453
– Forderungen mit Nachrangabrede	9.075	9.837
Aufgliederung des Postens nach Restlaufzeiten:		
b) andere Forderungen		
bis drei Monate	160.475	296.897
mehr als drei Monate bis ein Jahr	78.933	207.836
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	52.072	17.475
mehr als fünf Jahre	–	–
Als unsere Girozentrale war die Landesbank Hessen-Thüringen tätig.		
Forderungen an Kunden		
In diesem Posten sind enthalten:		
– Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	166.547	182.177
– Forderungen an verbundene Unternehmen	6.876	6.788
– Forderungen mit Nachrangabrede	–	–
Aufgliederung des Postens nach Restlaufzeiten:		
Forderungen an Kunden		
bis drei Monate	419.324	301.197
mehr als drei Monate bis ein Jahr	532.507	526.782
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	2.366.643	2.155.597
mehr als fünf Jahre	5.103.687	4.853.052
mit unbestimmter Laufzeit	390.221	435.375
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		
Von den in diesem Posten enthaltenen Wertpapieren sind:		
– Wertpapiere mit Nachrangabrede	–	–
– börsennotiert	949.177	959.962
– nicht börsennotiert	222.657	346.368
– bei anderen Kreditinstituten in Pension gegebene Wertpapiere	–	–
– im Jahr, das auf den Bilanzstichtag folgt, fällig	448.480	600.699

Aktiva		
	31.12.2015	31.12.2014
	TEUR	TEUR
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		
In diesem Posten sind enthalten:		
– Wertpapiere mit Nachrangabrede	21.655	22.845
Von den in diesem Posten enthaltenen börsenfähigen Wertpapieren sind:		
– börsennotiert	–	1.520
– nicht börsennotiert	119.789	120.681

Angaben zu Anteilen an Investmentvermögen

Die NaspA hält jeweils Anteile von mehr als 10 % an zwei Spezialfonds (Buchwerte: 98,1 Mio. EUR), die weit überwiegend in Rentenwerten investiert sind. Die Marktwerte (Rücknahmepreise) belaufen sich auf 98,1 Mio. EUR. Im Jahr 2015 erfolgten keine Ausschüttungen.

Aufgrund der Änderung der RechKredV durch das so genannte AIFM-Umsetzungsgesetz haben wir weitere im Vorjahr noch im Aktivposten 7 ausgewiesene Anteile an Investmentkommanditgesellschaften (Buchwerte: 6,6 Mio. EUR), die nicht operativ tätig sind, erstmals im Aktivposten 6 „Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere“ ausgewiesen. Diese Anteile sind hinsichtlich ihrer Möglichkeit der täglichen Rückgabe eingeschränkt.

	31.12.2015	31.12.2014
	TEUR	TEUR
Finanzinstrumente des Handelsbestandes		
Von den in diesem Posten enthaltenen Finanzinstrumenten sind:		
– derivative Finanzinstrumente in Fremdwährung	139	132
Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen		
Von den in diesem Posten enthaltenen börsenfähigen Wertpapieren sind:		
– börsennotiert	–	–
– nicht börsennotiert	688	688

Entwicklung der Finanzanlagen				
	Schuld- verschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	Beteiligungen	Anteile an verbundenen Unternehmen
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Bilanzwert am 01.01.2015	384.815	27.959	93.241	34.333
Veränderung	–79.994	5.453	–6.556	–5.001
Bilanzwert zum 31.12.2015	304.821	33.412	86.685	29.332
Bilanzwert Vorjahr	384.815	27.959	93.241	34.333

Von der Zusammenfassungsmöglichkeit gemäß § 34 Abs. 3 RechKredV haben wir Gebrauch gemacht.

Aktiva		
	31.12.2015	31.12.2014
	TEUR	TEUR
Treuhandvermögen		
Die in diesem Posten enthaltenen Treuhandkredite in Höhe von bestehen ausschließlich aus Forderungen an Kunden.	19.107	21.527
Im Posten „Treuhandvermögen“ werden Weiterleitungskredite mit 100%iger Haftungsfreistellung ausgewiesen.		
Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen		
Hiervon entfallen auf:		
– im Rahmen des Sparkassengeschäftes genutzte Grundstücke und Gebäude	47.921	53.915
– Betriebs- und Geschäftsausstattung	18.788	15.243

Entwicklung der Sachanlagen		
	Immaterielle Anlagewerte	Sachanlagen
	TEUR	TEUR
Anschaffungskosten am 01.01.2015	22.090	323.959
Zugänge	401	6.403
Umbuchungen	-138	138
Abgänge	13	11.246
Kumulierte Abschreibungen	20.695	240.212
Bilanzwert zum 31.12.2015	1.645	79.042
Zuschreibungen des Geschäftsjahres	-	-
Abschreibungen des Geschäftsjahres	771	9.290
Die Abschreibungen des Geschäftsjahres beinhalten auch die Abschreibungen, die auf im Berichtsjahr abgegangene Vermögensgegenstände entfallen.		

Aktiva		
	31.12.2015	31.12.2014
	TEUR	TEUR
Rechnungsabgrenzungsposten		
In diesem Posten sind enthalten:		
– Unterschied zwischen Ausgabe- und niedrigerem Rückzahlungsbetrag von Forderungen	1.178	1.485
– Unterschied zwischen Rückzahlungs- und niedrigerem Ausgabebetrag von Verbindlichkeiten	273	285
– sonstige Rechnungsabgrenzungen	2.278	2.478
Steuerforderungen aus latenten Steuern		
Die in diesem Posten enthaltenen aktiven latenten Steuern resultieren aus:		
– steuerlichen Verlustvorträgen	-	-
– Abweichungen zwischen handelsrechtlichen und steuerlichen Wertansätzen	129.511	96.640

Der Gesamtbetrag der künftigen Steuerbelastungen in Höhe von 7,1 Mio. EUR, die überwiegend auf Beteiligungen entfallen, wird durch absehbare Steuerentlastungen in Höhe von 136,6 Mio. EUR überdeckt. Der Saldobetrag in Höhe von 129,5 Mio. EUR wird in den Posten „Aktive latente Steuern“ eingestellt. Die Veränderungen zum Vorjahr resultieren im Wesentlichen aus der Auslagerung von Pensionsverpflichtungen.

Die zukünftigen Steuerentlastungen entfallen im Wesentlichen auf Ansatzunterschiede aufgrund unterschiedlicher Wertansätze im Zusammenhang mit der Auslagerung von Pensionsverpflichtungen (§ 4e EStG) (rund 50 %), bei den Forderungen an Kunden (rund 25 %), den Rückstellungen (rund 18 %) sowie übrige Posten. Steuerliche Verlustvorträge bestanden zum 31. Dezember 2015 nicht.

Passiva		
	31.12.2015	31.12.2014
	TEUR	TEUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		
In diesem Posten sind enthalten:		
– Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	11.134	37.474
– Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	–	–
– Verbindlichkeiten gegenüber der eigenen Girozentrale	210.101	284.442
Aufgliederung des Unterpostens nach Restlaufzeiten:		
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		
bis drei Monate	9.437	12.442
mehr als drei Monate bis ein Jahr	25.665	130.555
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	530.589	357.243
mehr als fünf Jahre	620.504	388.163
Als Sicherheit übertragene Vermögensgegenstände:	1.799.400	1.593.022
– darin sind Wertpapiere mit Buchwerten von enthalten, die der Deutschen Bundesbank verpfändet wurden	861.134	873.239
– abgetretene Kreditforderungen	577.009	379.351
– abgetretene Weiterleitungsdarlehen	361.257	340.432
– zum Bilanzstichtag betragen die derart besicherten Verbindlichkeiten	330.295	229.946
Als unsere Girozentrale war die Landesbank Hessen-Thüringen tätig.		
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		
In diesem Posten sind enthalten:		
– Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	20.749	12.514
– Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	12.138	17.664
Aufgliederung des Unterpostens nach Restlaufzeiten:		
a) Spareinlagen		
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist		
bis drei Monate	33.318	58.220
mehr als drei Monate bis ein Jahr	41.775	135.638
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	26.441	20.530
mehr als fünf Jahre	–	–
b) andere Verbindlichkeiten		
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		
bis drei Monate	258.933	298.538
mehr als drei Monate bis ein Jahr	273.864	191.024
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	20.905	34.586
mehr als fünf Jahre	151.807	98.351

Passiva		
	31.12.2015	31.12.2014
	TEUR	TEUR
Verbriefte Verbindlichkeiten		
In diesem Posten sind enthalten:		
– Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	–	–
– Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	–	–
Begebene Schuldverschreibungen, die im Folgejahr fällig werden	10.000	34.000
Finanzinstrumente des Handelsbestandes		
Von den in diesem Posten enthaltenen Finanzinstrumenten sind:		
– derivative Finanzinstrumente in Fremdwährung	313	84
Treuhandverbindlichkeiten		
In diesem Posten sind enthalten:		
– Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	19.107	21.527
Im Posten „Treuhandverbindlichkeiten“ werden Weiterleitungsdarlehen mit 100%iger Haftungsfreistellung ausgewiesen.		
Rechnungsabgrenzungsposten		
In diesem Posten sind enthalten:		
– Unterschied zwischen Rückzahlungs- und niedrigerem Auszahlungsbetrag von Forderungen	727	1.004
– sonstige Rechnungsabgrenzungen	573	807
Steuerrückstellungen		
In diesem Posten sind enthalten:		
– Rückstellungen für laufende Veranlagungen	17.062	6.145
– Rückstellungen für Betriebsprüfungen	7.522	1.387
– Rückstellungen für latente Steuern	–	–

C. Angaben und Erläuterungen zu den Posten unter dem Bilanzstrich

Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen

In diesem Posten sind keine Einzelbeträge enthalten, die im Bezug auf die Gesamttätigkeit der Nassauischen Sparkasse von wesentlicher Bedeutung sind.

Unwiderrufliche Kreditzusagen

Bei den am Bilanzstichtag bestehenden unwiderruflichen Kreditzusagen handelt es sich um Buchkredite und Avalkredite. Keine der Zusagen ist für die Gesamttätigkeit der Nassauischen Sparkasse von wesentlicher Bedeutung.

D. Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung

Bei Zinsswaps werden die Zinszahlungen saldiert je Swap im GuV-Posten 1 oder 2 ausgewiesen. Im Vorjahr hatten wir einen Zinssaldo über alle bestehenden Swaps hinweg gebildet und einheitlich im GuV-Posten „Zinsaufwand“ ausgewiesen. Mit dieser Änderung tragen wir der herrschenden Meinung zum handelsrechtlichen Ausweis Rechnung.

Zinserträge

Für getätigte Anlagen gezahlte Zinsen (so genannte „Negativzinsen“) sind in Höhe von 0,1 Mio. EUR in den Zinserträgen enthalten.

Zinsaufwendungen

In den Zinsaufwendungen sind geleistete Ausgleichszahlungen von 6,8 Mio. EUR (Vorjahr: 32,4 Mio. EUR) für vorzeitige Auflösungen von Zinsswaps enthalten. Der Zinsüberschuss zukünftiger Jahre wird hierdurch entlastet.

Empfangene Negativzinsen für aufgenommene bzw. erhaltene Gelder sind in Höhe von 0,4 Mio. EUR in den Zinsaufwendungen enthalten.

Provisionserträge

Die wesentlichen an Dritte erbrachten Dienstleistungen für Verwaltung und Vermittlung sind die Vermittlung von Produkten der Verbundpartner (Investmentanteile, Bausparverträge etc.).

Sonstige betriebliche Erträge

Die sonstigen betrieblichen Erträge enthalten 2,6 Mio. EUR Erträge aus Grundstücken und Gebäuden und 1,3 Mio. EUR Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen.

Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen

Die Abschreibungen enthalten zu rund 8 % außerplanmäßige Abschreibungen, im Wesentlichen auf Immobilien des Anlagevermögens.

Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthalten 84,2 Mio. EUR Aufwendungen für die Aufzinsung von Rückstellungen, davon 81,1 Mio. EUR für Pensionsrückstellungen und ähnliche Verpflichtungen (darunter 56,2 Mio. EUR aus der Veränderung des Abzinsungssatzes).

Außerordentliche Aufwendungen

Die außerordentlichen Aufwendungen entfallen ausschließlich auf die vollständige Zuführung zu den Pensionsrückstellungen gem. Artikel 67 Abs. 1 EGHGB im Rahmen der Auslagerung der Pensionsverpflichtungen.

Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		
	2015	2014
	TEUR	TEUR
In diesem Posten sind enthalten:		
– Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	–45.852	–20.571
– Ergebnis aperiodische Steuern außerhalb einer Betriebsprüfung	4.550	2.363
– latente Steuern	32.871	10.316
– Nachzahlungen für Vorjahre aufgrund einer Betriebsprüfung	–6.274	–1.573
– Erstattungen für Vorjahre aufgrund einer Betriebsprüfung	526	635

Das außerordentliche Ergebnis führte zu keinen nennenswerten Auswirkungen auf den Steueraufwand außerhalb der latenten Steuern.

Angaben gemäß § 285 Satz 1 Nr. 28 HGB zu den ausschüttungsgesperrten Beträgen

Der Gesamtbetrag der ausschüttungsgesperrten Beträge nach § 268 Abs. 8 HGB in Höhe von 4,2 Mio. EUR entfällt ausschließlich auf die Aktivierung latenter Steuern.

E. Sonstige Angaben

Anteilsbesitz

Anteilsbesitz der Nassauischen Sparkasse in Höhe von mindestens 20 % an anderen Unternehmen, soweit er nicht von untergeordneter Bedeutung gemäß § 286 Abs. 3 i. V. m. § 285 Nr. 11 HGB ist:

Gesellschaft	Sitz	Kapitalanteil	Eigenkapital	Bilanzsumme	Umsatzerlöse	Ergebnis Geschäftsjahr 2015
		in %	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Verbundene Unternehmen						
Naspa-Direkt GmbH ¹⁾⁵⁾	Wiesbaden	100,0	256	292	3.151	0
Naspa Grundbesitz I GmbH & Co. KG	Wiesbaden	100,0	22.093	22.124	571	538
Naspa Immobilien GmbH ¹⁾⁵⁾	Wiesbaden	100,0	25	449	2.044	207
Naspa-Versicherungs-Service GmbH ¹⁾⁴⁾⁵⁾	Wiesbaden	75,0	511	5.113	11.014	6.527
Nassovia Beteiligungsgesellschaft mbH ¹⁾⁵⁾	Wiesbaden	100,0	112	149	13	-171
Nassovia Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. KG	Wiesbaden	100,0	4.749	4.753	33	73
S-Servicepartner Rhein-Main GmbH ¹⁾⁵⁾	Wiesbaden	70,0	300	542	5.427	194
Schloss Vollrads GmbH & Co. Besitz KG ²⁾³⁾	Oestrich-Winkel	100,0	3.360	5.992	790	-588
Weingutsverwaltung Schloss Vollrads KG ³⁾	Oestrich-Winkel	100,0	8.615	9.180	4.240	599

¹⁾ Mit der Gesellschaft besteht ein Ergebnisabführungsvertrag.

²⁾ Ergebnisübernahme durch die Naspa.

³⁾ Abweichendes Geschäftsjahr (30.06.2015).

⁴⁾ Die Umsatzerlöse resultieren ausschließlich aus Vermittlungsgeschäften.

⁵⁾ Mit der Gesellschaft besteht ein Beherrschungsvertrag.

Eine Einbeziehung der Tochterunternehmen in einen Konzernabschluss hätte einen unwesentlichen Einfluss auf die Bilanzsumme, das Eigenkapital und den Jahresüberschuss.

Die auf einen Pensionsfonds übertragenen Versorgungsverpflichtungen sowie die zur Erfüllung der Verpflichtungen zugeordneten Deckungsmittel qualifizieren grds. als Tochter-Zweckgesellschaft der Naspa nach § 340i Abs. 2 Satz 1 i.V.m. § 290 Abs. 2 Nr. 4 HGB. Aufgrund der untergeordneten Bedeutung der Tochter-Zweckgesellschaft (sowie der übrigen nicht einbezogenen Tochterunternehmen einzeln und in Summe) für ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage besteht gemäß § 290 Abs. 5 i.V.m. § 296 Abs. 2 HGB keine Verpflichtung zur handelsrechtlichen Konzernrechnungslegung.

Würde die Naspa bezogen auf die Tochter-Zweckgesellschaft von dem Einbeziehungsrecht keinen Gebrauch machen, so würde in dem dann zum 31. Dezember 2015 aufzustellenden handelsrechtlichen Konzernabschluss der Naspa in Höhe eines Betrages von 545,3 Mio. EUR an die Stelle der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden eine Pensionsrückstellung treten. D. h., die in Rede stehende Verbindlichkeit gegenüber Kunden hat zum Stichtag bei wirtschaftlicher Betrachtung den Charakter einer Pensionsverpflichtung. Darüber hinaus würden sich bei einer Einbeziehung der Tochter-Zweckgesellschaft im Konzernabschluss keine Unterschiede beim Vermögens- oder Erfolgsausweis gegenüber demjenigen im Jahresabschluss ergeben. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden wurden noch innerhalb der Aufstellungsphase für den Jahresabschluss nahezu vollständig zurückgeführt, nachdem die Tochter-Zweckgesellschaft die auf sie übertragenen Mittel zum Erwerb von entsprechenden Deckungsmitteln (handelsrechtliches Deckungsvermögen) verwandt hat. Auch in einem handelsrechtlichen Konzernabschluss würde folglich im Maße der Rückführung keine Pensionsrückstellung mehr gezeigt.

Für das Jahr 2015 ergaben sich keine zu verrechnenden Aufwendungen und Erträge.

Pfandbriefgeschäft

Die regelmäßigen Transparenzvorschriften des § 28 Pfandbriefgesetz (PfandBG) werden durch Veröffentlichung über unsere Homepage im Internet unter www.naspa.de erfüllt.

Der Umlauf der Hypothekendarlehen, der öffentlichen Pfandbriefe sowie der Deckungsmassen gemäß § 28 Abs. 1 Nr. 1, 3 bis 6 PfandBG stellen sich wie folgt dar:

Hypothekendarlehen	31.12.2015		31.12.2014	
	Nennwert	Buchwert	Nennwert	Buchwert
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Gesamtbetrag der im Umlauf befindlichen Hypothekendarlehen	370.000	370.000	300.000	300.000
Deckungsmasse	457.281	457.281	351.913	351.913
darunter:				
– Deckungswerte nach § 4 Abs. 1 bzw. 1a PfandBG*	(20.000)	(20.000)	(20.000)	(20.000)
– Deckungswerte nach § 19 Abs. 1 Nr. 1 PfandBG	(–)	(–)	(–)	(–)
– Deckungswerte nach § 19 Abs. 1 Nr. 2 PfandBG	(–)	(–)	(–)	(–)
– Deckungswerte nach § 19 Abs. 1 Nr. 3 PfandBG	(–)	(–)	(–)	(–)
– Derivate gemäß § 19 Abs. 1 Nr. 4 Satz 3 PfandBG	(–)	(–)	(–)	(–)
– Überdeckung	87.281	87.281	51.913	51.913

* abweichend zum Vorjahr aufgrund geänderter gesetzlicher Vorschriften separater Ausweis der Deckungswerte nach § 4 Abs. 1 bzw. 1a PfandBG

Öffentliche Pfandbriefe	31.12.2015		31.12.2014	
	Nennwert	Buchwert	Nennwert	Buchwert
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Gesamtbetrag der im Umlauf befindlichen öffentlichen Pfandbriefe	63.000	63.000	35.000	35.000
Deckungsmasse	79.484	79.484	65.970	65.970
darunter:				
– Deckungswerte nach § 20 Abs. 2 Nr. 1 PfandBG	(–)	(–)	(–)	(–)
– Deckungswerte nach § 20 Abs. 2 Nr. 2 PfandBG	(5.000)	(5.000)	(5.000)	(5.000)
– Derivate gemäß § 20 Abs. 2 Nr. 3 PfandBG	(–)	(–)	(–)	(–)
– Überdeckung	16.484	16.484	30.970	30.970

Da für die Hypothekendarlehen sowie die öffentlichen Pfandbriefe keine weiteren Deckungswerte gemäß § 19 Abs. 1 PfandBG und keine ausländischen Hypotheken in

Deckung genommen wurden, entfällt eine weitere Aufschlüsselung der Beträge gemäß § 28 Abs. 1 Nr. 7 und 8 PfandBG.

Hypothekendarlehen	31.12.2015 Stresstest			31.12.2014 Stresstest		
	Barwert	Risikobarwert ¹⁾		Barwert	Risikobarwert ¹⁾	
		(+250 Bp) ²⁾	(–250 Bp) ²⁾		(+250 Bp) ²⁾	(–250 Bp) ²⁾
TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	
Gesamtbetrag der im Umlauf befindlichen Hypothekendarlehen	398.613	322.120	434.833	332.158	267.247	357.381
Deckungsmasse	512.809	454.382	527.205	404.040	355.784	416.069
Überdeckung	114.196	132.262	92.372	71.882	88.537	58.688

¹⁾ Risikobarwert: Ermittlung gemäß statischem Verfahren der Pfandbrief-Barwertverordnung (PfandBarwertV)

²⁾ Bp = Basispunkte

Öffentliche Pfandbriefe	31.12.2015 Stresstest			31.12.2014 Stresstest		
	Barwert	Risikobarwert ¹⁾		Barwert	Risikobarwert ¹⁾	
		(+250 Bp) ²⁾	(-250 Bp) ²⁾		(+250 Bp) ²⁾	(-250 Bp) ²⁾
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Gesamtbetrag der im Umlauf befindlichen öffentlichen Pfandbriefe	67.107	53.979	73.233	39.959	30.746	44.464
Deckungsmasse	87.774	77.377	90.391	74.841	65.475	77.093
Überdeckung	20.667	23.398	17.158	34.882	34.729	32.629

¹⁾ Risikobarwert: Ermittlung gemäß statischem Verfahren der Pfandbrief-Barwertverordnung (PfandBarwertV)

²⁾ Bp = Basispunkte

Der prozentuale Anteil festverzinslicher Pfandbriefe an den zu deckenden Verbindlichkeiten beträgt bei den Hypothekendarbriefen sowie den öffentlichen Darbriefen jeweils 100,0 %.

Der prozentuale Anteil festverzinslicher Deckungswerte an der Deckungsmasse beläuft sich bei den Hypothekendarbriefen auf 96,2 % (Vorjahr: 94,3 %) und bei den öffentlichen Darbriefen auf 93,7 % (Vorjahr: 92,4 %) (§ 28 Abs. 1 Nr. 9 PfandBG).

Die von uns begebenen Darbriefe weisen folgende Laufzeitstruktur und die dazugehörigen Deckungsmassen folgende Zinsbindungsfristen auf (§ 28 Abs. 1 Nr. 2 PfandBG):

Hypothekendarbriefe	Laufzeit bzw. Zinsbindungsfrist			
	Darbriefumlauf		Deckungsmasse	
	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2015	31.12.2014
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
bis sechs Monate	–	–	41.787	13.740
über sechs Monate bis zwölf Monate	–	–	8.696	8.439
über zwölf Monate bis achtzehn Monate	–	–	15.721	16.918
über achtzehn Monate bis zwei Jahre	–	–	5.687	8.715
über zwei bis drei Jahre	–	–	21.281	21.248
über drei bis vier Jahre	–	–	26.304	17.843
über vier bis fünf Jahre	–	–	36.364	22.119
über fünf bis zehn Jahre	265.000	245.000	286.361	240.211
über zehn Jahre	105.000	55.000	15.081	2.680

Der volumengewichtete Durchschnitt der seit Kreditvergabe verstrichenen Laufzeit (§ 28 Abs. 1 Nr. 11 PfandBG) für die zur Deckung nach § 12 Abs. 1 PfandBG verwendeten Forderungen beträgt 3,59 Jahre (Vorjahr: 3,25 Jahre).

Öffentliche Pfandbriefe	Laufzeit bzw. Zinsbindungsfrist			
	Pfandbriefumlauf		Deckungsmasse	
	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2015	31.12.2014
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
bis sechs Monate	-	-	-	-
über sechs Monate bis zwölf Monate	-	-	-	-
über zwölf Monate bis achtzehn Monate	-	-	5.000	-
über achtzehn Monate bis zwei Jahre	-	-	-	-
über zwei bis drei Jahre	-	-	-	5.000
über drei bis vier Jahre	-	-	1.536	-
über vier bis fünf Jahre	-	-	2.546	1.626
über fünf bis zehn Jahre	28.000	-	67.175	59.344
über zehn Jahre	35.000	35.000	3.226	-

Die Deckungsmassen zu den Pfandbriefen gliedern sich gemäß § 28 Abs. 2 Nr. 1 lit. a) bzw. § 28. Abs. 3 Nr. 1 PfandBG in folgende Größenklassen:

Hypothekendarlehen	31.12.2015	31.12.2014
	Nennwert	Nennwert
	TEUR	TEUR
bis 0,3 Mio. EUR	193.556	160.757
über 0,3 Mio. EUR bis 1 Mio. EUR	125.923	91.879
über 1 Mio. EUR bis 5 Mio. EUR	107.051	79.278
über 10 Mio. EUR	10.752	-

Öffentliche Pfandbriefe	31.12.2015	31.12.2014
	Nennwert	Nennwert
	TEUR	TEUR
bis einschließlich 10 Mio. EUR	25.615	24.474
mehr als 10 Mio. EUR bis 100 Mio. EUR	53.868	41.495
über 100 Mio. EUR	-	-

Die Deckungsmassen zu unseren Hypothekendarlehen gliedern sich gemäß § 28 Abs. 2 Nr. 1 lit. b) und c) PfandBG wie folgt:

Hypothekendarlehen	31.12.2015		31.12.2014	
	gewerblich genutzte Grundstücke	wohnmwirtschaftlich genutzte Grundstücke	gewerblich genutzte Grundstücke	wohnmwirtschaftlich genutzte Grundstücke
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Deutschland				
Eigentumswohnungen	-	35.856	-	27.529
Ein- und Zweifamilienhäuser	-	141.739	-	104.032
Mehrfamilienhäuser	-	173.392	-	124.930
Bürogebäude	27.958	-	19.095	-
Handelsgebäude	4.282	-	8.154	-
Industriegebäude	25.733	-	11.405	-
Sonstige gewerblich genutzte Gebäude	28.320	-	36.769	-
Unfertige und noch nicht ertragsfähige Neubauten	-	-	-	-
Bauplätze	-	-	-	-
Gesamtbetrag	86.293	350.987	75.423	256.491

Der durchschnittliche, anhand des Betrags der zur Deckung verwendeten Forderungen gewichtete Beleihungsauslauf gemäß § 28 Abs. 2 Nr. 3 PfandBG beläuft sich zum 31. Dezember 2015 auf 57,84 %. (Vorjahr: durchschnittlicher, anhand des Beleihungswerts gewichteter Beleihungsauslauf 55,74 %).

Angaben gemäß § 28 Abs. 2 Nr. 4 PfandBG zu den Deckungsmassen:

Im Jahr 2015 waren ebenso wie im Jahr 2014 keine Zwangsversteigerungen bzw. Zwangsverwaltungen anhängig; Zwangsversteigerungen bzw. Übernahmen von Grundstücken zur Verhütung von Verlusten erfolgten nicht. An den Bilanzstichtagen 2015 und 2014 ergaben sich keine Rückstände auf die von den Hypothekenschuldnern zu entrichtenden Zinsen.

Die Deckungsmassen zu unseren öffentlichen Pfandbriefen gliedern sich gemäß § 28 Abs. 3 Nr. 2 PfandBG wie folgt:

Öffentliche Pfandbriefe								
	Staat		Regionale Gebietskörperschaft		Örtliche Gebietskörperschaft		Sonstige Schuldner	
	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2015	31.12.2014
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Deutschland	-	-	17.738	18.332	56.745	42.638	-	-
Europäische Investmentbank	-	-	-	-	-	-	5.000	5.000

Rückständige Leistungen auf die in die Deckungsmassen einbezogenen Forderungen (§ 28 Abs. 2 Nr. 2 und Abs. 3 Nr. 3 PfandBG) bestehen sowohl bei den Hypothekpfandbriefen wie auch bei den öffentlichen Pfandbriefen zum Bilanzstichtag nicht (Vorjahr: -, TEUR). Des Weiteren bestehen in diesen Portfolien, wie auch im Vorjahr, keine Deckungswerte und Verbindlichkeiten in fremder Währung (§ 28 Abs. 1 Nr. 10 PfandBG).

Forderungen aus Exportkreditgeschäften (ECA-Forderungen) bestanden zum Bilanzstichtag nicht.

Zusätzliche Angaben für Pfandbriefe nach § 2 Abs. 1 RechKredV

Die Gliederung einzelner Bilanzpositionen nach den für Pfandbriefbanken geltenden Regelungen zeigt zum 31.12.2015 folgende zusätzliche Informationen:

Aktivseite		
	31.12.2015	31.12.2014
	Mio. EUR	Mio. EUR
3. Forderungen an Kreditinstitute		
a) Hypothekendarlehen	–	–
b) Kommunalkredite	366,0	214,3
c) andere Forderungen	198,5	351,4
darunter:		
– täglich fällig	112,0	6,1
– gegen Beleihung von Wertpapieren	–	–
	564,5	565,7
4. Forderungen an Kunden		
a) Hypothekendarlehen	3.633,6	3.563,4
b) Kommunalkredite	944,2	849,5
c) andere Forderungen	4.244,4	3.869,6
darunter:		
– gegen Beleihung von Wertpapieren	47,6	36,3
	8.822,2	8.282,5
14. Rechnungsabgrenzungsposten		
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft	1,4	1,8
b) andere	2,3	2,5
	3,7	4,3

Passivseite		
	31.12.2015	31.12.2014
	Mio. EUR	Mio. EUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		
a) begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe	153,9	105,8
b) begebene öffentliche Namenspfandbriefe	55,5	35,4
c) andere Verbindlichkeiten	1.082,2	1.017,2
darunter:		
– täglich fällig	100,2	259,5
– zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen an den Darlehensgeber ausgehändigte Hypotheken-Namenspfandbriefe und öffentliche Namenspfandbriefe	–	–
	1.291,6	1.158,4
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		
a) begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe	117,7	95,7
b) begebene öffentliche Namenspfandbriefe	8,0	–
c) Spareinlagen	1.759,4	1.844,3
d) andere Verbindlichkeiten	6.817,4	6.037,8
darunter:		
– täglich fällig	6.236,7	5.510,1
– zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen an den Darlehensgeber ausgehändigte Hypotheken-Namenspfandbriefe und öffentliche Namenspfandbriefe	–	–
	8.702,5	7.977,8
3. Verbriefte Verbindlichkeiten		
a) begebene Schuldverschreibungen		
aa) Hypothekenspfandbriefe	100,2	100,2
ab) öffentliche Pfandbriefe	–	–
ac) sonstige Schuldverschreibungen	77,4	91,9
	177,6	192,1
6. Rechnungsabgrenzungsposten		
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft	1,3	1,6
b) andere	0,0	0,2
	1,3	1,8

Die im Hypothekendeckungsregister aufgeführten Real-darlehen (437,3 Mio. EUR) und die im Deckungsregister der öffentlichen Pfandbriefe aufgeführten Darlehen (74,5 Mio. EUR) werden unter dem Bilanzposten Forderungen an Kunden, die Wertpapiere zur Deckung der

Hypothekenspfandbriefe (20,0 Mio. EUR) und der öffentlichen Pfandbriefe (5,0 Mio. EUR) unter dem Bilanzposten Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere ausgewiesen.

Derivative Finanzinstrumente

Die Nassauische Sparkasse schließt Geschäfte im Rahmen der Gesamtbanksteuerung sowie zur Absicherung von Zins-, Adressen-, Marktpreis- und Währungsrisiken aus dem allgemeinen Bankgeschäft und darüber hinaus als Handelsgeschäfte ab. Kontrahenten sind überwiegend Landesbanken. Zum Bilanzstichtag befinden sich Derivate des Handelsbestands in geringem Umfang im Bestand; Derivate in Bewertungseinheiten bestehen zum Bilanzstichtag keine.

Die zur Steuerung von Zinsänderungsrisiken abgeschlossenen Zinsswaps wurden in die Gesamtbetrachtung des Zinsänderungsrisikos einbezogen. Die Bewertung dieser Geschäfte erfolgt ausschließlich im Rahmen der verlustfreien Bewertung des Bankbuchs; wir verweisen hierzu auf die Ausführungen in Abschnitt A. Den Marktwerten dieser Geschäfte stehen in den Bilanzposten gegenläufige Wertentwicklungen gegenüber.

Die zur Absicherung von Fremdwährungsrisiken abgeschlossenen Kassa- und Termingeschäfte sowie die im Kundengeschäft getätigten, grundsätzlich gegenläufigen Kassa-, Termin- und Optionsgeschäfte wurden gemäß § 256a HGB und § 340h HGB bewertet. Die Bewertung der Handelsgeschäfte mit Fremdwährungsrisiken erfolgte gemäß den handelsrechtlichen Vorgaben. Zins-/Währungsswaps werden in die besondere Deckung nach § 340h HGB einbezogen.

Die übrigen derivativen Finanzinstrumente werden nach den Grundsätzen des Imparitäts- und des Realisationsprinzips grundsätzlich einzeln bewertet.

Bei der Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts hat sich die Nassauische Sparkasse auf Marktwerte und auf Marktwerte einzelner Bestandteile von Finanzinstrumenten bzw. auf Marktwerte gleichwertiger Instrumente gestützt.

Bei Zinsderivaten erfolgt die Bewertung grundsätzlich nach der Barwertmethode auf Basis der aktuellen Zinsstrukturkurven.

Sofern insbesondere bei Optionen keine Marktwerte vorhanden waren, wurde der beizulegende Wert mithilfe eines anerkannten Bewertungsmodells ermittelt. Dabei wurden die folgenden Bewertungsparameter verwendet: Zinssätze, die sich nach den aktuellen Zinsstrukturkurven ergeben, Volatilitäten, die auf Basis aktueller Marktdaten vergleichbarer Instrumente ermittelt wurden. Optionsrechte oder Optionsverbindlichkeiten befanden sich am Bilanzstichtag nicht im Bestand.

Kreditderivate werden entsprechend den Vorgaben der IDW-Stellungnahme RS BFA 1 bilanziert und bewertet. Dabei werden Kreditderivate, die nach der genannten Stellungnahme als „erhaltene Kreditsicherheiten“ einzustufen sind, nicht eigenständig bilanziert, sondern bei der Bewertung der besicherten Forderung, d. h. bei der Ermittlung von Einzel- und Pauschalwertberichtigungen bzw. Rückstellungen im Kreditgeschäft, berücksichtigt.

Kreditderivate, die mit keinem anderen Geschäft der Sparkasse in Verbindung stehen („freistehende Kreditderivate“) und bei denen wir als Sicherungsgeber auftreten, haben wir ausschließlich in Bezug auf Adressenausfallrisiken abgeschlossen. Es ist beabsichtigt, diese Kreditderivate bis zur Endfälligkeit bzw. bis zum Eintritt des Kreditereignisses zu halten. Sie werden entsprechend den Grundsätzen für das Bürgschafts- und Garantiekreditgeschäft behandelt und als Eventualverbindlichkeit ausgewiesen. Wird am Abschlussstichtag ernsthaft mit dem Eintritt des vereinbarten Kreditereignisses gerechnet, wird eine entsprechende Rückstellung gebildet. Die ausgewiesene Eventualverbindlichkeit wird um den Betrag der gebildeten Rückstellung gekürzt.

Für die Bewertung der im Rahmen der Sparkassen-Kreditbaskets abgeschlossenen Credit-Linked-Notes, die aus einer Schuldverschreibung und einem Credit-Default-Swap bestehen, wurden Bewertungsmodelle herangezogen. Bei den Modellen wurden die folgenden Bewertungsparameter verwendet: Zinssätze, die sich nach der aktuellen Zinsstrukturkurve richten, Ausfall- und Übergangswahrscheinlichkeiten, die sich aus der Migrationsmatrix des DSGV bzw. nach den aktuellen Ratingnoten der im Kreditpool enthaltenen Adressrisiken ergeben.

Die positiven beizulegenden Zeitwerte können als Indikator für die mit den Geschäften verbundenen potenziellen Adressenausfallrisiken dienen.

In Passivposten 7c) bestehen Drohverlustrückstellungen für Credit-Default-Swaps von 0,7 Mio. EUR und Cross-Currency-Swaps von 3,3 Mio. EUR.

Die Derivate auf Zinsrisiken beinhalten 3.827,4 Mio. EUR Geschäfte zur Steuerung des Zinsbuches.

Die Derivate auf Währungsrisiken beinhalten 51,1 Mio. EUR Absicherungsgeschäfte, 143,5 Mio. EUR gedeckte Kundengeschäfte und 30,0 Mio. EUR Handelsgeschäfte.

Die Derivate auf Kreditrisiken beinhalten 146,7 Mio. EUR Absicherungs- bzw. Steuerungsgeschäfte.

Die Grundsätze des Risikomanagements sowie die verwendeten Messverfahren und Limitsysteme sind vom Vorstand genehmigt worden. Die für das Risikomanagement Verantwortlichen berichten unmittelbar an den Vorstand.

Der Bestand derivativer Geschäfte am Bilanzstichtag setzt sich nach Nominalbeträgen, Zeitwerten und Restlaufzeiten wie folgt zusammen:

Geschäftsart	Nominalwerte		beizulegende Zeitwerte zum 31.12.2015	
	31.12.2015	31.12.2014	positive	negative
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Zinsrisiken				
Zinsswaps	3.827.433	2.490.079	53.785	12.800
	3.827.433	2.490.079	53.785	12.800
Adressenrisiken				
Credit-Default-Swaps (Sicherungsnehmer)	74.100	63.600	435	291
Credit-Default-Swaps (Sicherungsgeber)	72.582	65.849	60	97
	146.682	129.449	495	388
Währungsrisiken				
Devisentermingeschäfte	177.871	197.953	2.698	2.985
(davon Handelsbestand)	(-)	(822)	(-)	(-)
Devisenoptionsgeschäfte	30.296	22.008	141	148
(davon Handelsbestand)	(30.000)	(20.000)	(139)	(146)
Zins-/Währungsswaps	16.398	29.206	3.706	3.705
	224.565	249.167	6.545	6.838
Gesamt	4.198.680	2.868.695	60.825	20.026

Kundengruppengliederung	Nominalwerte	
	31.12.2015	31.12.2014
Banken in der OECD	3.986.917	2.666.181
Sonstige Kontrahenten	211.763	202.514
Gesamt	4.198.680	2.868.695

Nominalwerte/Restlaufzeiten	31.12.2015	31.12.2014
	TEUR	TEUR
Zinsrisiken		
– bis ein Jahr	610.000	922.233
– über ein Jahr bis fünf Jahre	1.683.010	823.086
– über fünf Jahre	1.534.423	744.760
Zinsrisiken insgesamt	3.827.433	2.490.079
Adressenrisiken		
– bis ein Jahr	19.322	20.658
– über ein Jahr bis fünf Jahre	127.360	108.791
– über fünf Jahre	–	–
Adressenrisiken insgesamt	146.682	129.449
Währungsrisiken		
– bis ein Jahr	218.076	202.279
– über ein Jahr bis fünf Jahre	6.489	46.888
– über fünf Jahre	–	–
Währungsrisiken insgesamt	224.565	249.167
Gesamt	4.198.680	2.868.695

Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten in Fremdwährung

Auf Fremdwährung lauten Vermögensgegenstände bei der Naspa in Höhe von 64,5 Mio. EUR und Verbindlichkeiten in Höhe von 96,4 Mio. EUR.

Bezüge der Organe (§ 285 Satz 1 Nr. 9a und Nr. 9b HGB)

Die Mitglieder des Vorstands erhielten im Geschäftsjahr Gesamtbezüge in Höhe von 2.296 TEUR. Der Vorsitzende des Vorstands, Herr Günter Högner, erhielt im Geschäftsjahr Bezüge in Höhe von 516 TEUR. Herr Andreas Fabich erhielt im Geschäftsjahr Bezüge in Höhe von 468 TEUR. Herr Bertram Theilacker erhielt im Geschäftsjahr Bezüge in Höhe von 480 TEUR. Der bis zum 30. September 2015 Vorsitzende des Vorstandes, Herr Stephan Ziegler, erhielt für seine Tätigkeiten 832 TEUR.

Die Vorstandsmitglieder haben, mit Ausnahme von Herrn Fabich, gegenüber der Sparkasse Anspruch auf ein Ruhegehalt. Die Bemessungsgrundlage für das Ruhegehalt der Herren Högner und Theilacker ergibt sich aus den aufgrund § 20 Abs. 5 Satz 2 Hessisches Sparkassengesetz (HSpG) erlassenen Anstellungsrichtlinien des SGVHT. Die Höhe des Ruhegehaltsanspruches bestimmt sich auf dieser Grundlage nach einem in Abhängigkeit von der Zahl der zurückgelegten Dienstjahre jährlich

steigenden Prozentsatz. Herrn Fabich wurde eine betriebliche Altersversorgung über eine kongruent rückgedeckte Gruppen-Unterstützungskasse zugesagt.

An ehemalige Mitglieder des Vorstandes sowie an ihre Hinterbliebenen wurden Ruhegehälter in Höhe von 1.436 TEUR gezahlt. Für diesen Personenkreis bestehen Pensionsverpflichtungen in Höhe von 21.030 TEUR.

Die Aufwendungen für die Mitglieder des Verwaltungsrates beliefen sich auf 150 TEUR.

Kredite an Organmitglieder (§ 285 Satz 1 Nr. 9c HGB)

Zum Jahresende belaufen sich die Gesamtbeträge der gewährten Kredite und der eingegangenen Haftungsverhältnisse für die Mitglieder des Verwaltungsrates auf 2.363 TEUR und für die Mitglieder des Vorstandes auf - TEUR.

Honorar des Abschlussprüfers (§ 285 Satz 1 Nr. 17 HGB)

In den anderen Verwaltungsaufwendungen (GuV-Posten 10b) sind Honorare des Abschlussprüfers in Höhe von 447 TEUR enthalten. Hiervon entfielen 382 TEUR auf die Durchführung der Jahresabschlussprüfung und 65 TEUR auf andere Bestätigungsleistungen.

Mitarbeiter/-innen

Im Jahresdurchschnitt wurden beschäftigt:

	2015	2014
Vollzeitkräfte	1.089	1.148
Teilzeit- und Ultimokräfte	506	545
	1.595	1.693
Auszubildende	113	122
Insgesamt	1.708	1.815

Nicht bilanzierte Verpflichtungen

Die Nassauische Sparkasse hat am 19. Dezember 2008 mit dem Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen (SGVHT) einen Unternehmenserwerbsvertrag zur Veräußerung der **Naspa Dublin** geschlossen. Der dingliche Vollzug des Vertrages erfolgte am 29. Mai 2009. Die Naspa Dublin war eine Gesellschaft mit unbeschränkter Haftung (Private Unlimited with Share Capital) nach irischem Recht.

Im Hinblick auf bankaufsichtsrechtliche und steuerliche Gründe beschlossen sowohl das Board of Directors der Naspa Dublin als auch die Gremien des SGVHT, die Naspa Dublin im Jahr 2013 abzuwickeln. Im Rahmen der Abwicklung wurden die bei Naspa Dublin vorhandenen Positionen am Markt verkauft, soweit dies zu wirtschaftlich vertretbaren Konditionen möglich war. Die übrigen Positionen, insbesondere der überwiegende Teil des ABS-Portfolios, wurde vom Reservefonds des SGVHT übernommen. Der Buchwert des Portfolios beläuft sich zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2015 auf 83,2 Mio. EUR. Naspa Dublin hat mit Wirkung zum 23. August 2013 die Banklizenz zurückgegeben.

In einem separaten **öffentlich-rechtlichen Vertrag** mit dem SGVHT hat sich die Naspa verpflichtet, im Innenverhältnis zwischen dem SGVHT und der Naspa bestimmte wirtschaftliche Risiken im Zusammenhang mit den von der Naspa Dublin gehaltenen Wertpapieren zu übernehmen. Nach den Bestimmungen dieses Vertrages trägt der SGVHT über dessen regionalen Reservefonds mit wirtschaftlicher Wirkung ab dem 31. Dezember 2008 etwaige tatsächliche Ausfälle aus den von der Naspa Dublin gehaltenen Positionen bis zu einer Höhe von 100 Mio. EUR. Über ihre Beteiligung am Stammkapital des SGVHT ist die Naspa allerdings weiterhin indirekt wirtschaftlich von diesen Ausfällen betroffen. Im Hinblick auf diese Übernahme von tatsächlichen Ausfällen durch den Reservefonds bis zur Höhe von 100 Mio. EUR hat sich die Naspa in einem Besserungsschein

zugunsten des Reservefonds zudem zum Ausgleich verpflichtet, sofern dies mit der Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Naspa, insbesondere mit der hinreichenden Ausstattung mit Eigenkapital und mit der zur Erfüllung des öffentlichen Auftrages erforderlichen Ertragskraft vereinbar ist.

Die Regelungen des öffentlich-rechtlichen Vertrages zur Haftungsverteilung wirken nach der erfolgten Abwicklung der Naspa Dublin in Bezug auf das vom Reservefonds des SGVHT übernommene Portfolio fort.

Die Nassauische Sparkasse ist dem bundesweiten Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe angeschlossen, das elf regionale Sparkassenstützungsfonds durch einen überregionalen Ausgleich miteinander verknüpft. Zwischen diesen und den Sicherungseinrichtungen der Landesbanken und Landesbausparkassen besteht ein Haftungsverbund. Durch diese Verknüpfung steht im Bedarfsfall das gesamte Sicherungsvolumen der Sparkassen-Finanzgruppe zur Verfügung. Das Sicherungssystem ist im Hinblick auf das am 3. Juli 2015 in Kraft getretene Einlagensicherungsgesetz neu geordnet und von der BaFin anerkannt worden. Die Sparkassen-Finanzgruppe verfügt damit über ein als Einlagensicherungssystem anerkanntes institutsbezogenes Sicherungssystem. Dieses System vereint zwei Funktionen in sich.

Neu aufgenommen wurde gemäß den gesetzlichen Anforderungen die Einlagensicherungsfunktion. Hierdurch wird sichergestellt, dass Einlagen pro Einleger im Regelfall bis zu 100 TEUR, in Sonderfällen auch bis zu 500 TEUR, gesichert sind und bis zum 31. Mai 2016 spätestens 20 Arbeitstage und ab dem 1. Juni 2016 spätestens sieben Arbeitstage nach der Feststellung des Schadensfalles durch die BaFin entschädigt werden.

Daneben besteht die für die Institute im Vordergrund stehende Institutssicherungsfunktion fort. Durch die Sicherung der Institute selbst sind im gleichen Zuge auch die Einlagen aller Kunden ohne betragsmäßige Begrenzung geschützt. Im Bedarfsfall entscheiden die Gremien der zuständigen Sicherungseinrichtungen darüber, ob und in welchem Umfang Stützungsleistungen zugunsten eines Instituts erbracht und an welche Auflagen diese ggf. geknüpft werden.

Das Sicherungssystem der deutschen Sparkassenorganisation umfasst ein Risikomonitoringsystem zur Früherkennung von Risiken sowie eine risikoorientierte Beitragsbemessung.

Als zusätzliche, neben den nationalen Sicherungseinrichtungen existierende Vorsorge entfaltet darüber hi-

naus der regionale **Reservfonds der Sparkassen-Finanzgruppe Hessen-Thüringen** instituts- und gläubigerschützende Wirkung. Der Fonds wird von den Mitgliedssparkassen des Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen (SGVHT) und der Landesbank Hessen-Thüringen sukzessive dotiert, bis 5 Promille der Bemessungsgrundlage (Gesamtrisikoposition, nach der sich die bankaufsichtsrechtlich erforderlichen Eigenmittel errechnen) erreicht sind. Die Einzahlungsverpflichtung eines Instituts bemisst sich risikoorientiert unter Berücksichtigung von Bonus- und Malusfaktoren. Bis zur vollständigen Bareinzahlung des Gesamtvolumens übernimmt der SGVHT die Haftung für die Zahlung des ausstehenden Differenzbetrages, der auf erstes Anfordern bei den Instituten eingezogen werden kann.

Andere nicht aus der Bilanz ersichtliche Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen sind nur von untergeordneter Bedeutung für die Finanzlage der Nassauischen Sparkasse.

Verwaltungsrat der Nassauischen Sparkasse

Vorsitzender

Sven Gerich
Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt
Wiesbaden

Jürgen Banzer
Rechtsanwalt
Mitglied des Landtages
Hessen

Bärbel Henrich-Bender
Mitarbeiterin der Naspas
Personalratsvertreterin

Manfred Michel
Landrat des Kreises
Limburg-Weilburg

Uwe Becker
Stadtkämmerer der
Stadt Frankfurt am Main

Prof. Dr. Lorenz Jarass
Professor für Wirt-
schaftswissenschaften
an der Hochschule
RheinMain

Petermartin Oschmann
Verbandsjurist des
AGV HessenChemie

Stv. Vorsitzender

Achim Schwickert
Landrat des
Westerwaldkreises

Hildebrand Diehl
Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt
Wiesbaden a. D.

Günter Kern
Staatssekretär im Minis-
terium des Innern, für
Sport und Infrastruktur
des Landes Rheinland-
Pfalz

Heinz-Peter Schäfbuch
Mitarbeiter der Naspas
Referent Training und
Coaching

Carsten Filges
Dipl.-Ingenieur
Mitarbeiter des Lahn-
Dill-Kreises

Harald Schindler
Bürgermeister der Stadt
Hochheim am Main a. D.

Weitere Mitglieder

Marion Adelman
Mitarbeiterin der Naspas
Personalratsvertreterin

Berthold R. Gall
Landrat des Main-
Taunus-Kreises a. D.

Helmut Klöckner
Verbandsbürgermeister
der Verbandsgemeinde
Nassau a. D.

Dr. Frank Schmidt
Bürgermeister der
Gemeinde Löhnberg

Burkhard Albers
Landrat des
Rheingau-Taunus-
Kreises

Markus Geis
Mitarbeiter der Naspas
Personalratsvertreter

Ulrich Krebs
Landrat des Hoch-
taunuskreises

Harald Schweitzer
Konrektor a. D.

Silvia Andree
Mitarbeiterin der Naspas
Private Banking-
Beraterin

Rita Gröschel
Mitarbeiterin der Naspas
Vermögens- und Vor-
sorgemanagerin Firmen-
kunden

Uwe Lichte
Mitarbeiter der Naspas
Personalratsvertreter

Stefan Zimmermann
Mitarbeiter der Naspas
Leiter Finanz-Center

Patrick Hannappel
Mitarbeiter der Naspas
Leiter Finanz-Center

Albrecht Martin
Selbstständiger
Energieberater

Vorstand der Nassauischen Sparkasse

Vorsitzender

Günter Högner (ab 1. Oktober 2015)

Stephan Ziegler (bis 30. September 2015)

Mitglieder

Andreas Fabich

Günter Högner (bis 30. September 2015)

Bertram Theilacker

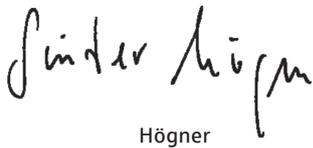
Mandate des Vorstandes und anderer Mitarbeiter im Sinne von § 340a Abs. 4 Nr. 1 HGB

Andreas Fabich

Mitglied des Aufsichtsrates der neue leben
Pensionskasse AG, Hamburg

Wiesbaden, den 4. März 2016

Nassauische Sparkasse
– Der Vorstand –



Högner



Fabich



Theilacker

Anlage zum Jahresabschluss

gemäß § 26a Abs. 1 Satz 2 KWG – „Länderspezifische Berichterstattung“

Die Nassauische Sparkasse hat keine Niederlassungen im Ausland. Sämtliche nachfolgende Angaben entstammen dem Jahresabschluss zum 31. Dezember 2015 und beziehen sich ausschließlich auf ihre Geschäftstätigkeit als regional tätige Sparkasse in der Bundesrepublik Deutschland. Die Tätigkeit der Nassauischen Sparkasse besteht im Wesentlichen darin, Einlagen oder andere rückzahlbare Gelder von Privat- und Firmenkunden entgegenzunehmen und Kredite für eigene Rechnung zu gewähren.

Die Nassauische Sparkasse definiert den Umsatz aus der Summe folgender Komponenten der Gewinn- und Verlustrechnung nach HGB: Zinserträge, Zinsaufwendungen, laufende Erträge aus Aktien etc., Erträge aus Gewinngemeinschaften etc., Provisionserträge, Provisi-

onsaufwendungen, Nettoertrag/-aufwand des Handelsbestands und sonstige betriebliche Erträge. Der Umsatz beträgt für den Zeitraum 1. Januar bis 31. Dezember 2015 363,9 Mio. EUR.

Die Anzahl der Lohn- und Gehaltsempfänger in Vollzeit-äquivalenten beträgt 1.558 zum Jahresende 2015.

Der Gewinn vor Steuern beträgt 48,2 Mio. EUR.

Unter Berücksichtigung der Steuern von 14,2 Mio. EUR ergibt sich ein Nettogewinn von 34,0 Mio. EUR. Die Steuern betreffen sowohl laufende wie auch latente Steuern.

Die Nassauische Sparkasse hat im Geschäftsjahr keine öffentlichen Beihilfen erhalten.

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

„Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Nassauischen Sparkasse für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2015 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstandes der Nassauischen Sparkasse. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Nassauischen Sparkasse sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nach-

weise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstandes sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Nassauischen Sparkasse. Der Lagebericht steht im Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Nassauischen Sparkasse und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.“

Frankfurt am Main, den 15. März 2016

Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen
– Prüfungsstelle –

Hülsen
Wirtschaftsprüfer

Winterstein
Wirtschaftsprüfer

Generalbevollmächtigte der Nassauischen Sparkasse

Gerd Räth _____ Zentralbereichsleiter
Personal und Vertriebsmanagement Privatkunden

Friedhelm Seekatz _____ Zentralbereichsleiter
Gesamtbanksteuerung

Dr. Michael Sohl _____ Zentralbereichsleiter
Unternehmensentwicklung und Kommunikation

Impressum

Herausgeber _____ Nassauische Sparkasse, Anstalt des öffentlichen Rechts
Rheinstraße 42–46, 65185 Wiesbaden, Fon: 06 11 3 64-0

Gestaltung _____ 2+ Design, Wiesbaden

Druck _____ Seltersdruck & Verlag Lehn GmbH & Co. KG,
Niederselters



Naspa

Nassauische Sparkasse

